

# DISKUS

## FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

NACHRICHTENBLATT DER  
VEREINIGUNG VON  
FREUNDEN U. FÖRDERERN  
DER JOHANN WOLFGANG  
GOETHE - UNIVERSITÄT  
FRANKFURT AM MAIN E. V.

4. Jahrgang — Heft 1 Preis 10 Pfg.

Januar 1954

Verlagsort Frankfurt a. M.

### Die bedrohte Hochschulgemeinschaft

Der Geist und die Form des studentischen Gemeinschaftslebens sind ein Problem, das sichtlich die Gemüter von Professoren und Studenten beunruhigt. Beschlüsse von Rektorenkonferenzen und Resolutionen von studentischen Arbeitstagen drücken die Sorge um die „bedrohte Hochschulgemeinschaft“ aus. Der derzeitige Präsident der deutschen Studentenschaft spricht von der „zweiten Fehlentwicklung der studentischen Gemeinschaften“ und „der schon verlorenen Solidarität der Hochschulen untereinander samt der zerstörten Einheit der einzelnen Hochschule“. Zur Klärung der Differenzen und zur Annäherung, ja zur Zusammenarbeit fordert er ein „offenes und ehrliches Gespräch“.

Wem soll diese Aufforderung gelten und worüber soll gesprochen werden? Es ist eine Tatsache, daß es den neuen studentischen Gemeinschaften nicht gelungen ist, wirklich so etwas wie eine Hochschulgemeinschaft zu bilden, die mit einer funktionierenden studentischen Selbstverwaltung allein noch nicht lebt. Dagegen fanden die traditionsgebundenen Korporationen, deren ständiges Anwachsen mit dem Verschwinden der Kriegsgeneration von den Hochschulen zu beobachten ist, Bedeutung und Resonanz. Auch die politischen Gruppen haben nicht den Zuspruch, der auf das oft gerühmte besondere Interesse unserer Hochschulgeneration an der Politik schließen ließe. Ihre relative Mitgliederzahl (unter 5%) ist heute etwa der aus den zwanziger Jahren gleich und zeigt, daß sie nicht als Wortführer anzusehen sind. Dieses offene Gespräch müßte also zwischen der großen Masse der Nichtorganisierten und den Vertretern der Korporationen stattfinden. Die an der studentischen Selbstverwaltung interessierte kleine Zahl der „freien“ Studierenden gäbe dann wohl den ersten Partner für die Korporation ab, denn bisher war deren Wahl regelmäßig mit der Gretchenfrage verbunden, ob sie einer der „gefährlichen Verbindungen“ angehörten oder nicht. Gerade wegen dieser Voraussetzungen gelingt kein Gespräch. Es herrscht ein stummes Nebeneinander, ohne Diskussion und Verständigungswille. Wo man zusammenarbeiten muß, wie z. B. auf der Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Studentenschaften, wo beide Lager in gleicher Zuständigkeit beraten und beschließen müssen, wartet man — geduldig oder bedrückt — ab, bis die ständig zunehmende Anzahl der korporierten Asta-Vertreter das Übergewicht erlangt. (Zu dem über eine Stunde währenden Tätigkeitsbericht des 1. Vorsitzenden des Verbandes auf der letztjährigen Mitgliederversammlung kam aus einem Gremium von rund 100 Delegierten nur eine Anfrage.) Dieses Abwarten der „legalen Machtergreifung“ verführt leicht zu Parallelen mit der letztvergangenen Zeit. In Wirklichkeit zeigt es nur ein politisches Spannungsfeld an, das bisher nicht hinreichend erkannt ist. Damit erhebt sich die Frage nach seinem Inhalt und Hintergrund. Es sind die Probleme der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre und ihre Auswirkungen auf die Lage des Akademikers. Es ist die Frage nach der Ursache der Isolierung der Akademiker und das daraus resultierende Reagieren im täglichen Leben, vor allem im Zusammensein mit Nichtakademikern. Gibt es unter diesen veränderten Umständen nicht doch etwas Gemeinsames, wenn auch nicht Gemeinschaftliches der Akademiker, das „die Notwendigkeit einer eigenen Lebensform“ rechtfertigt, wie es der ehemalige Bundesinnenminister Lehr vor Burschenschaftlern einmal ausdrückte?

Die Differenzierung des modernen Wirtschafts- und Berufslebens weist dem Akademiker bestimmte Funktionen im Arbeitsprozeß zu. Er bildet nicht mehr, wie früher, den obersten Stand, sondern ist besonders qualifizierter Fachmann, der neben und unter anderen „Arbeitern“ tätig sein muß. Die Autorität, die er früher, als Angehöriger des Standes automatisch genoß, ist auf die eigentliche Manager übergegangen.

Die Stellung des Durchschnitts der im Revisionswesen, als Laboratoriums-Chemiker, als Kassenärzte etc. beruflich tätigen Akademiker, ist weder mit Autorität verbunden,

noch sind sie gesellschaftlich in einer besonderen Weise geachtet. Den modernen Erfordernissen von human relations innerhalb einer Betriebs- und Arbeitsgemeinschaft, die an die Stelle eines halb-militärischen Vorgesetztenschemas zu treten beginnen, ist er dagegen dank gewisser gesellschaftlicher Voreingenommenheiten häufig nicht gewachsen. Zahlreich sind die Klagen von Werksleitern über die Akademiker, die im Betrieb kein rechtes Verhältnis zu den „Arbeitskollegen“ finden. Es ist eine überall zu beobachtende Tatsache, daß in den großen Industrieunternehmen — wie interessanterweise auch in der Gewerkschaftsverwaltung — die Akademiker regelmäßig gemeinsam zu Tisch sitzen und bei allen Gelegenheiten privater Zusammenkünfte der Gesellschaft ihrer akademischen Kollegen den Vorzug geben. Das ist aber nicht allein aus Unterschieden des Bildungsgrades oder gar einer unverhältnismäßig größeren Gemeinsamkeit der Fachinteressen erklärlich, sondern es zeigt sich häufig als ein Ausdruck einer gegen die nicht-akademische Außenwelt gerichteten feindseligen Solidarität. Man könnte auch sagen, sie fühlen sich in die Defensive gedrängt — die Defensive gegen eine Welt —, in der ihr Einkommen und ihre gesellschaftliche Stellung nicht mehr im angemessenen Verhältnis zu der großen Vorinvestition steht, welche die Kosten für die lange Ausbildungszeit und der Verzicht auf frühbeginnenden Verdienst und Berufsaufstieg betriebswirtschaftlich gesprochen bedeuten. Ein gelernter Arbeiter mit Volksschulbildung hat im Alter von 28 Jahren etwa 30 000,— DM verdient, ein Arzt oder Chemiker im gleichen Alter aber neben diesem entgangenen Gewinn noch Aufwendungen von etwa 15 000,— DM machen müssen.

Ist es verwunderlich, wenn sich beim Akademiker eine eigene Ideologie herausbildet? Weil er von den anderen nicht in dem Maße wie früher anerkannt und gewertet wird, sucht er sich selber diese Anerkennung zu verschaffen. Er isoliert sich, weil es die Gesellschaftsschicht — vielleicht mit Ausnahme gewisser Kreise der Diplomatie und der höheren Ministerialbeamten — an die er sich früher attachierte, nicht mehr gibt. Aus dieser Ideologie kann sich als weitere Konsequenz ein aggressives Verhalten herausbilden, beson-



ders dann, wenn das Entbehren jener Selbstbestätigung und Resonanz, die er auf Grund seiner Vorinvestition und seiner besonderen fachlichen und gesellschaftlichen Qualifikation erwartet, sich in dem Gefühl verstärkt, ein „Fremdkörper“ im modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben zu sein. Die Fiktion der „eigenen Lebensform“ und des „Standesbewußtseins“ dienen dann zur Legitimierung jener Aggressivität.

Gibt diese Perspektive eine Erklärung für die Anziehungskraft, welche die traditionsgebundenen Korporationen heute wieder ausüben? Sie sagen, daß nicht Studium und Leistung allein den späteren Berufsplatz bestimmen, sondern daß ein bestimmtes Benehmen — die „Manieren“ — ebenso not-

### Solidarität auf Schmalspur

Es ist ein politisches und dazu noch recht unangenehmes Problem für jeden einzelnen westdeutschen Studenten, daß er seinen ostdeutschen Kommilitonen Hilfe und Unterstützung in ihrer schweren Lage leisten muß. Die zunehmende Sicherheit im täglichen und politischen Leben des Westens verführt allerdings leicht dazu, die Not der anderen zu übersehen, oder sie bestenfalls mit milden Gaben aus der Erinnerung zu bannen, so als ob damit die rechte Hilfe schon geleistet sei. Dazu hat hierzulande die Überzeugung Platz gegriffen, daß man für die Lösung dieser Probleme ja ein Amt geschaffen habe — das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen im Verband deutscher Studentenschaften — das die Dinge schon recht versehen wird. Die westdeutsche Studentenschaft lebt in der Beruhigung, daß dort Leute am Werk sind, welche die notwendigen Schritte für die Belange der Ostzonenstudenten unternehmen.

Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß eine wirkliche Solidarität zu den Studenten von drüben in der Bundesrepublik nie so recht zu spüren war. Bei den an den Hochschulen durchgeführten Solidaritätssammlungen gibt man sein Scherflein — wobei die Ergebnisse pro Kopf des Studenten nur Pfennigbeträge ausmachen — will aber sonst so gut wie nichts mit diesen Problemen zu tun haben; kaum daß die Einbürgerung der geflohenen Kommilitonen an den westdeutschen Hochschulen die notwendige Unterstützung erfährt. Man überläßt das den zuständigen Stellen, vor allem dem hierzu eingerichteten Amt in Berlin.

So ist auch erklärlich, wenn dieses Amt in den vier Jahren

seines Bestehens soviel Eigenständigkeit erlangt hat, daß es praktisch selbständig zu arbeiten und zu planen sich gewöhnt hat, eher einer Ministerial-Außenstelle als einem studentischen Arbeitskreis vergleichbar. Seit etwa einem Jahr ist es mit der Fülle seiner Aufgaben nahezu völlig von der Fernleitung des 1. Vorsitzenden des VDS. in Bonn gelöst — er kann nur wenige Tage im Monat, eher zur Orientierung als zur Leitung, persönlich in Berlin sein — wie auch von der mehr theoretischen und selten praktizierten Verantwortung des zuständigen Delegiertengremiums der einzelnen Hochschulen. Praktisch bestimmen die Maßnahmen des Verbandes in gesamtdeutschen Angelegenheiten der Ressortleiter und seine Mitarbeiter, die fast ausnahmslos verfolgte und geflohene Studenten aus der Ostzone sind.

Wenn jetzt die „Großen Vier“ sich in Berlin an den Verhandlungstisch setzen — wobei allerdings noch nicht abzusehen ist, mit welcher Ernsthaftigkeit eine Wiedervereinigung Deutschlands dort betrieben wird — muß von Neuem eine Aktivität aller verlangt werden. Bei den Möglichkeiten zu neuen Kontakten, die sich in diesen Augenblicken zeigen, läßt sich auf anderen Fronten operieren als nur über die Institutionen des Verbandes. Einen Moment, wie den jetzigen dürfen wir nicht verstreichen lassen. Jede noch so geringe Möglichkeit zu neuen Kontakten müssen wir nützen. Es handelt sich um eine Sache, die uns alle angeht und für die es nicht genügt, wenn wir uns vertreten lassen.

Egon Johannes

Zsg 1804

## Man sagt in Bonn

Der Dezember war auch in Bonn ein friedlicher Monat, ein Monat der Familie. Dr. Adenauer verlobte seine Tochter Lotte mit einem Diplom-Ingenieur. Weil Adenauer Bundeskanzler ist, tat er das nicht im engen Kreis seiner Familie, sondern gab einen Empfang, zu dem Minister und Diplomaten geladen waren. Photographen und Reporter erschienen, und wir alle konnten — wenn auch einen Tag später —, an der Familienfeier teilnehmen. Es gibt Leute, die sagen, das wäre noch vor einem Jahr nicht möglich gewesen. Früher hätte man nicht einmal gewußt, wie die Kinder des Kanzlers heißen. Darauf sagen andere Leute: „Ja, vor einem Jahr — der Kanzler war eben erst 1953 in den USA!“ Und wir erinnern uns der Rückkehr Adenauers aus Amerika: Wo er auftauchte, lächelte er und winkte den Leuten zu. Und in diese Zeit fällt wohl auch die Entdeckung des Gesetzes, daß nicht nur Kaiser und Könige, sondern auch Präsidenten und Kanzler eine Familie haben, für die sich das Volk, für die sich die Wähler interessieren. Übrigens hat der Erfolg dem Bundeskanzler recht gegeben: Siehe 6. September.

Aber Bonn war nicht ganz ohne Parteipolitik. Der Bundespost- und der Familienminister traten in den Hintergrund. Die bevorstehende Viererkonferenz bewegte die Gemüter. Es ging um die Frage, ob die Regierung der DDR und die Bundesregierung sofort nach dem Zusammentreten einer freigewählten gesamtdeutschen Nationalversammlung abtreten oder noch für eine Übergangszeit amtieren sollten. Diese Frage wird, selbst wenn die Sowjets freien Wahlen zustimmen sollten, eine der schwierigsten auf der Viererkonferenz sein, weil sich der Westen hier offenbar nicht einig ist, die Sowjets also großartige Angriffspunkte haben werden.

Bei der Diskussion dieser Frage zeigte sich die Bundesregierung bemüht, den außenpolitischen Kredit, den sie sich in mühsamer Arbeit erworben hat, möglichst ungemindert in die gesamtdeutsche Regierung einzubringen. Sie fürchtete ein außenpolitisches Vakuum in der unter Umständen recht langen Übergangszeit. (Die DDR kennt dieses Problem nicht, weil sie offensichtlich keine Außenpolitik hat.) Die Bundesregierung wollte auch vermeiden, daß alle Organe des Bundes am Stichtag sang- und klanglos verschwänden, ohne daß zu übersehen sei, welche Befugnisse eine provisorische gesamtdeutsche Regierung haben würde, vor allem, wie weit diese Regierung überhaupt in der Lage sein würde sich durchzusetzen.

Andererseits aber — dies betonte die Opposition — kann man es der Bevölkerung der Sowjetzone nicht zumuten, sich auch nach einer freien Wahl noch monatelang von Grotewohl und Ulbricht regieren zu lassen. Aber dies wäre die natürliche Konsequenz aus der Forderung, die Bundesregierung auch nach gesamtdeutschen Wahlen noch eine Zeitlang amtieren zu lassen.

Ich glaube allerdings, daß dieses Argument nicht ganz der tatsächlichen Situation entspricht. Wir sahen schon bei der Außenpolitik, daß die Fakten in der DDR ganz andere sind, als bei uns. Ebenso ist es innenpolitisch. Ob die Volkskammer und die Regierung Grotewohl weiter amtieren oder nicht, ist für die Sowjets gar kein sehr großes Problem. Der „Staatssicherheitsdienst“ (und er ist der ausschlaggebende politische Faktor in der Sowjetzone) kann in jedem Fall mühelos von der Besatzungsmacht weitergesteuert werden.

Dieses Problem scheinen auch die Koalitionspolitiker nicht klar erkannt zu haben, die den ansonsten geradezu ideal klingenden Vorschlag gemacht haben: Mit den gesamtdeutschen Wahlen sollten freie Wahlen zur Volkskammer verbunden werden. Die Sowjets werden einem solchen Vorschlag nie zustimmen, wenn nicht auch gleichzeitig Wahlen für den Bundestag stattfinden. Davon war aber bisher nicht die Rede. Man kann von den Sowjets wirklich nicht verlangen, daß sie nicht nur die Sowjetzone aufgeben (und nichts anderes würde die Einwilligung in freie Wahlen bedeuten), sondern auch noch öffentlich zugeben, daß die Pankower Regierung im Gegensatz zur Bonner Regierung nicht demokratisch zustande gekommen ist.

Die Auseinandersetzung über die Stellung der Bundesregierung nach den gesamtdeutschen Wahlen ist sicher noch nicht zu Ende, wenn man auch seit Weihnachten kaum noch etwas davon hört. Es hat sich wohl die Erkenntnis durchgesetzt, daß man eine solche Frage vor der Viererkonferenz schlecht in aller Öffentlichkeit (gleichsam vor den lauschen-

## Die bedrohte Hochschulgemeinschaft (Forts. von Seite 1)

wendig sind, um die erstrebte Position zu erreichen und im künftigen Gesellschafts- und Berufsleben „zurechtzukommen“.

Über die Erziehung hinaus, wie sie der Lehrkörper der Hochschule geben kann, die nur bestimmte Formen des Denkens, nicht aber eine gesellschaftliche Beziehung in jedem Sinne des Wortes fördert, verheißt die Korporation eine planmäßige Entwicklung zur Persönlichkeit, die die aufgezeigten Schwierigkeiten des späteren Berufslebens zu meistern verstehe. In dieser Gemeinschaft werden dem jungen Kommilitonen Ideale gegen den Materialismus geboten, der die Welt auszumachen scheint, und dessen vergiftender Einfluß sein Denken zu infizieren droht. Damit aber hat sich der Schwerpunkt der Aufgaben der Korporation verschoben: sie ist in erster Linie nicht mehr Lebens- und Erziehungsgemeinschaft, sondern sie bezieht Front gegen eine Welt, die insgesamt unter die Etikette „materialistisch“ gebracht ist. Wiederum entwickelt sich aus der Isolation eine gewisse Aggressivität. Als Symbol, daß er Front gegen das Bürgerliche und Alltägliche gemacht hat, legt der Korporierte Farben an und sein „Wichs“ dokumentiert, daß er konsequent Stellung gegen diese andere Welt bezieht, wobei das Stigma der Mensur nur ein Bekenntnis zu dieser Aggressivität ausdrückt.

Wie sehr diese Ideale bei den verschiedenen Verbindungen auch differenzieren mögen in der Art ihrer Auslegung und Anwendung auf die Erziehung, sie werden gleich und fallen zusammen, sobald zur Verteidigung eines von der Öffentlichkeit und sogar von der Hochschule offiziell verfehmten Haltung ein gemeinsames Vorgehen notwendig er-

scheint. Alle, welche sonst meist völlig getrennt auftreten und sich im Detail heftig befenden, stehen zusammen und die völlige Übereinstimmung der Meinungen triumphiert entgegen der bisherigen Verschiedenheit der Auffassungen.

Diese Angst vor einem solchen Zusammenschluß aller Korporationen scheint in gewissen Kreisen des Verbandes deutscher Studentenschaften Ängste ausgelöst zu haben. Sie sind vor allem bei der Festlegung von München als Ort für den 3. Deutschen Studententag zu Tage getreten, „die Hochburg der Korporationen“ und „die Stadt des Bieres und der Weißwürste“, wie die Deutsche Studentenzeitung glosierte. Im Mai dieses Jahres wird man dort debattieren unter dem Motto: „Die Verantwortung des Studenten in Volk und Staat“.

Man sollte sich in Münchens Asta- und Korporationskreisen als Veranstalter der Gefahr bewußt sein, wie leicht bei der Behandlung dieses Themas ein Festredner mit Pathos die wahren Probleme zudecken kann. Ein „Treuegelöbnis zur Verantwortung aller Gleichgesinnten“ ist schnell formuliert, während die Gegenforderung für die ungeheure Vorleistung an Volk und Staat, die der Student heute zu vollbringen hat, nicht im bloßen Selbstgefühl des Idealismus befriedigt bleibt, sondern jetzt schon als falsche Isolierung und Aggressivität beklagt wird. Auch darüber wäre zu reden, Gleichgültig, ob Farben und Säbel zu Hause bleiben — (was zu hoffen und versprochen ist) — so stimmt es doch bedenklich für eine aussprachebereite Atmosphäre dieses Studententages, daß man schon jetzt den Herrn Bundespräsidenten, dessen Vorliebe für ein offenes Wort zu diesen Problemen bekannt ist, gebeten haben soll, nichts weiter als einige Begrüßungsworte zu sagen.

Günther Gruppe

## Angeklagte in der Justizmaschine

Die Methoden der Ernährungsbürokratie sind uns zu gut in Erinnerung, als daß es nötig wäre, die Gefahren einer formularmäßigen Bearbeitung eines Einzelfalles näher darzulegen. Daß Verwaltungsbehörden auf die Weise arbeiten — und vielleicht arbeiten müssen —, damit haben wir uns abgefunden. Wenn nun aber auch Richter dazu übergehen, so ihre Arbeitslast zu verringern, so kann dies nicht hingenommen werden. Daher wurde mit Recht Widerspruch erhoben, als das Amtsgericht Hannover begann, die vorläufige Entziehung der Führerscheine nach Trunkenheit am Steuer auf einem Formular anzuordnen, in das lediglich der Name des Beschuldigten und die Nummer seines Führerscheins eingetragen wurden.

In diesem Fall hat das Landgericht Hannover den Beschluß des Amtsgerichts aufgehoben und sich mit scharfen Worten gegen die formularmäßige Behandlung ausgesprochen. Wie kann es überhaupt dazu kommen, daß eine solche Praxis einreißt? Wie ist es möglich, daß Richter und Rechtsanwälte auch in anderen Fällen über die Bürokratisierung ihres eigenen Standes klagen müssen?

Zwei Aufsätze aus der letzten Zeit lassen uns die Wurzel des Formalismus erkennen, der eine zeigt aber gleichzeitig, wie man ihn überwinden kann. In der Juristenzeitung vom 20. Oktober 1953 schreibt Bundesrichter Dr. Hülle über „Die Rechtsmittelbelehrung in der Hauptverhandlung“, und in der Neuen Juristischen Wochenschrift vom 6. November 1953 Oberlandesgerichtsrat Dr. Wolff, Hamm, über das „Verwirren der Verfahrensrüge durch den Angeklagten“.

Bemüht sich Hülle, in eindringlichen Worten die psychischen Belastungen einer Hauptverhandlung darzustellen, so erschreckt bei Wolff die Einschätzung der Lage, in der sich der Angeklagte im Gerichtsverfahren befindet. In welchem Gerichtssaal ist es z. B. dem ohne Verteidiger auftretenden Angeklagten möglich, „auf gleicher Ebene mit dem Staatsanwalt um seine Freiheit zu

den Ohren des Gegners) diskutieren kann — selbst wenn es sich, wie hier, um eine Frage handelt, die die ganze Nation angeht.

Dies ist ein Nachteil der Demokratie, daß sie bei außenpolitischen Verhandlungen mit einer Diktatur (durch die vorausgehende öffentliche Diskussion) gezwungen ist, ein gut Teil ihrer Karten auf den Tisch zu legen; denn sie muß mindestens ein paar hundert Abgeordnete und Presseleute, unter Umständen sogar die Mehrheit der Wähler überzeugen. Das bedeutet aber, daß ihre Verhandlungsfreiheit stark eingeschränkt, daß die obere und untere Grenze der Abschlußfreiheit schon bekannt ist — während die Diktatur geheimnisvoll und undurchdringlich an den Verhandlungstisch gehen kann. Es sei hinzugefügt, daß die Diktatur diesen „Vorteil“ mit dem Preis ebenfalls undurchdringlicher Gefängnismauern bezahlen muß, und daß die Einigkeit einer Nation, die durch Diskussion erzielt wurde, der durch die politische Polizei erreichten vorzuziehen ist.

Zum Schluß noch etwas über „das freudvolle Leben und traurige Ende eines Bonner Gerüchts“. Man flüsterte hier vor einiger Zeit: Der Kanzler werde den Bundestagspräsidenten Ehlers, der ihm unbequem oder gefährlich geworden sei, auf den Posten des Bundespräsidenten abschieben, der ja demnächst vacant werde. Nun, das war ein (dummes) Gerücht; denn wer Adenauer kennt, weiß, daß er ein solches Vorhaben nicht schon ein Jahr vorher preisgeben würde — und wer Ehlers kennt, weiß, daß er sich nicht „abschieben“ lassen würde. Das Gerücht war so dumm, daß es nicht einmal offiziell dementiert wurde. Aber jetzt erfolgte ein faktisches Dementi: Die Bundespost will Briefmarken mit dem Bild von Prof. Heuss herausgeben. Seine Wiederwahl im Herbst 1954 scheint also gesichert zu sein — oder: Politik mit Briefmarken. Bruno

kämpfen“ (Wolff)? Auch wenn der Staatsanwalt seine Aufgabe richtig als die eines Angehörigen der „objektivsten Behörde der Welt“ erkennt und der Richter die Verfahrensvorschriften auf das genaueste beachtet, steht der rechtsunkundige Angeklagte den Juristen ziemlich hilflos gegenüber. Sagte nicht schon die Peinliche Gerichtsordnung Karls V. von 1532, daß „mancher auss eynfalt oder schrecken, nit fürzuschlagen weiss, ob er gleich un schuldig ist, wie er sich dess entschuldigen und aussführen soll“? Und obwohl der Angeklagte in dieser Lage häufig „das Gehörte schon nicht mehr recht nach seinem Sinngehalt zusammenfassen kann“ (Hülle), muß er, nach Wolff, „in der Hauptverhandlung sehr rege“ sein. Denn „tut er es nicht, sondern läßt es geschehen, daß der Sachverhalt unrichtig festgestellt wird, dann ist es recht und billig, daß man ihn die Folgen solchen Verhaltens tragen läßt“. Ja, weiter muß er auch noch „darau fachten, daß seine Rüge und Anträge nach § 273 StPO protokolliert werden“ (Wolff). Und dies alles bei einem so „aufregenden Geschehen“ (Hülle) wie der Hauptverhandlung! Sehr richtig weist Hülle darauf hin, daß die Aufregung die gleiche ist, „mag der Schuldige die Tat leugnen oder gestehen oder der Unschuldige um seine Ehre und Freiheit oder gegen das ‚semper aliquid haeret‘ kämpfen; selbst den abgefeimten und geständigen Verbrecher erregt die Ungewißheit des Ausgangs, die das Denken des Menschen bis zur Erschöpfung anregen kann.“

Für diese Situation, deren Psychologie Wolff offensichtlich nicht interessiert, verlangt er von dem rechtsunkundigen Ange-

### FRANKFURTER BÜCHERSTUBE SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 91494

klagten, daß er alle ihm günstigen Vorschriften der Strafprozeßordnung kennt und einen Verstoß gegen sie unverzüglich rügt. „Bleibt der Angeklagte untätig und wahrt seine Rechte nicht rechtzeitig, so ist die dann eintretende Wirkung, daß er mit seinem Vorbringen nicht mehr gehört wird, weder ungerecht noch hart. Die Folgen verpaßter Gelegenheiten hat noch immer der zu tragen gehabt, der nicht aufgepaßt hat“ (Wolff).

Es gibt sehr wohl Gründe, die eine Verwirrung von Verfahrenseinreden rechtfertigen, aber die von Wolff beigebrachten sollten nicht einmal angeführt werden, wenn der Angeklagte durch einen Juristen verteidigt wird.

Auf keinen Fall kann er es dem Angeklagten „überlassen ... sich zu wehren, wenn er glaubt, daß das historische Ereignis, in welchem sich die Straftat verkörpert, nicht sorgfältig genug aufgeklärt ist“ (Wolff). Und schließlich: „Glaubt der Angeklagte in seiner Verteidigung beeinträchtigt zu sein, mag er sich wehren.“ (Wolff). Nein! Es ist Aufgabe des Richters, den Angeklagten in eine Lage zu versetzen, daß er nicht den geringsten Zweifel an dem Willen seines Richters haben kann, alles für ihn Günstige zu hören und den Sachverhalt völlig aufzuklären.

Die offenbar von Wolff vertretene Meinung, jeder Angeklagte sei ein gerissener Kerl, der vor seiner Tat erst einmal das Strafgesetzbuch und die Strafprozeßordnung studiert, führt dazu, daß der Strafprozeß nicht mehr die Bemühung um den Mitmenschen, ist, der gefehlt hat, sondern ein Verarbeiten von Paragraphen. Von diesem Standpunkt aus wäre auch konsequent richterliche Handlungen ohne Anhören des Angeschuldigten mit Formularen vorzunehmen. Aber selbst wenn dabei die gesetzlichen Bestimmungen genau beachtet werden, muß das Vertrauen der Bevölkerung in die Gerechtigkeit des Richters schwer erschüttert werden. „Es sind nicht stets die letzten, sondern bisweilen sehr nahe und einfache Dinge, die dem Rechte zu dienen vermögen“ (Hülle). Diether H. Hoffmann

Wichtige Neuerscheinung für Studium und Praxis

### Leitfaden für das deutsche Recht STRAFRECHT

von Dr. Wilhelm Storz, Landgerichtsrat in Hannover

Kurzlehrbuch nach der Rechtsprechung des RG und des BGH unter Berücksichtigung von Rechtslehre und Schrifttum

Übersichtliche konzentrierte Systematik für beide jurist. Prüfungen

76 Übungen mit Lösungen sowie zahlreiche Beispiele und Skizzen aus dem „Allgemeinen und Besonderen Teil“

ca. 150 Seiten, kartoniert 4.50 DM

VERLAG: POHL, CELLE

## DISKUS FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Herausgeber: Alexander Böhm, Wolf Erich Kellner, Gernot Schweikhardt, Oscar Strobel, Gerhard Weber.

Für die Redaktion verantwortlich: Günther Gruppe, Udo Kollatz, Ernst Alexander Saupe, Werner Schaffernicht, Ernst Schneiderei.

Korrespondenten:

Darmstädter Ausgabe: Heinz Jockel

Marburger Ausgabe: G. Mehnert

Korrespondent in Bonn: Hans W. Nicklas

Geschäftsführung: Peter Götz, Anzeigenverwaltung: Heinrich Götz, Frankfurt a. M., Rheinstraße 7, Tel. 7 72 09.

Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 17, Tel. 7 00 91, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.

Der DISKUS ist das Nachrichtenblatt der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. E. V.“; auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung hat die Vereinigung keinen Einfluß.

Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt a. M., Eckenheimer Landstr. 60b, Tel. 5 11 78.

Abonnements zum Preise von DM 1,50 für Wintersemester 1953/54 und Sommersemester 1954 schriftlich bestellen unter Einsendung des Geldes an die Geschäftsführung: Rheinstraße 7.

## Unterscheidungen

Da wollten neulich zwei Kommilitonen in der Selbstbedienungs-Mensa essen; der eine ein Gericht zu 1,— DM, der andere das zu 1,40 DM. Einer von ihnen hatte 8 Essenmarken à 30 Dpf. mitgebracht, also den Gegenwert für beide Portionen. Am Ausgabenschalter wies man sie ab. Sie könnten doch nicht einfach für diese Marken im Wert von 2,40 DM die gewünschten beiden Portionen im Wert von 2,40 DM verlangen! Wie sollte man dann später bei der Abrechnung feststellen, welche Portionen überhaupt ausgegeben seien? Sie müßten entweder 9 Essenmarken à 30 Dpf. abgeben (4 für das Essen zu 1,— DM, 5 für das zu 1,40 DM) oder zurück zum Markenverkaufstisch und den Verkäufern dort sagen, sie sollten ihnen die Marken umtauschen in 3 à 70 und 1 à 30 Dpf.

Versucht, mißglückt. Denn erstens hätten „die dort“ in der Essenausgabe denen hier vom Markenverkauf „gar nichts zu sagen“, und zweitens könne man — selbst wenn man wolle — die Marken jetzt nicht mehr abnehmen und umtauschen, denn es sei bereits zu spät; die eingetauschten Marken könnten heute nicht mehr verkauft werden, und die Kasse müsse doch bei der Abrechnung stimmen! „Vielleicht kommen Sie einmal morgen schon um 12 Uhr vorbei? Ich will es dann gerne versuchen.“

Daß unseren beiden Kommilitonen nichts anderes übrig blieb, als 3 Marken à 70 zu ihren 8 à 30 Dpf. hinzuzukaufen, um für 2,40 DM essen zu können, ist logisch.

Wunderbar an dieser Sache ist, daß es das Küchenpersonal fertig bringt, den 70 Dpf.-Marken anzusehen, ob sie — zusammen mit einer Marke à 30 Dpf. — für ein Essen zu 1,— DM oder zu zweit für ein Essen zu 1,40 DM vereinbart wurden, wo doch — wie dieses Beispiel zeigt — Entsprechendes bei 30 Dpf.-Marken offenbar unmöglich ist, ohne die Richtigkeit der Bespeisungsstatistik zu gefährden. Die 30 Dpf.-Marken haben dafür den anderen Vorzug, daß die Küche in ihnen 1,20 DM für ein Essen zu 1,— DM und 1,50 DM für ein Gericht zu 1,40 DM kassieren kann, ohne daß ihrer Statistik etwas passiert: eine Akrobatik, der weder die Theorie der allgemeinen Mathematik noch die der Jurisprudenz oder Volkswirtschaft zu folgen vermögen.

Wenn Praxis (Mensapraaxis) und Theorie (Mathematik, vertretbare Sachen etc., siehe oben) auseinanderfallen, ist die Praxis entweder bedenklichen Einflüssen (unnötige Verkomplizierung einer nur durch Vereinfachung rentablen Selbstbedienung) unterworfen, oder die Theorie (daß Mar-

ken-Wert gleich Marken-Wert sei) ist unvollständig und muß entsprechend eingeschränkt werden.

Die Lösung dieses Problems darf nicht mehr lange hinausgezögert werden, denn in diesen Monaten gibt das Studentenwerk an alle, die früher Schulspeisung bezogen, pro Tag eine 30 Dpf. Freitisch-Marke aus. Da man auf diese Marken aber nicht einmal als Trio pro Person für 70 Dpf. essen kann, staut sich infolge der mangelnden Konvertierbarkeit ein Überhang an diesen Marken, und in direkter Proportion dazu steigt der Unmut bei den Kommilitonen, die Freitischmarken erhalten, ohne sich damit ihr Mittagessen verbilligen zu können.

Udo Kollatz

## Symbolträchtige Geschenke

Der Bundeskanzler hatte Geburtstag. Es war eine der seltenen Gelegenheiten, die ein wenig Persönliches und Privates in die Politik hineinbringen und die Gegensätze zurücktreten lassen. Als besonders angenehm wurde allgemein empfunden, daß man keinen übermäßigen Luxus trieb. Dafür sprach aus den Geschenken ein Humor, bei dem die Grenze zwischen Ernst und Ironie nicht mehr genau zu bestimmen war.

Der Vorstand der CDU schenkte ein Kruzifix von einem Meister aus dem Jahre 1540, der Bundeswirtschaftsminister einen Korb Obst aus deutscher Ernte — wer dachte da nicht gleich an den Waggon Bühler Zwetschgen, der im vergangenen Sommer nach Bonn rollte? — der Berliner Senat überreichte eine silberne Nachbildung der Freiheitsglocke und der Oppositionsführer Erich Ollenhauer schickte einen Strauß roter Nelken. Er war, bei aller Verehrung für den alten Herrn, seiner Gesinnung und den Nelken treu geblieben.

Das alles war bescheiden und nett zugleich. Es zeigte, daß auch in der Politik der Humor wieder seinen Platz hat — und, daß er auch verstanden wird.

Friedrich Poorten

## Film und öffentliche Meinung

Ein unbekannter Drehbuchautor hatte aus alten Wochen-schauen und einigen Privatfilmstreifen einen Hitlerfilm zusammengeschnitten. Der Film passierte die Selbstkontrolle und wurde kurz darauf auf Veranlassung der Bundesregierung von den Innenministerien verboten. Er sei — so argumentierte man — eine Verherrlichung des Nationalsozialismus und könne dem deutschen Ansehen im Ausland schaden. Diejenigen aber, die den Film noch in der Originalfassung zu sehen bekommen hatten, mutmaßten, daß weniger dieses als vielmehr die Aufnahmen vom Krieg, die das Soldatsein so unschmackhaft machten, als Hauptgrund für das Verbot des Filmes ausschlaggebend gewesen seien.

Die deutsche Presse erhob Protest. Das Verbot bedeute eine gefährliche Bedrohung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung durch staatliche Macht. Die Proteste hatten dann auch Erfolg. Das Verbot wurde aufgehoben und der Film lief in zahllosen Kopien in den deutschen Kinos an.

Daraufhin feierte man einen Sieg der Öffentlichkeit. Den Sieg aber hatte bestenfalls die Presse errungen. Was die Öffentlichkeit zu sehen bekam, war der zum Torso verstümmelte Film. Man hatte all das weggeschnitten, was dem Staat und dem Klerus — auch die Aufnahmen von Hitlers Empfang beim Papst hatte man weggelassen — nicht genehm sein konnte. Gerade die Aufnahmen, die für den Film Reklame machen sollten, fehlten. Auf dem beigegebenen Prospekt — den zu ändern man vergessen, oder nicht einmal für nötig gehalten hatte — konnte das Publikum sehen, worum es betrogen wurde. Dagegen lief die deutsche Öffentlichkeit keinen Sturm. Sie lief in Scharen ins Kino, und Verleiher und Kinobesitzer rieben sich die Hände, weil sie

durch den ganzen Skandal die Reklameausgaben für diesen Film gespart hatten.

Das geschah in Deutschland.

Die Schweizer Regierung hatte vor kurzem eine Verordnung erlassen, mit der das Fernsehen in Gaststätten und öffentlichen Lokalen erlaubt wurde. Dagegen wandte sich der Schweizer Lichtspieltheaterverband, der in dieser Verfügung die Förderung einer unerwünschten Konkurrenz erblickte, und drohte mit dem Boykott der staatlich geförderten Wochenschau. Die Schweizer Presse erhob Protest. Woraufhin ein Schaffhauser Kinobesitzer gegen eine Zeitung den Annoncenboykott verhängte. Die Zeitung, am empfindlichsten Punkt ihrer Berufsehre getroffen, erklärte, sie denke gar nicht daran als Treuhänderin der Öffentlichkeit ihre Meinung vom Inseratenvolumen einer Interessengruppe abhängig zu machen. Der Schweizer Zeitungsverlegerverband veröffentlichte eine Erklärung, in der er das Vorgehen des Kinobesitzers als Versuch brandmarkte, durch wirtschaftliche Druckmittel das Recht der freien Meinungsäußerung zu untergraben und damit die Fundamente der Demokratie zu bedrohen.

Die Reaktion in der Öffentlichkeit war prompt und konsequent. Sie stellte sich auf die Seite ihrer Zeitung und besucht seitdem das Kino nicht mehr.

Offenbar sind die Schweizer bessere Demokraten.

Simon Zeisig

## Das Gleichgewicht der Kräfte

Die Bedeutung politischer Ereignisse wird nicht nur in der Memoirenliteratur mit falschen Akzenten versehen: das beweist die kürzlich durch ein Bielefelder Meinungsforschungsinstitut erfolgte Rundfrage „Was halten Sie für das wichtigste öffentliche Ereignis des Jahres 1953?“

44% der Antwortenden blieben in ihrem westdeutschen Bundeshorizont befangen und nannten die Bundestagswahl vom 6. September. — Wie würde ein objektiverer Beobachter wohl demgegenüber den Zerfall der Regierungsstabilität in Frankreich und Italien und die nahezu gewaltsame Einbeziehung Spaniens in die okzidentale Politik einschätzen? Daß Stalin jahrelang Symbol der Bedrohung der Welt war, ist schon so lange her, daß nicht mehr als 9% seinen Tod als wichtigstes Ereignis des Jahres anführten. Wieviel eindrucksvoller war doch daneben der Glanz der coronation der Königin Elisabeth von England! Noch länger als ein halbes Jahr danach ist er den Herzen von 3,8% der Antwortenden unauslöschlich verhaftet. Und wie viele hätten diese langvermißte Befriedigung ihrer Untertanengefühle noch nicht vergessen und als wichtigstes Ereignis bezeichnet, wenn die coronation erst in jüngster Zeit, unter dem Weihnachtsbaum vollendet worden wäre?

Die alltägliche Berieselung mit „Ost-Problemen“ hat uns hingegen so abgehärtet, daß wir dadurch noch besser als durch den Eisernen Vorhang vor jeder Berührung mit den Problemen der Sowjetzone geschützt bleiben. Nur die noch nicht ganz Immunen — ebenfalls 3,8% — entsannen sich des 17. Juni.

Weltpolitik wurde vor noch nicht so langer Zeit, dafür aber so weit weg — noch hinter der Türkei! — gemacht, daß nur die wenigsten, 2,5%, sie erwähnenswert fanden: sie nannten den Waffenstillstand, der das jahrelange Blutvergießen in Korea beendet hat.

Das beste Argument gegen den jetzt wahrscheinlich folgenden Vorwurf, daß hier außergewöhnlich extreme Antworten vorlägen, ist deren Ausgewogenheit. Kann man sich denn einen besseren Beweis für Westdeutschlands harmonische Entwicklung denken, als daß sich das Interesse für den Freiheitskampf von 18 Millionen Deutschen und für Elisabeths Egriffenheit in der Westminster Abbey genau die Waage halten? U. K.



# RHEIN-MAIN BANK

A K T I E N G E S E L L S C H A F T

## FRÜHER DRESDNER BANK

Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Fernsprecher: Ortsverkehr 30061, 30221, Fernverkehr 30231

### Depositenkassen in Frankfurt a. M.:

Mainzer Landstraße, Mainzer Landstraße 93 · Opernplatz, Große Bockenheimer Straße 37 – 39

Roßmarkt, Roßmarkt 14 · Schweizerstraße, Schweizerstraße 27 · Großmarkthalle, Rückertstraße 4, Westanbau

55 Niederlassungen im süddeutschen Raum



# Wir fahren nach Dresden

Wer zum erstenmal die Zonengrenze aus der Bundesrepublik kommend überschreiten will, dessen bemächtigt sich leicht ein unbehagliches Gefühl, je näher er den Schlagbäumen kommt. Wie selbstverständlich ist uns dagegen eine Fahrt in westliche Länder, etwa nach Frankreich oder der Schweiz geworden. Die Reise nach Ostdeutschland aber hat für uns den Charakter einer Unternehmung angenommen. Es soll hier nicht im Einzelnen auf die Gründe eingegangen werden, die zu dieser Entwicklung geführt haben. Sehen wir die Dinge, wie sie sind. Sicher aber können wir vieles tun, um neue Verbindungen zu schaffen und die noch vorhandenen nicht abreißen zu lassen.

Vor diese Aufgabe sahen sich meine Freunde und ich gestellt, als wir — 10 Studenten der Evangelischen Studentengemeinde der TH Darmstadt — einer Einladung der Studentengemeinde in Dresden zu einer Semesterfreizeit folgten. Als Thema für ein gemeinsames Rundgespräch hatten die Dresdner vorgeschlagen: „Fromm sein und Kontakt behalten“. Unter dieses Leitwort kann ich aus der Rückschau unseren ganzen Besuch stellen. Im Verlauf der Freizeit wurde uns allen die Aufgabe deutlich, für- und miteinander zu leben. Unser Bestreben darf sich dabei nicht auf unsere Freunde, Bekannten und Verwandten beschränken, sondern muß alle einschließen. Vor allem auch die Kommilitonen, die der Studentengemeinde, der Kirche und dem christlichen Glauben fern stehen. Es gilt ja nicht, die „Christliche Front“ im Osten Deutschlands zu stärken. Es darf uns hier nicht um politische und weltanschauliche Meinungsverschiedenheiten gehen. Unser erstes Anliegen muß es sein, mit unseren Brüdern zu reden und zu sehen, wo wir ihnen helfen können, und zu hören, was sie uns zu sagen haben. Wir wissen, daß die christliche Botschaft und unser Glauben nicht dort enden, wo unser Verstand keine Möglichkeit mehr sieht.

Wer es nicht selbst erlebt hat, der wird sich die Freude unserer Gastgeber über den Besuch aus Westdeutschland kaum vorstellen können. Außer uns Darmstädtern waren noch einige Studenten der Studentengemeinden aus Hannover und Stuttgart gekommen. So zählte die Freizeit etwa 60—70 Teilnehmer. Unsere Freunde entwickelten ein bewunderungswürdiges Organisationstalent, sodaß wir in Kürze untergebracht waren.

Von der Freizeit ist mir zweierlei besonders in Erinnerung geblieben: Die Adventsfeier am Samstagabend und das Rundgespräch. Es erwies sich als eine gewaltige Hürde, den Begriff des „Frommseins“ zu definieren, obwohl wir uns sehr bald einig waren, was nicht damit gemeint sein kann. Sehr lebhaft war die Aussprache über das Kontakthalten. Für unsere Freunde im Osten ist das ja im besonderen die Frage ihrer Einstellung zu denjenigen Kommilitonen, die der Evangelischen Studentengemeinde fern stehen oder sie aus ihrer Weltanschauung heraus ablehnen. Ich hatte den Eindruck, als ob unsere Kommilitonen nach den Angriffen

gegen die Junge Gemeinde und die Studentengemeinden vor der Verkündung des neuen Kurses der Regierung der DDR mutlos geworden seien und sich auf dem Weg in eine Verinnerlichung befänden, die sie den Kontakt mit ihren Kommilitonen nicht mehr finden läßt. So sehr es mir fern liegt, unseren Freunden einen Vorwurf zu machen, — ich bin nicht sicher, ob ich anders handeln würde — so mußte ich doch mit ihnen darüber reden. Ich sehe die Dinge mit Abstand, als nicht unmittelbar Beteiligter. So sehe ich vielleicht die Gefahr einer zunehmenden Isolierung der Gemeinde schärfer. Dabei waren wir uns einig, daß es nicht Aufgabe der Kirche und der Gemeinden ist, für eine bessere und gerechtere „christliche“ Weltordnung zu kämpfen, etwa nach einer „Christlichen Ideologie“, und andersartige Versuche, unser Gesellschaftsleben zu ordnen, als unchristlich abzutun. Es muß uns bewußt bleiben, daß alle Menschen, auch wenn wir ihre Anschauungen und Handlungen weder bejahen noch gutheißen könnten, als unsere Brüder wert sind, daß wir mit ihnen reden. Für uns westdeutsche Studenten aber besteht die Aufgabe, die Studentengemeinden in der DDR in jeder Weise zu unterstützen, ihnen zu helfen, Kontakt zu halten und ein Glied in der Brücke der Verständigung zwischen Ost und West zu bilden.

Am Montag hatten wir Gelegenheit, eine Vorlesung über Produktivitätssteigerung im Institut für Gesellschaftswissenschaften zu besuchen. Das Betreten des Hochschulgebäudes ist nur mit Ausweis möglich, und so verdanken wir den Besuch dieser Vorlesung dem Einverständnis des Prorektors für studentische Angelegenheiten an der TH.

Einige Abweichungen in der äußeren Form der Vorlesung von dem uns gewohnten Bild fielen auf. Beim Eintritt des Dozenten erheben sich die Studenten von ihren Plätzen. Zustimmung und Beifall wird nicht durch Volksgemurmel und Klopfen zum Ausdruck gebracht, sondern durch Klatschen, das wohl von der FDJ übernommen wurde.

Eine Steigerung der Produktivität auf allen Arbeitsgebieten ist das große Ziel der Wirtschaft in der DDR; ein Ziel, das in der kommunistischen Weltanschauung begründet liegt und von Stalin immer wieder betont wurde. Den Unterschied zu den gleichen Bestrebungen der westlichen Welt, deren Wirtschaft dem privaten Erwerbsprinzip unterliegt, sah der Dozent darin, daß jede Produktivitätssteigerung in diesen Ländern notwendig eine Überproduktion zur Folge haben müsse und daher zu Krisen und Kriegen führe, während in einem kommunistischen Staat jede Verbesserung der Produktivität den arbeitenden Menschen zugute käme und sich in einer Steigerung des Lebensstandards und einer Verkürzung der Arbeitszeit auswirken müsse.

Die Vorlesung war allgemein gehalten. Die Zahlen, die genannt wurden, erschienen mir jedoch ergänzungsbedürftig. Wenn es schon richtig ist, daß die Sowjetunion prozentual in den letzten Jahren in weit höherem Maße die Produktivität steigern konnte, als zum Beispiel Amerika oder auch andere westliche Länder, so muß man sich doch fragen, wie weit eine derartige Steigerung gemessen an den nicht-kommunistischen Ländern notwendig war, um den Rückstand der Sowjetunion aufzuholen, und in welchem Maße westliche Erfahrungen hierbei halfen. Ich bestreite dabei keineswegs, daß die Sowjetunion auf manchen Gebieten eigene Wege gegangen ist, die zu Erfolgen führten. Mich hätten in diesem Zusammenhang aber einige Produktionsziffern interessiert, an Hand derer ein Vergleich besser möglich gewesen wäre. —

Nach der Vorlesung luden mich drei Studenten der FDJ-Hochschulgruppe — überzeugte Kommunisten — zu einem Spaziergang durch Dresden ein. Nachdem sie sich von ihrer Seminarübung beurlaubt hatten, gingen wir zunächst in das sogenannte Jugendaktiv essen. Danach besichtigten wir eine Weihnachtsausstellung: „Weihnachten das Fest des Friedens der Völker.“ Die Ausstellung zeigte weihnachtliche Bräuche und Sitten aus verschiedenen Ländern und Volksgruppen. Stände mit Weihnachtsschmuck und Gebäck waren aufgeschlagen. Vor allem aber waren die Spielwarenabteilungen und eine elektrische Eisenbahnanlage von alt und jung umlagert. Meine Begleiter erzählten mir, das Anliegen ihrer Regierung sei, jedem Bürger der Republik ein angenehmes Weihnachtsfest zu ermöglichen. Weihnachtsbäume, Spielwaren — allerdings keine Spielzeugpanzer — und Sonderzuteilungen sollen dem Verbraucher rechtzeitig zur Verfügung stehen. Ich mußte meinen Begleitern aber doch sagen, daß es dann, wenn das Weihnachtsfest sich in diesen Dingen erschöpft und nicht mehr bedeutet, als ein Überbleibsel der bürgerlichen Welt, auf das man Rücksicht nehmen und das man umdeuten müsse, besser ist, dieses Fest nicht mehr zu feiern.

An dem nachfolgenden Gedicht, daß ich in die Hand bekam, wird diese Umdeutung sichtbar.

## Die heilige Familie

Ein Kindlein kam im Stall zur Welt.  
Der Vater Joseph hatte kein Geld  
für ein warmes Bett und ein Zimmer.  
Im Stroh, da lag die Mutter Marie,  
und wie sie auch vor Schmerzen schrie,  
Es hörte nur das dumpfe Vieh  
Ihr Klagen und ihr Gewimmer.

Der Joseph schaute zum Fenster hinaus,  
doch ach, die drei Könige blieben aus  
mit Gold und Weihrauch und Myrrhe.  
Maria hielt ihr Kind im Arm;  
ihr Leib muß sein der Ofen warm,  
und statt der Milch, daß Gott erbarm,  
war nur der Rost im Geschirre.

Ach Joseph, lieber Joseph mein,  
wie leid ist es mir um mein Kindelein,  
ach Joseph, was soll nur werden?  
Fragst du nach Arbeit, sie lassen dich stehn;  
ach Joseph, ach Joseph wir müssen betteln gehn,  
ach Joseph es ist kein Ende zu sehn  
mit diesem Jammer auf Erden!

Und wie sie saßen im kalten Stall  
und klagten, hörten sie auf einmal  
im Hof ein freundlich Singen.  
Die Tür ging auf, im Lichterschein  
traten viel junge Hirten herein.  
den Eltern und dem Kindelein  
eine frohe Botschaft zu bringen.

Wir kommen aus einem schönen Land,  
dort haben die Menschen die Not verbannt,  
als sie sich selber erlösten.  
Dort wachsen die Kinder auf im Licht  
und Hunger und Elend gibt es dort nicht  
weils keinem an Dach und Brot gebricht.  
Die Kleinsten wurden die Größten!

Ach, führt mich hin, sprach Joseph darauf.  
Da ging ein Stern am Himmel auf  
in einem roten Lichte.  
Das ist der Stern von Kraft und Mut,  
der Herzen stählt und Wunder tut,  
und kennt ihr ihn, dann lest ihr gut  
die biblische Geschichte.

Aber ist diese Umdeutung nicht auch zugleich eine Anklage und eine Mahnung? Was hat die Kirche in der Vergangenheit getan, um den Armen und Notleidenden Hilfe zu bringen? Ich meine hier nicht eine nur caritative Hilfe, sondern denke an echte Hilfe, die nur aus dem Verständnis für jede menschliche Not kommen kann. Was aber konnte eine Kirche, die zu einer bürgerlichen Organisation geworden war, für die Hilfsbedürftigen und Verzweifelten tun? Wenn Menschen schließlich keine andere Hilfe aus ihrer Not mehr sehen, als die, die sie sich selbst geben können, wenn sie, weil Bürgertum und Kirche ihnen als eine Einheit erscheinen, beide zugleich verwerfen, dann sehe ich darin ein Versagen der Kirche, die berufen ist, allen Menschen das Wort Gottes nahe zu bringen. Ich frage mich: „Was tut die Kirche, was tun die Gemeinden, was tun wir heute? Tun wir alles, was uns aufgegeben ist?“

Meine Gastgeber, die alle drei aus der Kirche ausgetreten sind, sagten mir offen, daß ihnen der christliche Glaube nichts bedeute. „Das Christentum hat in seiner fast 2000jährigen Geschichte gezeigt, daß es den Zustand dauernden Glückes und Friedens nicht herbeiführen kann. Der wird in dem kommunistischen Staat verwirklicht sein, den wir aufbauen.“ Diese Anschauung bestimmt auch ihre Haltung der Evangelischen Studentengemeinde gegenüber; sie betrachten sie als überflüssig. Sie gaben zu, daß der Staat auf vielen Gebieten den Fehler gemacht hätte, kommunistische Forderungen durch seine Autorität durchsetzen zu wollen, ohne die Menschen wirklich von der Richtigkeit der kommunistischen Idee überzeugt zu haben. Im Falle der Evangelischen Studentengemeinden und der Jungen Gemeinde habe es sich aber herausgestellt, daß sie zu einem Organ westlicher Spionagengruppen geworden seien. In einem solchen Falle müsse jeder Staat eingreifen. Dieser durch nichts, auch von meinen Begleitern nicht bewiesenen Unterstellung und Verallgemeinerung mußte ich widersprechen. Ich sagte, daß man auf diese Weise nicht verfahren dürfe. Wenn der Staat meine, jemandem Spionage vorwerfen zu müssen, so soll er den Betroffenen vor Gericht stellen, aber nicht eine ganze Gruppe anklagen und ausschalten wollen. Zu meiner Überraschung stimmten sie mir zu. Ihre Regierung und sie hätten eingesehen, daß hier Fehler gemacht wurden.

Ich muß sagen, daß ich sehr dankbar für dieses Gespräch bin. Es vermittelte mir einen Einblick in das Denken vieler junger Menschen in der DDR, die sich ganz in den Dienst der kommunistischen Weltanschauung gestellt haben. Mich hat diese Aussprache nachdenklich gemacht. Ich frage mich, ob nicht das, was wir den Menschen im Osten als Christen sagen müssen, in gleicher Weise für den Westen gilt. Lebt nicht hier, wie dort der Staat aus seiner und für seine Idee und steht in der Gefahr, den Menschen darüber zu vergessen? Gilt es nicht hier wie dort, allen Menschen zu helfen, sich aus materiellen Fesseln und materieller Verzweiflung zu lösen und durch die Gnade unseres Herrn zu wahrer Freiheit zu gelangen? Ich glaube fest, daß wir dann nur dann hoffen können, die Fragen dieser Welt zu lösen, wenn wir aus dieser Freiheit heraus handeln.

Wenzel v. Jordan (T. H. Darmstadt)

## Für Winterreisen DEUTSCHE BUNDESBahn



Ermäßigung für jedermann  
Rückfahrkarten . . . . 10·35%  
Sonntagsrückfahrkarten 33·1/2%

## Reisen Sie unbeschwert Die Gepäckfrachten sind niedrig

Zur Fahrt in das Wintersportgebiet des Vogelsberges und der Rhön empfehlen wir die besonders ermäßigten und schnellen Wintersportzüge. Sie verkehren bei guter Schneelage an allen Sonn- und Feiertagen. Durch Hiszen der weißen Fahne auf den Bahnhofsvorplätzen wird das Verkehren dieser Züge angezeigt.

Auskünfte erteilen die Fahrkartenausgaben  
und Reisebüros.

**Bundesbahndirektion Frankfurt**

# Wettbewerb in Liquidation

Der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ ist bereits ein Widerspruch in sich. Marktwirtschaft setzt die bedingungslose Anerkennung des rationalökonomischen Prinzips voraus. Sie sozialpolitisch determinieren zu wollen, hieß irrationell mit ihr zu verfahren. Aber selbst der des Sozialen entkleidete Begriff der Marktwirtschaft bietet in den modernen industriellen Gesellschaften kaum noch eine andere Anwendungsmöglichkeit, als der eines historischen Terminus. Die Märkte unserer Tage haben mit dem, was die Klassiker der Nationalökonomie sich einst unter einem Markt vorstellten, nur noch wenig gemeinsam.

Mit dem Abtreten der Vielzahl von Produzenten, die mit einer Vielzahl von untereinander stark differenzierten Gütern um die Gunst des Kunden konkurrierten, verschob sich die jahrhundertlang vorherrschende Individualproduktion zur Massenproduktion. Seit langem ist es der Mehrzahl der Konsumenten nicht mehr möglich, handgearbeitete Produkte zu erwerben. In der Bundesrepublik kostet heute ein nach Maß gearbeiteter Herenanzug etwa 380,— DM, ein fließbandgefertigter Personenwagen rund 5000,— DM. Die entsprechenden Preise in den USA liegen bei 300 bzw. 1900 Dollar.

## Großindustrie und Unternehmertum

Massenproduktion, die solche Preisrelationen ermöglicht, ist in den meisten Produktionszweigen nur im Großbetrieb möglich. Der hohe Kapitalbedarf der Großbetriebe führte aber schon frühzeitig zur Bevorzugung von Kapitalgesellschaften, deren wichtigster Vertreter die Aktiengesellschaft wurde. Dabei vollzog sich eine Trennung zwischen Eigentum und Unternehmensleitung. In der ersten Periode der industriellen Revolution waren Eigentümer und Leiter der Unternehmungen noch identisch. Heute wird in der Großindustrie die Unternehmerfunktion überwiegend von Angestellten ausgeübt. Die als Eigentümer auftretenden Aktionäre sind weniger an der Entwicklung des Unternehmens als an der Höhe der Dividenden und Aktienkurse interessiert. Selbst bei Familienbesitz wächst infolge zunehmender Komplexität von Betriebsführung und Markt die Abhängigkeit von den Spezialisten des Managements. Mittel- und Kleinbetriebe sind auf die Dauer der Konkurrenz der Großunternehmung kaum gewachsen. In den USA hatten 1939 noch 52% aller Firmen weniger als 500 Beschäftigte. 1944 waren es noch 38% und eine halbe Million kleiner Betriebe war völlig verschwunden. Zwar weist die Bundesrepublik seit der Währungsreform eine Zunahme von Klein- und Mittelbetrieben auf. Diese Erscheinung ist aber sicherlich nur vorübergehender Natur. Die Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, wie auch großer Teile des übrigen Europa, wurde durch zwei Weltkriege wesentlich unterbrochen. Die durch den Nachholbedarf der Nachkriegsjahre und Koreaboom forcierte Blüte der Klein- und Mittelindustrie in der Bundesrepublik wird auf die Dauer der Konkurrenz einer unter günstigeren Bedingungen arbeitenden Großindustrie kaum gewachsen sein. Ein sehr drastisches Beispiel von Konzentration bietet die Autoindustrie. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete am 19. 12. 1953, daß von den 13 Automobilfabriken der Bundesrepublik gegenwärtig 20 Personenwagenhaupttypen gebaut werden. Von diesen 13 Fabriken haben sechs einen Marktanteil von 95% und allein 85% der Gesamtproduktion verteilen sich auf nur 5 Typen. Ein Hauptvorteil der in Massen pro-

duzierenden Großunternehmung liegt in den Möglichkeiten der Reklame. Selbst bei der kaum zutreffenden Annahme von gleichen Stückkosten bei Groß- und Kleinbetrieb, kann der Großbetrieb wegen seiner größeren Produktion einen entsprechend höheren Werbungsaufwand erbringen. Ein Großbetrieb kann unter der Voraussetzung gleicher Kosten, bei einer Produktion von 1000 Stück den zehnfachen Betrag für Reklame ausgeben, als ein Kleinbetrieb, der nur 100 Stück produziert.

## Reklamegesteuerter Massenkonsum

Die Verbindung von Reklame und Massenproduktion führten zur Schematisierung und Typisierung des Güterangebotes. Durch die Beschränkung des Angebotes auf wenige Typen wurden nicht nur die Voraussetzungen billigerer Produktion, sondern auch wirksamerer Reklame geschaffen. Da die Werbung eine möglichst hohe Zahl von Konsumenten ansprechen soll, darf sie sich jeweils nur an den von Marktforschern, Soziologen und Psychologen ermittelten Durchschnittskonsumenten einer bestimmten Gruppe von Einkommenbeziehern richten. Die modernen Werbemethoden pflegen sich dabei nur selten an das kritische Urteilsvermögen des Konsumenten zu wenden. Sie ziehen es vielmehr vor, mit Hilfe von Wiederholung und Gewohnheit suggestiv in das Unterbewußtsein einzudringen. Schon heute hat die auf ein bestimmtes Produkt sich beziehende Markenwerbung den Verkäufer weitgehend in die Funktion eines bloßen Verteilers gedrängt. Die Kommunikation mit den Kunden wurde durch die Werbeabteilung der Großunternehmungen übernommen.

Die Tendenz zur Großunternehmung zeigt sich auch in jenen Wirtschaftszweigen, in denen bisher Kleinbetriebe dominierten. In den USA wurden die Kleinbetriebe des Fleischer-, Müller- und Bäckergewerbes seit langem durch Großunternehmungen ersetzt. Die Reparaturgewerbe wurden teilweise wegen der geringen Differenz zwischen Reparatur- und Neuanschaffungspreis verdrängt oder Großunternehmungen angegliedert. Sogar im Gebiet der Dienstleistungen, von dem sich mancher Theoretiker einen Gegenpol zum Aussterben der übrigen wirtschaftlich Selbständigen verspricht, ist ein solcher Trend feststellbar, wie Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Filialbetriebe der verschiedensten Sparten, Hotel- und Taxikonzerne beweisen. In den USA werden sogar individuellste Dienstleistungen wie Glücksspiel und Prostitution von illegalen Gesellschaften organisiert und beherrscht.

Aus alledem ergibt sich, daß der absolute und relative Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an der Gesamtzahl der Beschäftigten immer größer wird. In der Bundesrepublik dürfte die Zahl der Unternehmerpersönlichkeiten im klassischen Sinne sehr gering geworden sein. Ein wirtschaftlicher Wettbewerb — der Begriff Wettbewerb setzt schon gleiche Startbedingungen voraus — dürfte in sehr vielen Branchen seit langem unmöglich sein. Der Wettbewerb hat sich vielmehr in den Konkurrenzkampf weniger Großunternehmungen verlagert. Ein Konkurrenzkampf, der in der Zeit der Prosperität den Kleinbetrieb, der gegen Massen produzierende Großunternehmungen bestehen muß, leben läßt, ihn bei Stagnation oder gar Depression sehr oft an die Wand drücken wird.

Die dem Marktwirtschaftlichen System immanenten Krisenerscheinungen haben außerdem noch das Bedürfnis nach

Verringerung des Risikos geweckt. Sie führten zu vertikalen und horizontalen Zusammenschlüssen von Unternehmungen und damit zum freiwilligen Verzicht auf einen wesentlichen Teil der sonst so viel gerühmten Unternehmerinitiative zu Gunsten von Verwaltungsorganen.

## Wachsender Staatseinfluß

Auch die noch verbliebenen Freiheiten der Unternehmerfunktion ausübenden Wirtschaftssubjekte sind heute doch recht gering. Auf die staatliche Finanz-, Geld-, Sozial- und Außenhandelspolitik reagiert der Wirtschaftler wie ein Lokomotivführer im Rangiergelände. Ganz zu schweigen von der übrigen Gesetzgebung, die gewisse Märkte und Wirtschaftszweige direkt oder indirekt unter Staatskontrolle bringt. Schon Adolph Wagner hatte ein Gesetz von der wachsenden Staatstätigkeit formuliert und bis heute weist der vom Staat direkt kontrollierte Anteil am Nationalprodukt noch immer einen steigenden Trend auf. In verschiedenen westlich orientierten Ländern Europas sind bereits einige Industrien in Staatseigentum übergegangen. Und in der Bundesrepublik scheint das nur noch eine Frage der jeweiligen Wahlergebnisse zu sein.

Unter den Voraussetzungen von Massenproduktion, reklamegesteuertem Massenkonsum, abnehmender Bedeutung des Kleinbetriebes und zunehmender Staatstätigkeit täte man sicherlich besser daran, auf den Begriff der Marktwirtschaft zu verzichten. Er assoziiert zu leicht Vorstellungen eines Wettbewerbes, der auf den meisten Teilmärkten seit langem durch die Vorherrschaft weniger Großunternehmen abgelöst wurde. Wir sollten uns lediglich endlich darüber klar werden, daß Interventionismus und oligopolistische Märkte in unseren Tagen bereits weitgehend eine Tatsache sind. Falsche Begriffe dienen dabei nur der Verschleierung realer Fakten.

Günter Friedrichs

## Nachrichten aus der Bundesrepublik

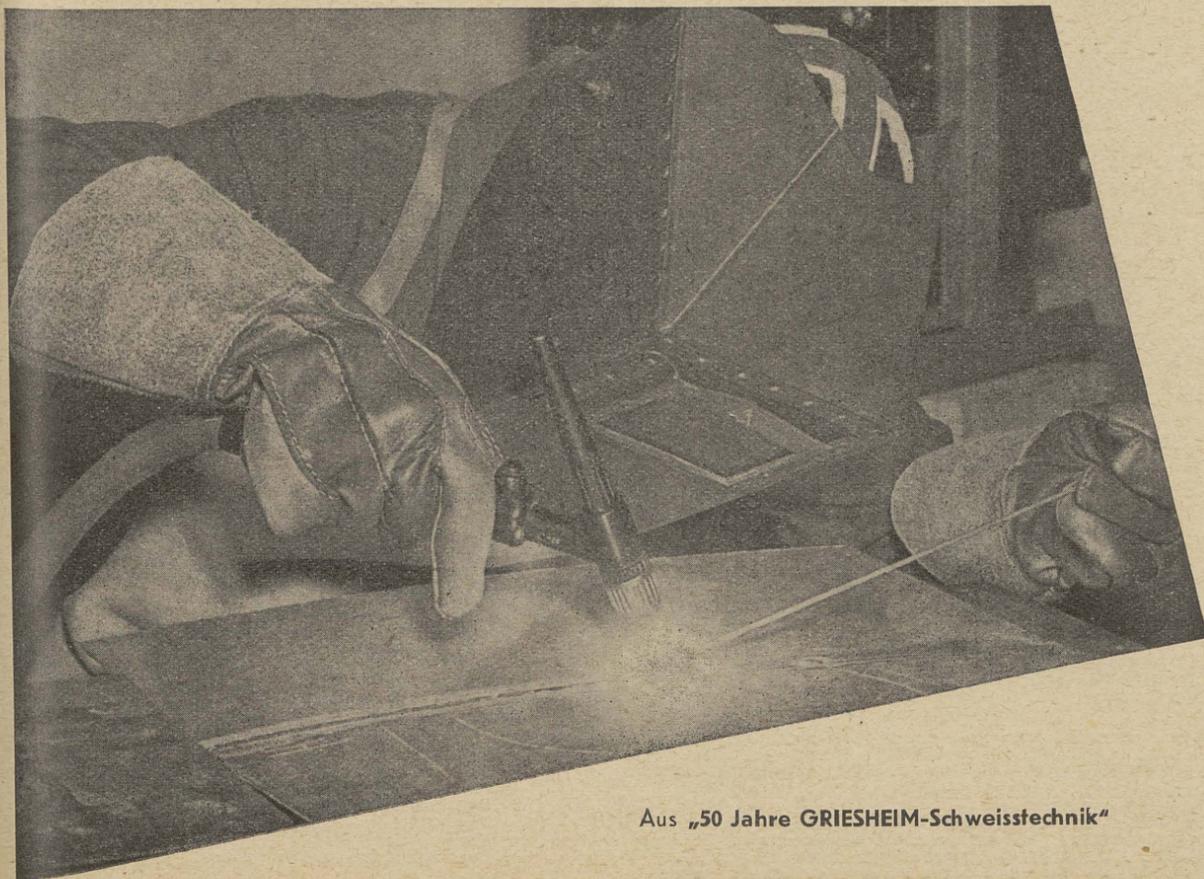
Bonn. Über 3500 deutsche Studenten wurden im Sommerhalbjahr 1953 vom VDS-Auslandsamt zu Arbeits- und Erntelagern, Ferienzentren und kunstgeschichtlichen Rundreisen ins Ausland vermittelt. Die meisten Studenten fuhren nach England, Spanien, Italien und in die nordischen Länder. Umgekehrt ermöglichte das Auslandsamt im gleichen Zeitraum 315 ausländischen Studenten einen Deutschland-Aufenthalt. Das Winterprogramm des VDS-Auslandsamtes sieht Skilager und Sammeltransporte nach London und zurück vor.

Bonn. Der 3. Deutsche Studententag findet vom 2. bis 5. Mai in München statt. Der politische Teil des Studententages steht in diesem Jahr unter dem Thema „Die Verantwortung des Studenten in Volk und Staat“. Der erste Deutsche Studententag war 1950 in Köln, der zweite 1952 in Berlin. — Die Teilnehmerkosten betragen (einschließlich Fahrt, Unterkunft und Verpflegung) etwa 30,— bis 35,— DM. Einer der beiden geplanten Sonderzüge fährt über Frankfurt am Main.

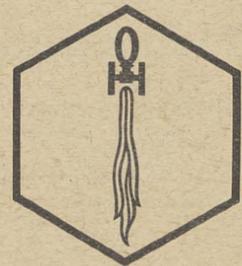
Der Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) hat sich erneut dagegen ausgesprochen, schlagende Verbindungen an deutschen Hochschulen zuzulassen oder durch den Bundesjugendplan zu fördern. In einer Mitteilung des SDS heißt es: „Die antisemitischen Tendenzen einiger Korporationen, ihre zurückhaltende Stellung gegenüber der Demokratie und ihre soziale Exklusivität lassen sie nicht als geeignete Träger eines zeitgemäßen studentischen Gemeinschaftslebens erscheinen“.

Braunschweig. Unter dem Thema „Student und Arbeiter“ hielt die Deutsche Burschenschaft eine Tagung in Braunschweig ab, an der neben Korporationsstudenten und Professoren auch Unternehmer, Arbeiter und Gewerkschaftler teilnahmen.

Bonn. Der Verband Deutscher Studentenschaften traf sich Anfang Dezember mit dem Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, zu einem Gespräch über gemeinsam interessierende Fragen. Es wurden vor allem soziale Anliegen der Studentenschaft erörtert. Ollenhauer sagte dem VDS seine Unterstützung zu. Der SPD-Vorstand ist zu weiteren Unterredungen bereit. Kurze Zeit später traf sich der VDS mit Bundesinnenminister Dr. Schröder. Die Studentenvertreter informierten Dr. Schröder über die Arbeit des Verbandes und trugen ihm insbesondere die sozialen Probleme der Studenten vor. Auch Dr. Schröder möchte gerne das Gespräch fortsetzen.



Aus „50 Jahre GRIESHEIM-Schweisstechnik“



**KNAPSACK-GRIESHEIM**  
AKTIENGESELLSCHAFT  
**WERK GRIESHEIM-AUTOGEN**  
FRANKFURT AM MAIN

Beim Argonarc-Schweißen wird der elektrische Lichtbogen von einem besonderen Schutzgas, dem 99,8% reinen Argon, eingehüllt. Dieses Edelgas verbindet sich chemisch mit keinem Metall. Es ist daher ein Schweißen ohne chemische Veränderung des Metalls möglich, wodurch eine hervorragende Güte der Schweißnaht erzielt wird. Das Verfahren hat sich besonders beim Schweißen von Leichtmetallen und rostfreien Stählen durchgesetzt.

# Ein strittiges Grundrecht der Studenten

## Parlamentsbericht

In der Sitzung des Studentenparlaments am 17. 12. 1953 wurde der Haushaltsplan des Asta für das WS 1953/54 in Höhe von 18 114,40 DM verabschiedet. Das Parlament beschloß ferner, den 3 Asta-Vorsitzenden ab 1. November 1953 monatlich 25,— DM Aufwandsentschädigung zu gewähren.

Der 1. Vorsitzende, stud. phil. Reininger, berichtete über die Arbeit des Asta; u. a. über die Gründung des „Vereins Studentenhaus“, dem die Geschäftsführung des Hauses obliegt, und an der sich der Asta nunmehr beteiligt hat. Neben einigen anderen Änderungen der Satzung sind vor allem auch die geforderten zwei vom Studentenparlament zu wählenden Vertreter in den Vorstand aufgenommen worden.

Die Wahl dieser beiden Vertreter brachte eine mehr als einstündige Unterbrechung der Tagesordnung mit 2 Wahlgängen und Personaldebatten. Obwohl keine Einigung über die zur Wahl notwendige Anzahl an Stimmen zustande kam, galten schließlich cand. rer. nat. Urbach und stud. jur. v. Keußler mit je 14 Stimmen als gewählt.

Bis fast gegen Mitternacht erstreckte sich der Bericht des Asta-Vorsitzenden über die Universitätssatzung. Seit langem geht die Diskussion um zwei verschiedene Satzungsvarianten. Inzwischen hat sich der Senat für einen entschieden. Die Studentenschaft interessiert hier vor allem das Mitsprache- und Stimmrecht der Studentenvertreter sowohl in den Fakultäten als auch im Senat. Hier empfiehlt die Satzung, bei Behandlung studentischer Angelegenheiten die gewählten Vertreter hinzuzuziehen. Dabei ist streitig, was als studentische Angelegenheit anzusehen ist. Bisher war es Gewohnheitsrecht, daß man dies zu unterscheiden dem Rektor überließ. Auch die Bitte, dem Asta zumindest Einblick in die ganze Tagesordnung der Senats-Sitzungen zu gewähren, wurde mit der Begründung abgelehnt, man müsse dem Senat das nötige Vertrauen hierzu entgegenbringen.

Damit will sich das Parlament nicht zufrieden geben, denn die Ausübung des Stimmrechts bedeutet nach seiner Auffassung für die Universität keine Gefahr, sondern entspricht nur dem Artikel unserer Landesverfassung, in dem das Recht auf Teilnahme an der akademischen Selbstverwaltung zugesichert sei.

Das Ergebnis dieser Debatte war der nachstehende Beschluß: „Daß Studentenparlament als Vertretung der Frankfurter Studentenschaft ist der Auffassung, daß der 2. Entwurf der Universitätssatzung nicht in Übereinstimmung mit Artikel 60 der Hessischen Verfassung zu bringen ist, der den Studenten eine Teilnahme an den Selbstverwaltungsorganen der Universität garantiert. Der Senat möge deshalb eine Revision des Satzungsentwurfes unter diesem Gesichtspunkt in Erwägung ziehen.“ E. Sch.

## Leserzuschrift:

### Universitätssatzung verfassungswidrig?

Wer es noch nicht wußte, der konnte nach der Sitzung des Studentenparlamentes vom 18. 12. 1953 ahnen, daß dem Senat der Universität der Entwurf einer neuen Universitätssatzung zur Beratung vorliegt. — Ahnen konnte er es nur, weil in jener Sitzung zwar nicht ausführlich darüber gesprochen, dafür aber um so entschiedener abgestimmt wurde. Das Ergebnis war der Beschluß des Studentenparlamentes, in dem die Vertreter der Studentenschaft den Entwurf für unvereinbar mit Art. 60 der Hessischen Verfassung halten, dessen entscheidender Absatz lautet: „Die Universitäten und staatlichen Hochschulen genießen den Schutz des Staates und stehen unter seiner Aufsicht. Sie haben das Recht der Selbstverwaltung, an der die Studenten zu beteiligen sind.“

Es existieren zwei Satzungsentwürfe. Gegenwärtig liegt dem Senat der zweite zur Beratung vor. Beide Vorlagen betonen in

ihrer Präambel die besondere Verpflichtung der Universität gegenüber der wissenschaftlichen Forschung und erinnern an die von demokratischem Geiste erfüllte Tradition gerade unserer Universität. Für die Studentenschaft unterscheiden sie sich wesentlich in der Art der Beteiligung an der Selbstverwaltung.

Der erste Entwurf, der nicht beraten wird, sah die Vertretung der Studenten bei der Behandlung „Studentischer Angelegenheiten“ in der Fakultät, dem Senat und dem Konzil zwingend vor. (Sitz und Stimme.) Bei der zweiten Vorlage ist aus diesen Vertretungsbestimmungen eine Kann-Vorschrift geworden. (Vertreter der Studenten können mit beratender Stimme gehört werden.)

Der Vertreter der juristischen Fachschaft hat im Parlament nachdrücklich darauf hingewiesen, daß aus Art. 60 der Hess. Verf. sich eine paritätische oder sonstwie positiv geordnete Vertretung nicht ohne weiteres ableiten lasse, die Art studentischer Vertretung sei vielmehr nur negativ bestimmt, so daß sich nur eine

Aussage über das Minimum an Beteiligung machen lasse. Dieses Minimum ist aber sicher erreicht. Es wäre Aufgabe des Asta gewesen, in den Verhandlungen mit dem Senat auf die weitergehende Formulierung des Entwurfes I hinzuweisen, um die „Schönheitsfehler“ des diskutierten Entwurfes zu beseitigen. Zu solchen Verhandlungen bedurfte es eines Parlamentsbeschlusses nicht, da der Asta gemäß § 2 der Satzung der Organe der Studentenschaft in „Angelegenheiten der Vertretung studentischer Interessen gegenüber dem Senat“ selbständig beschließt.

Das bedauerliche an dem Beschluß vom 18. 12. 1953 ist nicht die sicherlich irrtümliche Rechtsauffassung (darüber könnte man streiten), sondern die Art und Weise des Verhandeln. Nur das beherrschte Eingreifen seines Präsidenten hinderte das Parlament daran einen zweiten Antrag zu behandeln, der dem Asta aufgeben sollte, nur dann von dem Beschluß Gebrauch zu machen, wenn die Verfassungswidrigkeit der Satzung festgestellt sei.

Das zeigt aber deutlich, daß ohne Kenntnis des Sachverhalts abgestimmt wurde, weil sich starke Worte ja auch so gut anhören. Ist die Verhandlungsposition des Asta aber dadurch gestärkt worden? Walter Fastabend

## Der Asta macht Bilanz

### Sommersemester 1953

I. Einnahmen: Semesterbeitrag pro Student DM 2,—	11 778,—
Rückstellungen des Haushaltes 52/53	1 500,—
	<u>13 278,—</u>

II. Ausgaben:	i. Haushaltspl. genehmigt	Tatsächl. Aufw. d.
1. VDS- und LV-Beitrag	1 800,—	1 855,45
2. Gehälter	3 500,—	5 622,88
3. Sonstige Löhne	300,—	119,—
4. Arbeiterfonds	500,—	—
5. Telefon	600,—	397,35
6. Reisekosten / Spesen	1 200,—	1 146,91
7. Neuanschaffungen	100,—	5,—
8. Sozialfonds	400,—	90,—
9. Kulturfonds	300,—	232,67
10. Ausland und Europa	700,—	480,95
11. Betreuung von Gaststudenten	700,—	654,78
12. Allg. Verwaltungskosten	600,—	563,19
13. Oberreifenberg	700,—	559,10
14. Sonderkosten	400,—	464,13
15. Ausgleichsfonds	500,—	250,—
	<u>12 300,—</u>	<u>12 442,41</u>

III. Abschluß: Einnahmen	13 278,—
Ausgaben	12 442,41
Überschuß,	<u>835,59</u>

der in den neuen Haushaltsplan übernommen wird

### Erläuterungen zur Asta-Bilanz:

Zu 1. Der VDS-Beitrag dient zur Finanzierung der Aufgaben des Bundesverbandes, während die im Betrag enthaltenen DM

Privatdozent Dr. Karl Gerhard Steck ist zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Stiftungslehrstuhl für evangelische Theologie berufen worden.

Der seitherige ordentliche Professor an der Universität Halle/S. Dr. Paul Thieme wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und ist auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Indogermanische Sprachwissenschaft berufen worden.

Der ordentliche Professor z. Wv. Dr. Walther Kienast wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte berufen.

270,— zur Deckung der Unkosten bei der Vertretung gegenüber den Landesministerien etc. dienen.

Zu 2. Aus diesem Posten werden die Gehälter zweier Angestellter (Asta und medizinische Fachschaft) bezahlt. Anstatt der Bruttogehälter waren in den Haushaltsplan irrtümlich wohl die Nettogehälter eingesetzt! Außerdem erfolgten inzwischen Tarif-erhöhungen.

Zu 3. Sonderlöhne bei Fachschaftswahlen, Botengängen, Transporten etc.

Zu 4. Durch Buchhaltungsumstellung inzwischen aufgelöst

Zu 6. Hiermit werden Fahrten zu den Delegiertenkonferenzen des VDS und zu den regelmäßig auf Bundesebene stattfindenden Fachgruppentagungen der einzelnen Fachschaften bezahlt.

Zu 8. Reserviert für besondere soziale Härtefälle.

Zu 9. Organisationskosten für Konzerte, Vorträge etc.

Zu 10. Ausgaben des Auslandsreferates für die Vorbereitung von Ferienreisen etc.

Zu 13. Zur Fertigstellung und Inbetriebnahme des neuen Wochenendtagungsheimes in Oberreifenberg.

Zu 14. Blumen-, Kranzspenden, Gastgeschenke an auswärtige Universitäten etc.; die Überziehung erklärt sich aus einem inzwischen zurückgezahlten Darlehen zur Abholung und Zulassung des von Volkswagenwerkes geschenkten VW-Busses.

Direktor des Institutes für Technische Physik, wird die Leitung des neuen Instituts übernehmen.

Anfang Dezember tagte in Darmstadt der Ländersachverständigen-Ausschuß für neue Baustoffe und Bauarten. Der Ausschuß befaßte sich u. a. mit Rationalisierungsmaßnahmen zur Senkung der Wohnungsbaukosten. Demnächst will man sich auch mit der Zulassung von Kunststoffen für Wasser- und Abwasser-Leitungen beschäftigen.

Prof. Dr. phil. Max Muss (em.) wurde für das Wintersemester 1953/54 mit der Verwaltung des Volkswirtschaftlichen Lehrstuhls und Seminars beauftragt.

Herrn Karl Hölzer, Solingen, wurde in Anerkennung seiner ideenreichen und bahnbrechenden Arbeiten zur Verbesserung der Maschinenkonstruktionen für die Kalt- und Warmverformung metallischer Werkstoffe die Würde eines Dr.-Ing. e. h. verliehen.

Ministerialdirigent Dipl.-Ing. Eugen Ernst wurde in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Förderung der konstruktiven und versuchstechnischen Grundlagen des Stahlbrückenbaues, insbesondere für die Anwendung der neuzeitlichen Schweißtechnik auf Eisenbahn-Fachwerkbrücken, die Würde eines Dr.-Ing. e. h. verliehen.

Direktor Dr.-Ing. Paul Antrop, Frankfurt/Main, wurde in Anerkennung seiner Verdienste um die Einführung elektrischer Filter für die Reinigung von Industriegasen die Würde eines Ehrensensors verliehen.

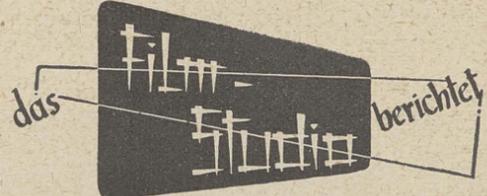
Prof. Dr.-Ing. Emil Kammer erhielt für seine Verdienste auf dem Gebiet der Statik von der Technischen Hochschule München die Würde eines Dr.-Ing. e. h.

### Selbstverwaltung

Endgültig mit der Führung der Geschäfte des 1. Vorsitzenden betraut wurde der seitherige Presse-Referent R. Simon.

Der Asta schloß zwei seiner Mitglieder aus, angeblich wegen Namensmißbrauch. Eine nähere Begründung wurde noch nicht gegeben.

Berichtigung zum Artikel „Parlamentwahlen“ in der Dezember-Ausgabe, Seite 10: Am 26. November bestätigte das Studentenparlament auch stud. rer. pol. Horst Anton, 2. Semester, als Auslandsreferenten des Asta.



Unser Januar/Februar-Programm:  
Mittwoch, den 27. Januar, 14, 16.15, 18.30, 21 Uhr  
Donnerstag, den 28. Januar, 18.30 Uhr, 21 Uhr

Cinescope  
oder  
„Das Zweidimensionale Theater“  
Raritäten aus der Flimmerkiste mit Henny Porten, Asta Nielsen, Adele Sandrock, Harry Liedtke, Hans Albers usw.  
Freitag, den 29. Januar, 20 Uhr in der Aula  
„Theater und Film“  
Vortrag von Prof. Dr. Stepun (München).

Mittwoch, den 3. Februar, 14, 16.15, 18.30, 21 Uhr  
Donnerstag, den 4. Februar, 18.30, 21 Uhr

„Manon“  
mit Cécile Aubry und Michael Auclair.  
Dieser Film des aus „Lohn der Angst“ bekannten Regisseurs Henri-Georges Clouzot wurde auf der Biennale in Venedig 1949 mit dem großen Preis ausgezeichnet.  
Mittwoch, den 10. Februar, 14, 16.15, 18.30, 21 Uhr  
Donnerstag, den 11. Februar, 18.30, 21 Uhr

In Sonderveranstaltung:  
„Reporter des Satans“  
Regie: Billy Wilder.  
Mittwoch, den 17. Februar, 14, 16.15, 18.30, 21 Uhr  
Donnerstag, den 18. Februar, 18.30, 21 Uhr

Charlie Chaplin:  
„City Lights“ (Lichter der Großstadt) 1931.  
Mittwoch, den 24. Februar, 14, 16.15, 18.30, 21 Uhr  
Donnerstag, den 25. Februar, 18.30, 21 Uhr

„Diese Schlangengrube“  
In diesem Film von Anatole Litvak wird in psychologische Treue und Echtheit die Heilung einer Geisteskranken dargestellt. In der Hauptrolle: Olivia de Havilland.  
Von 14. bis 21. März 1954 veranstaltet das FILM-Studio in Zusammenarbeit mit den beiden christlichen Kirchen eine „Woche des religiösen Films“, in der neben Vorträgen (u. a.: Weihbischof Dr. Kampe, Pfarrer Hess, Jugendpfarrer Wolf und Direktor Kochs) folgende Filme gezeigt werden:

- „Der verbotene Christus“
- „Der gehorsame Rebell“
- „Gott braucht Menschen“
- „Tagebuch eines Landpfarrers“
- „Himmelsspiel“
- „Denn sie werden getröstet werden“
- und
- „La Passion de Jeanne d'Arc“.

## NACHRICHTEN DER VEREINIGUNG VON FREUNDEN UND FÖRDERERN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT E. V.

### Neue Mitglieder

- Prof. Dr. ... Dr. ...
- ... phil. Karl Krejci-Graf, Ffm., Mertonstraße 17
- Christa von der Marwitz, z. Z. Kronberg-Schönberg/Ts., Höhenstraße 18
- Dr. Alex Mettenheimer, Ffm., Fuchshohl 131
- Dr. Oscar von Waldhausen, Cersfeld/Rhöhn, Schloßstraße 1
- Hugo Borgnis, Kälberau über Aschaffenburg
- Dipl.-Ing. P. Knorth, Ffm.-Höchst, Hostostadte 43
- Baron Friedrich Wilhelm von Flotow, Wiesbaden-Sonnenberg, Danziger Straße 104
- Direktor Richard Ladenburg, Ffm.-West 13, Georg-Speyer-Straße 36
- von der Marwitz, z. Z. Kronberg-Schönberg/Ts., Höhenstraße 18
- Prof. Dr. phil. nat. Ruth Moufang, Ffm., Wiesenau 38
- Wohltätigkeits-Anstalt zur Einigkeit, Ffm., Friedr.-Ebert-Straße 37
- Dr. med. Hermann Günther, Ffm., Holbeinstraße 8
- Dr. phil. Hermann Schöhl, Bad Homburg v. d. H., Louisenstraße 89
- Dr. h. c. Georg August Zinn, Hessischer Ministerpräsident, Wiesbaden, Staatskanzlei, Bierstadter Straße 2
- Prof. Dr. Th. W. Adorno, Ffm., Kettenhofweg 123
- Prof. Dr. Karl Banse, Ffm., Kirhhainer Straße 67
- Doz. Dr. med. habil. Karl Diehl, Bad Schwalbach/Ts., Paulinenberg
- Priv.-Doz. Dr. H. Lampen, Bielefeld, Kiskerstraße 25
- LURGI Gesellschaft für Wärmetechnik mbH., Ffm., Gervinusstraße 17/19
- Prof. Dr. phil. Camill Montfort, Jugendheim/Bergstr., Alexanderstraße 8
- Rechtsanwalt Dr. Benvenuto Samson, Ffm., Mariannenstraße 16
- Prof. Dr. G. Pistor, Tegernsee-Süd, Haus Riederstein 190
- Direktor Max P. Andreae, Hamburg 13, Feldbrunnenstraße 68
- Dr. Carlo Berg, Rechtsanwalt und Notar, Ffm., Goethestraße 32
- Dr. Ing. Kurt Jochum, Ffm., Auf dem Mühlberg 40
- Jutta Freifrau von Lucius, Ffm., Forsthausstraße 53
- Dr. Heinz Mayer-Wegelin, Bad Homburg v. d. H., Promenade 123 c
- Direktor Charles Roediger, Oberursel/Ts., An der Brennersmühle 3
- Direktor Hans Steuernagel, Vorst.-Mitgl. d. Metallges. AG., Ffm., Stahlburgstraße 8

## Hochschulnachrichten

### Frankfurt

#### Rechtswissenschaftliche Fakultät

Assessor Dr. Heinz Fotheringham, Wiesbaden, erhielt einen Lehrauftrag für Klausurkurse im Öffentlichen Recht.  
Prof. Dr. Hans Muthesius, Köln, erhielt einen Lehrauftrag für Försorgerecht, Jugendwohlfahrtsrecht und Recht der Sozialversicherung.

#### Medizinische Fakultät

Der außerplanmäßige Professor für Hygiene und Bakteriologie Dr. Bernhard Schmidt hat den an ihn ergangenen Ruf auf das freie Ordinariat für Hygiene an der Freien Universität Berlin-Dahlem angenommen.  
Dr. Hans Frick erhielt die venia legendi für das Fach der gesamten Anatomie.

#### Philosophische Fakultät

Prof. Dr. Paul Kirn ist zum korrespondierenden Mitglied der Monumenta Germaniae Historica ernannt worden.  
Der seitherige Professor an der Philosophisch-theologischen Hochschule in Eichstätt/Bayern Dr. Johannes Hirschberger ist zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Stiftungslehrstuhl für katholische Religionsphilosophie berufen worden.

## Führerschein-Erwerb

### in Frankfurt am Main auf Volkswagen-Export.

Auskunft für Interessenten täglich außer sonntags abends in der Zeit von 12<sup>45</sup>—13<sup>15</sup> Uhr am Schulwagen vor dem Studentenhaus, oder rufen Sie 3 26 40 bzw. 1 28 26 an.

Fahrschule H. SCHAFERS, Frankfurt-M.  
Gebeschußstraße 15

## 20. Februar 1954

### großes Kostümfest

der Johann Wolfgang Goethe-Universität

in allen Räumen des Studentenhauses

Evangelische Studentengemeinde  
Gottesdienste: Jeden Sonntag 10.00 Uhr Kapelle des Studentenhauses.  
Hochschulabende: Jeden Mittwoch 19.00 Uhr c. t. Kapelle des Studentenhauses.  
27. 1.: Schuld und Beichte (Pfarrer Böhme)  
3. 2.: Weltlichkeit und Frömmigkeit (Prof. Steck)  
10. 2.: Predigt und Abendmahl (Pfarrer Böhme)  
17. 2.: Tod und ewiges Leben (Pfarrer Böhme)

Katholische Studentengemeinde  
Arbeitskreise  
Montags, Studentische Glaubenschule, Hörsaal S (Universität)  
19.15 Uhr: P. Prof. Dr. Otto Semmelroth S. J., Frankfurt: „Dogmatik“.  
20.15 Uhr: P. Prof. Dr. Fuchs S. J., Frankfurt: „Moraltheologie II“.  
Mittwochs, 20.00 Uhr, vierzehntägig, Sozialwissenschaftlicher Arbeitskreis: „Der Christ und die Gewerkschaft“.  
Referent: P. Prof. Dr. Hans Hirschmann S. J.  
Ort: Kleiner Klubraum des Studentenhauses.  
Begonnen: Mittwoch, den 25. November 1953.

Wochenendtagung  
Für Philologen: Samstag/Sonntag, den 6./7. Februar 1954, in Königshofen/Ts., Thema: „Die Krise des Menschen im Spiegel des zeitgenössischen französischen Romans“.  
Referent: Prof. Dr. Grenzman, München.

Sonderveranstaltungen  
Faschingsfest: Montag, den 15. Februar 1954, Parkhotel, Offenbach/Main (Linie 16). Näheres im Februar-Monatsplan sowie am Schwarzen Brett.  
2. Werkwoche der KDSE — Region Mitte: 22.—23. Februar 1954 in Oberreifenberg/Ts., Thema: „Der katholische Akademiker, Grundhaltungen und Fehlhaltungen heute“.  
Referent: Studentenfürer P. Freuburg S. J., Göttingen. Unkosten für Unterkunft und Verpflegung insgesamt 3,50 DM. Fahrtkostenzuschuß wird gewährt. Anmeldungen bis 1. Februar 1954 erbeten.

Exerzitien für Studentinnen: 24. Februar bis 1. März 1954 im Exerzitienhaus St. Ludwig, Braunshardt b. Darmstadt. Leitung: Studentenfürer P. Franz zu Löwenstein S. J., Erlangen. Gesamtkosten 15,— DM. Anmeldungen bis 1. Februar 1954 erbeten.

Exerzitien für Studenten: 26. Februar bis 1. März 1954 in Limburg/Lahn, Exerzitienhaus der Pallottinerinnen, Weilburger Straße. Leitung: P. v. Schönfeldt S. J., Ffm. Unkosten für Reise, Unterkunft (Einzelzimmer), Verpflegung und Kursgebühr ca. 15,— DM. Näheres am Schwarzen Brett. Anmeldungen bis 1. Februar 1954 erbeten.

Kleiner Studententag 1954 in Burg Rothenfels, Montag, den 26. April 1954, bis Freitag, den 30. April 1954. Anmeldungen bis Ende Februar erbeten. Näheres am Schwarzen Brett und im Februarprogramm.  
Der öffentliche Vortrag am Montag, dem 25. Januar von Prof. Dr. Hans Urs von Balthasar fällt aus.

Treffpunkt Tingel-Tangel  
Collegium, Studentischer Club, veranstaltet am 26. Februar 1954 ein traditionelles Faschingsfest, Treffpunkt „Tingel-Tangel“ in Bad Vilbel, Beginn 20.11 Uhr.

Darmstadt  
Prof. Dr.-Ing. Georg Jayme und seinem Mitarbeiter Dr. Ludwig Scheuring ist es gelungen, aus gewöhnlichem Weizenstroh einen in seiner Reinheit mit Baumwolle vergleichbaren Zellstoff zu entwickeln, der also zur Ausgangsbasis für das wertvolle Zellulose-Azetat, das Grundmaterial der Kunstseide, verwendbar ist.

Prof. Jayme ist Direktor des Instituts für Zellulose-Chemie in Darmstadt. Am 29. 11. 1953 wurde in Frankfurt eine „Forschungsgesellschaft Kunststoffe“ gegründet, die an der Darmstädter Hochschule ein Kunststoff-Institut aufbauen will. Der Etat des Instituts soll nicht vom Staat, sondern von der gesamten Gesellschaft bestritten werden. Prof. Heilwege, der

strie nicht. Sie hat daraus längst ein Stück der eigenen Ideologie gemacht. Unter den analysierten Manuskripten finden sich nicht wenige, die mit dem Bewußtsein spielen, Kitsch zu sein, und dem unnaiveren Betrachter zublinzeln, sie glaubten sich selber nicht, sie seien nicht so dumm, und ihn gewissermaßen ins Vertrauen ziehen, indem sie seiner intellektuellen Eitelkeit schmeicheln. Aber eine Schandtat wird dadurch nicht besser, daß sie sich als solche deklariert, und so muß man schon dem Unfug die Ehre antun, die er sich selbst verweigert, und ihn bei dem Wort nehmen, das in die Zuhörer einsickert. Dabei ist keine Gefahr, daß man die herausgegriffenen Exempel allzu sehr belastet, denn ein jedes ist pars pro toto und erlaubt nicht nur, sondern erzwingt den Rückschluß aufs System. Angesichts von dessen Allmacht haben detaillierte Verbesserungsvorschläge zunächst etwas Argloses. Die Ideologie ist so glücklich mit dem Eigengewicht der Apparatur verschmolzen, daß jede Anregung als weltfremd, technisch unerfahren und unpraktisch mit den vernünftigen Worten niedergeschlagen werden kann: der Schwachsinn des Ganzen setzt sich aus lauter gesundem Menschenverstand zusammen.

Man soll überhaupt die Möglichkeit der Remedur durch guten Willen nicht überschätzen. Die Kulturindustrie ist zu gründlich mit mächtigeren Interessen verfilzt, als daß selbst die redlichsten Anstrengungen in ihrem Sektor allein allzu weit führen könnten. Mit einem unerschöpflichen Arsenal von Gründen vermag sie das Offenbare zu rechtfertigen oder wegzudisputieren. Das Gefälschte und Schlechte zieht magnetisch seine Verteidiger an, und noch die Subalternsten werden scharfsinnig weit über ihre geistigen Verhältnisse hinaus, wenn sie Argumente suchen für das, wovon sie im Innersten selber wissen, wie unwahr es ist. Die Ideologie erzeugt ihre eigenen Ideologen, die Diskussion, die Gesichtspunkte: so hat sie eine gute Chance, sich am Leben zu erhalten. Aber man soll sich auch nicht in den Defaitismus treiben und von jener versierten Forderung nach dem Positiven terrorisieren lassen, die doch meist nur die Veränderung des Zustandes hintertreiben will. Zunächst ist es viel wichtiger, Phänomene wie den ideologischen Charakter des Fernsehens bewußt zu machen, und zwar keineswegs bloß denen, die auf der Produktionsseite sich befinden, sondern auch dem Publikum. Gerade in Deutschland, wo das Fernsehen noch nicht institutionalisiert, die Prozedur noch nicht eingespielt ist, und

wo nicht wirtschaftliche Interessen unmittelbar die Sendungen kontrollieren, ist von Versuchen zur rechtzeitigen Aufklärung einiges zu erhoffen. Wenn die Ideologie, die sich ja einer recht bescheidenen Anzahl immer wiederholter Ideen und Tricks bedient, niedriger gehängt würde, könnte ein öffentlicher Widerwille dagegen sich bilden, an der Nase herumgeführt zu werden, wie sehr auch die gesamtgesellschaftlich erzeugten Dispositionen ungezählter Hörer der Ideologie entgegenkommen mögen. Es ließe sich eine Art von Impfung des Publikums gegen die vom Fernsehen verbreitete Ideologie und die ihr verwandten denken. Das setzte freilich viel weiter gespannte Untersuchungen voraus. Sie müßten sozialpsychologische Normen der Produktion auskristallisieren. Anstatt wie der Johnson Code nach Kraftworten und Anstößigkeit zu fahnden, müßte die „Selbstkontrolle“ der Produzierenden darüber wachen, daß jene Anschläge und Stereotypen ausgeschaltet werden, die, nach dem Urteil eines Gremiums verantwortungsvoller und unabhängiger Soziologen, Psychologen und Erzieher zur Verdummung, psychologischen Verkrüppelung und ideologischen Umnebelung des Publikums beitragen.

Das Bemühen um solche Normen ist darum nicht so utopisch, wie es auf den ersten Blick erscheint, weil Fernsehen als Ideologie nicht Sache des bösen Willens, vielleicht nicht einmal der Inkompetenz der Beteiligten ist, sondern vom objektiven Ungeist erzwungen wird. Mit ungezählten Mechanismen erreicht er die Produzierenden. Eine sehr große Zahl von ihnen erkennt, wenn nicht stets in theoretischen Begriffen, so jedenfalls doch mit den ästhetischen Nerven, wie verrottet das ist, was sie herstellen müssen, und fügt sich einzig unter ökonomischen Druck; im allgemeinen ist der Widerwille um so größer, je näher man den Schriftstellern, Regisseuren, Schauspielern kommt, und nur die Vertreter des Geschäfts proklamieren die menschliche Rücksicht auf die Kundschaft. Wird von einer Wissenschaft, die sich nicht dumm machen und mit administrativen Erhebungen abspesen läßt, sondern in die Erforschung der Ideologie selbst eintritt, den gegängelten Künstlern der Rücken gestärkt, so hätten diese auch ihren Chefs und Kontrolleuren gegenüber einen besseren Stand. Daß die sozialpsychologischen Normen nicht etwa vorschreiben dürften, was nun das Fernsehen zu tun habe, versteht sich von selbst. Wie allerorten aber wäre der Kanon des Negativen nicht weit vom Positiven.

# Fernsehen als Ideologie

Von Theodor W. Adorno

Fernsehspiele in USA sind in vielem Betracht den Filmen ähnlich<sup>\*)</sup>. Der Hauptunterschied ist die durchweg viel kürzere Dauer: meist eine Viertelstunde, höchstens eine halbe. Die Qualität wird davon mitbetroffen. Selbst die bescheidene Entfaltung der Handlung und der Charaktere, die der Film duldet, ist unterbunden; alles muß sogleich feststehen; die angebliche technologische Notwendigkeit, die selber vom kommerziellen System herrührt, kommt der Stereotypie und ideologischen Starrheit zugute, welche die Industrie überdies mit der Rücksicht auf ein jugendliches oder infantiles Publikum verteidigt. Zu den Filmen verhalten sich die Fernsehspiele vergleichsweise wie Detektivnovellen zu Detektivromanen; die Kurzatmigkeit der Form steht beide Male im Dienst einer geistigen. Sonst aber sollte man das Sonderwesen der Fernsehproduktion nicht übertreiben, wenn man nicht selber zur Ideologie beitragen will. Die Ähnlichkeit mit den Filmen bezeugt die Einheit der Kulturindustrie; wo man sie anpackt, ist fast gleichgültig.

Die Fernsehspiele nehmen sehr viel Sendezeit in Anspruch. Mehr als ein Viertel der gesamten Darbietungen während einer beliebig herausgegriffenen Woche war solchen dramatischen Programmen „für Erwachsene“ vorbehalten. Während der Abendstunden, also der günstigsten Sendezeit, wuchs die Zahl auf 34,5 Prozent an. Fernsehspiele für Kinder kamen noch hinzu. Unterdessen ist die Menge der Fernsehspiele in New York auf 47 Prozent der Gesamtproduktion gestiegen.

Um einleuchten zu lassen, wie diese Programme ihre Betrachter affizieren, ist an den vertrauten Begriff der ästhetischen Vielschichtigkeit zu erinnern; die Tatsache, daß kein Kunstwerk seinen eigentlichen Gehalt von sich aus eindeutig kommuniziert. Er ist vielmehr komplex, läßt sich nicht festnageln und entfaltet sich erst in einem geschichtlichen Prozeß. Unabhängig von den Analysen aus Beverly Hills hat Hans Weigel in Wien dargetan, daß der Film, Produkt geschäftlicher Planung, solche Vielschichtigkeit nicht kennt; mit dem Fernsehen verhält es sich ebenso. Aber es wäre noch zu optimistisch zu glauben, die ästhetische Vielschichtigkeit sei durch informatorische Eindeutigkeit ersetzt. Vielmehr wird die Vielschichtigkeit, oder: ihre Verfallsform, von den Produzenten zu ihrem eigenen Besten umfunktioniert. Sie treten ihr Erbe an, indem sie mehrere, psychologisch übereinander gelagerte Schichten im Zuschauer voraussetzen, die sie gleichzeitig zu durchdringen suchen im Sinn eines einheitlichen und nach den Begriffen der Lenker rationalen Ziels, der Verstärkung des Konformismus im Zuschauer und der Befestigung des status quo. Unermüdlich lassen sie den Betrachtern mit einem Schlag offene und verborgene „Botschaften“, messages, zukommen. Vielleicht haben die letzteren, als die psychotechnisch wirksameren, im Planen den Vorrang.

Die Heldin einer Fernsehposse aus einer Serie, die von einer Lehrorganisation preisgekrönt ward, ist eine junge Lehrerin. Nicht bloß wird sie erbärmlich bezahlt, sondern hat auch noch nach den Vorschriften eines lächerlich aufgeblähten und autoritären Schuldirektors dauernd Konventionalstrafen zu zahlen. So fehlt es ihr an Geld, und sie leidet Hunger. Die angebliche Komik besteht darin, daß sie mit kleinen Listen versucht, von allerhand Bekannten sich zum Essen einladen zu lassen, doch stets ohne Erfolg; es scheint übrigens, daß die bloße Erwähnung von Essen der Kulturindustrie bereits für humoristisch gilt. Auf mehr als solchen Humor und den leichten Sadismus der peinlichen Situationen, in welche das Mäd-

chen gerät, zielt der Ehrgeiz der Posse nicht; sie verkauft keine Idee. Die verborgene Botschaft besteht einzig in dem Blick des Manuskripts auf Menschen, der das Publikum dazu verführt, sie ebenso zu sehen, ohne daß sie es nur merkten. Die Heldin bewährt so fröhlichen Mut und so viel geistige Überlegenheit, daß ihre glücklichen Eigenschaften als Entschädigung für ihr armseliges Los erscheinen; es wird zur Identifikation mit ihr ermuntert. Jedes Wort, das sie spricht, ist ein Witz. Die Posse gibt dem Zuschauer zu verstehen: Wenn du Humor hast, gutmütig bist, raschgeistig und charmant, brauchst du dich nicht allzusehr über deinen Hungerlohn aufzuregen; du bleibst doch immer noch das, was du bist.

In einer anderen Posse derselben Serie setzt eine exzentrische alte Frau das Testament ihrer Katze auf und macht ein paar Schullehrer, Personen aus vorhergehenden Stücken, zu ihren Erben. Jeder Erbe läßt sich von dem Testament dazu verführen, sich so zu benehmen, als hätte er den Testator gekannt. Dessen Name ist Mr. Casey, so daß die präsumtiven Erben nicht wissen, daß es sich um eine Katze handelt. Keiner gibt zu, daß er seinen Wohltäter überhaupt nie gesehen hat. Später stellt sich heraus, daß die Erbschaft wertlos ist, nichts als Katzenspielzeug. Aber am Schluß wird entdeckt, daß die Alte einen Hundertdollarschein in jedem Spielzeug versteckte, und die Erben müssen im Müllhaufen wühlen, um zu ihrem Geld zu kommen. Die Moral der Geschichte, die den Zuhörer zum Lachen veranlassen soll, ist zunächst die billig-skeptische Weisheit, daß jeder bereit sei, ein wenig zu schwindeln, wenn er glaubt, daß es nicht herauskommen kann, und zugleich die Warnung, solchen Impulsen nicht nachzugeben, wie denn durchwegs die moralische Ideologie mit der Bereitschaft ihrer Anhänger rechnet, über die Stränge zu schlagen, sobald man nur den Rücken wendet. Verborgen darunter jedoch ist der Hohn auf den universalen Tagtraum von der unerwarteten großen Erbschaft. Man soll, so will es die Ideologie, realistisch sein; wer sich aufs Träumen verlegt, macht sich als Faulpelz, Taugenichts und Schwindler verdächtig. Daß diese Botschaft nicht, wie das apologetische Argument lautet, in die Posse „hineinkonstruiert“ ist, zeigt sich daran, daß Analoges immer wieder sich findet; in einem Wildwestspiel etwa sagt einmal einer: Wo es um eine große Erbschaft geht, sind Schurkenstreiche nie weit.

Solche synthetische Vielschichtigkeit funktioniert nur im festen Bezugssystem. Wenn ein Fernsehketch „Dantes Inferno“ heißt; wenn das erste Bild in einem Nachtlokal dieses Namens spielt, wo ein Mann im Hut an der Bar sitzt und etwas entfernt von ihm eine hohläugige, übertrieben geschminkte Frau mit weit übereinander geschlagenen Beinen, die sich noch einen doppelten Cocktail bestellt, so weiß der Gewohnheitsfernseher, daß er bald auf einen Mord hoffen darf. Kennte er nichts als „Dantes Inferno“, so wäre er vielleicht zu überraschen; so aber sieht er das Spiel in dem Schema „Kriminaldrama“, in dem für besonders abscheuliche Gewalttaten gesorgt ist. Die Frau auf dem Barstuhl wird zwar vermutlich nicht die Hauptverbrecherin sein, aber ihres degagierten Lebenswandels wegen doch dran glauben müssen; der Held, der noch gar nicht auftrat, wird aus einer Situation gerettet werden, aus der es nach menschlicher Vernunft keinerlei Ausweg gibt. Von den gewitzigten Zuschauern werden solche Vorstellungen gewiß nicht direkt auf den Alltag übertragen, aber sie werden doch dazu angehalten, ihre Erfahrungen ähnlich starr und mechanisch einzurichten. Sie lernen, Verbrechen sei normal. Dazu trägt bei, daß die Zehnpennigromantik geheimnisvoller Untaten sich verbindet mit der pedantischen Nachahmung aller Requisiten des äußeren Lebens; wiche nur der Vorgang des Wählens einer Telefonnummer von dem tatsächlich geübten ab, so empfinde die Station entrüstete Briefe aus dem Publikum, das bereit ist,

<sup>\*)</sup> Diese Untersuchungen gründen auf einer Studie, die der Autor im Zeitraum vom November 1952 bis August 1953 im Auftrag der Hacker Foundation in Beverly Hills, Kalifornien, unternahm.

die Fiktion, an jeder Ecke laure ein Mörder, mit Behagen sich gefallen zu lassen. Der Pseudorealismus, den das Schema vorsieht, erfüllt das empirische Leben mit einem falschen Sinn, dessen Trug der Zuschauer schwer durchschauen kann, weil das Nachtlokal genau so aussieht, wie das dem Zuschauer bekannte. Solcher Pseudorealismus reicht bis ins geringfügigste Detail und verdirbt es. Noch das Zufällige, scheinbar vom Schema nicht Ergriffene trägt dessen Spur, indem es unter der abstrakten Kategorie „Zufälligkeit des Alltags“ erfunden ist; nichts klingt verlogener, als wenn das Fernsehen posiert, Menschen so reden zu lassen, wie sie reden.

Von den Stereotypen, die innerhalb des Schemas operieren, ihre Macht der seinen verdanken, und es zugleich bilden, seien einige willkürlich ausgewählt; sie bezeugen die Gesamtstruktur. Ein Spiel behandelt einen faschistischen Diktator, halb Mussolini, halb Peron, im Augenblick seines Zusammenbruchs. Ob dieser einem Volksaufstand oder einer Militärevolte zuzuschreiben ist, wird so wenig von der Handlung berührt, wie irgendein anderer gesellschaftlicher oder politischer Sachverhalt. Alles ist privat, der Diktator nichts als ein tölpelhafter Schuft, der seinen Sekretär und seine plump idealisierte Frau mißhandelt, sein Gegner, ein General, der frühere Liebhaber der Frau, die jedoch trotz allem loyal zu ihrem Gatten hält. Schließlich zwingt dessen Brutalität sie zur Flucht und der General rettet sie. Der fruchtbare Moment des Schauerdramas ist der, daß die Garde, die den Diktator in seinem Palast bewacht, ihn im Stich läßt, sobald die prächtige Frau nicht mehr bei ihm ist. Nichts von der objektiven Dynamik der Diktaturen tritt ins Blickfeld. Erweckt wird der Eindruck, totalitäre Staaten seien die Folge der Charakterdefekte ehrgeiziger Politiker und ihr Sturz sei der Noblesse derer zuzuschreiben, mit denen das Publikum sich identifiziert. Eine infantile Personalisierung der Politik wird betrieben. Wohl kann Politik auf dem Theater nur an Menschen behandelt werden. Dann müßte man aber darstellen, was totalitäre Systeme denen antun, die unter ihnen leben, anstatt daß man die Kitschpsychologie prominenter Helden und Bösewichter vor Augen stellt, vor deren Macht und Größe der Zuschauer Respekt haben soll, selbst wenn sie zum Lohn für ihre Taten untergehen.

Eine Lieblingsmaxime des Fernsehhumors ist, daß das hübsche Mädchen immer recht hat. Die Heldin einer überaus beliebten Schwankserie ist das, was George Legman eine bitch heroine genannt hat und was man wohl auf deutsch mit Biest zu übersetzen hätte. Sie benimmt sich zu ihrem Vater unbeschreiblich grausam und unmenschlich; ihr Verhalten wird gerade eben rationalisiert als „lustige Streiche“. Aber es passiert ihr nie etwas; und was den Hauptpersonen in den Spielen widerfährt, soll ja dem Kalkül zufolge von den Zuschauern als objektiver Richtspruch eingesogen werden. In einem anderen Spiel aus einer Serie, die angeblich das Publikum vor Betrügnern warnen will, ist das hübsche Mädchen eine Verbrecherin. Nachdem sie aber dem Zuschauer in den Anfangsszenen einmal so gut gefallen hat, darf dieser nicht enttäuscht werden; zu einer schweren Zuchthausstrafe verurteilt, wird sie sogleich begnadigt und hat alle Aussicht, von ihrem Opfer geheiratet zu werden, zumal sie immerhin Gelegenheit fand, ihre sexuelle Reinheit strahlend zu bewahren. Stücke solchen Schlages dienen fraglos dazu, eine parasitäre Haltung als sozial anerkannt zu verstärken; es wird eine Prämie auf das gesetzt, was die Psychoanalyse oralen Charakter nennt, die Mischung aus Abhängigkeit und Aggressivität.

Keineswegs ist die psychoanalytische Interpretation kultureller Stereotypen zu weit hergeholt: die Kurzdramen selber kokettieren, der Konjunktur gehorchend, mit der Psychoanalyse. Manchmal kommen die von dieser unterstellten latenten Motive an die Oberfläche. Besonders weit verbreitet ist das Stereotyp des Künstlers als eines abnormen, lebensunfähigen und etwas lächerlichen Schwächlings oder seelischen Krüppels. Die ausgespitzte Volkskunst von heutzutage macht sich das zu eigen; sie verherrlicht den starken Mann, ihr Bild vom Tatmenschen, und läßt durchblicken, Künstler seien eigentlich homosexuell. In einer Posse kommt ein Jüngling vor, der nicht nur die allbeliebte Maske des Trotzels zu tragen hat, sondern überdies ein Dichter sein soll, scheu und, wie es in jenem Jargon heißt, „introvertiert“. Er ist verliebt in ein

männstolles Mädchen, aber zu schüchtern, um auf ihre Avancen einzugehen. Nach einem Lieblingsprinzip der Kulturindustrie sind die Rollen der Geschlechter vertauscht, das Mädchen aktiv, der Mann in Abwehr. Die Heldin des Stücks, natürlich eine andere als die Mannstolle, erzählt ihrem Freund, der trottelhafte Dichter sei verliebt. Auf die Frage „in wen“ antwortet sie: „natürlich in ein Mädchen“, und ihr Freund sagt darauf: „Wieso natürlich? Das letzte Mal war er in eine Schildkröte verliebt, und die hieß Sam.“ Die Kulturindustrie vergißt ihren Moralismus, sobald sie Gelegenheit hat, zweideutige Witze über das von ihr selbst geschaffene Bild des Intellektuellen zu reißen. Bei unzähligen Gelegenheiten biedert sich das Schema des Fernsehens dem verhängnisvoll anwachsenden Klima des Anti-Intellektualismus an.

Aber die Perversion der Wahrheit, die ideologische Steuerung, beschränkt sich keineswegs bloß aufs Bereich des unverantwortlich Harmlosen oder des zynisch Abgefemten. Die Krankheit steckt nicht in bössartigen Individuen, sondern im System. Darum frißt sie auch an, was sich, soweit es erlaubt wird, höhere Ambitionen setzt und anständig sein will. Ein ernsthaft gemeintes Manuskript porträtiert eine Schauspielerin. Die Handlung versucht vorzuführen, wie die berühmte und erfolgreiche junge Frau von ihrem Narzißmus geheilt, zu einem realen Menschen gemacht wird und lernt, was sie nicht konnte: zu lieben. Dazu wird sie durch einen jungen — ausnahmsweise sympathisch gedachten — Intellektuellen, einen Dramatiker gebracht, der sie selbst liebt. Er schreibt ein Stück, in dem sie die Hauptrolle spielt, und ihre innere Auseinandersetzung mit dieser Rolle soll eine Art von Psychotherapie an ihr zuwege bringen, ihren Charakter ändern und die psychologischen Hindernisse zwischen den beiden beseitigen. In der Rolle lebt sie sowohl ihre an der Oberfläche liegende Gehässigkeit aus wie schließlich auch die edlen Impulse, die der Absicht des Stücks zufolge latent in ihr gegenwärtig sind. Während sie nach dem Modell der „success story“ einen triumphalen Erfolg erringt, hat sie Konflikte mit dem Dramatiker, der als Amateur-Psychoanalytiker fungiert, etwa so wie sonst Amateur-Detektive eingreifen. Die Konflikte werden verursacht von ihrem psychologischen „Widerstand“. Zum heftigen Zusammenstoß kommt es nach der Premiere, wenn die von sich selbst betrunkene Schauspielerin ihren Freunden eine hysterisch-exhibitionistische Szene aufführt. — Sie läßt ihre kleine Tochter in einem Internat erziehen, weil es für ihre Karriere schädlich sein könnte, wenn man erführe, daß sie ein größeres Kind hat. Das Mädchen möchte zu seiner Mutter und fühlt heraus, daß diese es nicht wünscht. Es läuft von der Schule weg und rudert auf den stürmischen Ozean hinaus. Heldin und Dramatiker eilen zu ihrer Rettung herbei. Wieder benimmt sich die Schauspielerin rücksichtslos und egozentrisch. Der Dramatiker bündigt sie. Das Mädchen wird von wackeren Seeleuten gerettet, die Heldin bricht zusammen, gibt ihren Widerstand auf und beschließt zu lieben. Am Ende bekommt sie ihren Dramatiker und legt eine Art von allgemeinem religiösem Bekenntnis ab.

Der Pseudorealismus des Spiels ist nicht so einfacher Art, daß Konterbande wie die Selbstverständlichkeit des Verbrechens ins Bewußtsein des Publikums geschmuggelt würde. Pseudorealistisch ist vielmehr die inwendige Konstruktion der Handlung. Der psychologische Prozeß, der vor Augen gestellt wird, ist erschwandelt — phony, mit einem Wort, für das es schlechterdings kein deutsches Äquivalent gibt. Psychoanalyse, oder um welchen Typus von Psychotherapie es sich handeln mag, wird in einer Weise verkürzt und dingfest gemacht, die nicht nur der Praxis jeden derartigen Verfahrens Hohn spricht, sondern dessen Sinn ins Gegenteil verkehrt. Die dramaturgische Notwendigkeit, langausgesponnene psychodynamische Vorgänge in eine halbe Stunde zusammenzudrängen, auf welche die Produzenten sich herausreden könnten, harmoniert nur allzu gründlich mit der ideologischen Verzerrung, deren das Stück sich befleißigt. Vorgeblich tief reichende Veränderungen im Individuum und eine nach dem Modell des Verhältnisses von Arzt und Patienten gebildete Beziehung werden auf rationalistische Formeln gebracht und von simplen, eindeutigen Aktionen illustriert. Mit allerhand Charakterzügen wird herumgewürfelt, ohne daß das Entscheidende, der unbewußte Ursprung jener Charakterzüge überhaupt auf-

käme. Die Heldin, der „Patient“, ist sich von Anbeginn über sich selbst klar. Solche Verlagerung an die Oberfläche macht alles Psychologische, das da vorgehen soll, zum Kinderspott. Zentrale Veränderungen in Menschen sehen aus, als brauchte nur jemand seinen „Problemen“ gegenüberzutreten und der besseren Einsicht seiner Helfer zu vertrauen, und alles werde gut. Dicht unter der psychologischen Routine und dem „Psychodrama“ lauert unverändert die schlechte alte Idee von der Zähmung der Widerspenstigen: daß ein liebesfähiger und starker Mann die launische Unberechenbarkeit einer unreifen Frau überwindet. Der tiefenpsychologische Gestus taugt nur dazu, abgestandene patriarchalische Anschauungen Betrachtern schmackhaft zu machen, die unterdessen von Komplexen etwas haben hören. Anstatt daß die Psychologie der Heldin konkret sich manifestierte, schwatzen die beiden Hauptfiguren selber über Psychologie. Diese wird, in schreiendem Widerspruch zu aller neueren Einsicht, ins bewußte Ich verlegt. Nichts von den Schwierigkeiten, mit denen ein „phallischer Charakter“ von der Art jener Schauspielerin im Ernst zu tun hat, wird berührt. So verbirgt das Spiel das Bild der Psychologie im Betrachter. Er wird das genaue Gegenteil ihrer Intention erwarten, und die ohnehin weit verbreitete Feindschaft gegen eingreifende Selbstbesinnung wird sich verstärken.

Insbesondere der freudsche Gedanke von der „Übertragung“ ist pervertiert. Der Amateur-Analytiker muß der Liebhaber der Heldin sein. Seine „pseudorealistisch“ der analytischen Technik nachgeahmte Distanziertheit wird verschmolzen mit jenem vulgären Stereotyp der Kulturindustrie, dem zufolge der Mann sich gegen die Verführungskünste der Frau stets zu wehren hat und sie erobert nur, indem er sie verwirft. Der Psychotherapeut ähnelt dem Hypnotiker, die Heldin dem Klischee vom „gespaltenen Ich“. Einmal ist sie ein edler, liebevoller Mensch, der nur wegen irgendwelcher trauriger Erfahrungen die eigenen Gefühle unterdrückt, ein anderes Mal ein in sich selbst verliebtes, präntiöses Weibchen, das seine Capricen doch viel zu sehr übertreibt, als daß man nicht von Anbeginn wüßte, welch prächtiger Kern da zum Vorschein kommen wird. Kein Wunder, daß unter solchen Bedingungen die Heilung schnell vonstatten geht. Kaum beginnt die Heldin die Rolle jener selbstlosen Frau zu spielen, mit der sie sich identifizieren soll, um ihr sogenanntes besseres Ich zu finden, und schon stellen ihre Freunde fest, daß etwas mit ihr vorgeht, daß sie in der Beziehung zur Rolle sich selbst wandelt. Umständliche Erinnerungen an die Kindheit sind da überflüssig. Während das Stück durchblicken läßt, auf wie vertrautem Fuß es mit den jüngsten Errungenschaften der Seelenkunde steht, schaltet es mit völlig starren, statischen Begriffen. Die Menschen sind, was sie sind, und die Veränderungen, die sie durchmachen, bringen lediglich heraus, was, als ihre „Natur“, ohnehin in ihnen steckt. Damit tritt die verborgene Botschaft des Spieles in Gegensatz zur offenbaren. Nach außen bemüht es psychodynamische Vorstellungen; in Wahrheit lehrt es eine konventionelle Schwarz-Weiß-Psychologie, nach deren Ansicht Charaktere ein für allemal gegeben sind, wie physische Merkmale sich nicht verändern, sondern einzig allenfalls enthüllt werden.

Das ist aber keine bloße wissenschaftliche Fehlinformation, sondern betrifft die Substanz des Stücks. Denn die Natur der Heldin, die herauskommen soll, indem sie durch die Rolle ihrer selbst bewußt wird, ist nichts anderes als ihr G e w i s s e n. Wenn die Psychologie das Über-Ich als Reaktionsbildung auf verdrängte Impulse des Es, des Sexus, darstellt, so wird hier das Es, also die in einer Szene grell illustrierte Triebhaftigkeit der Heldin, zum Außenphänomen und das Über-Ich zum Verdrängten. Man mag zugestehen, daß es psychologisch dergleichen in der Tat gibt: Ambivalenz zwischen triebhaftem und Zwangscharakter. Aber von Ambivalenz ist im Stück nicht die Rede. Es hält sich an die sentimentale Vorstellung eines Menschen, der gut von Herzen ist, aber sein zartes Inneres unter einem egoistischen Panzer versteckt. In der scène à faire, in der die beiden Ich der Heldin, die in den Spiegel schaut, miteinander streiten, wird ihr Unbewußtes grob gleichgesetzt der konventionellen Ethik und der Unterdrückung ihrer Instinkte, anstatt daß die Instinkte selbst durchbrächen. Nur ihr Bewußtes will exzedieren.

So wird „umgekehrte Psychoanalyse“ im wörtlichen Sinn betrieben: das Spiel verherrlicht eben die Abwehrmechanismen, auf deren Durchleuchtung es jene Prozesse abgesehen haben, die es vorzuführen beansprucht. Dadurch verändert sich die Botschaft. Anscheinend werden dem Zuhörer Lehren erteilt, wie daß er lieben solle — unbekümmert um die Frage, ob sich das lehren läßt — und daß er nicht materialistisch denken solle — während seit Fontanes Frau Jenny Treibel die Menschen, welche hemmungslos Ideale im Munde führen, die gleichen sind, denen Geld wichtiger ist als alles andere. In Wahrheit aber wird in den Zuschauer etwas ganz anderes hereingehämmert als jene zwar banalen und fragwürdigen, aber einigermaßen harmlosen Ansichten. Das Stück läuft auf die Verleumdung von Individualität und Autonomie hinaus. Man soll sich „ergeben“, und zwar weniger der Liebe als dem Respekt für das, was die Gesellschaft nach ihren Spielregeln erwartet. Als Hauptsünde wird der Heldin angekreidet, daß sie sie selbst sein möchte: so spricht sie es selber aus. Eben das soll nicht sein: sie wird mores gelehrt, „gebrochen“, wie man ein Pferd zureitet. Was ihr Erzieher, in seiner großen Tirade gegen den Materialismus, als Stärkstes ihr entgegenschleudert, ist bezeichnend genug der Begriff der M a c h t. Er preist ihr die „Notwendigkeit geistiger Werte in einer materialistischen Welt“, aber er findet für diese „Werte“ keinen passenderen Ausdruck als daß es eine Macht gäbe, „größer als wir und unser kleinlicher, selbstsicherer Ehrgeiz“. Von allen im Stück verhandelten Ideen ist die der Macht die einzige, die sich konkretisiert: als brutale physische Gewalt. Wenn die Heldin, um ihr Kind zu retten, in ein Boot springen will, wird sie von ihrem liebenden Seelenarzt gohrfeigt, im Sinn jener Eisenbart-Tradition, die Hysterikerinnen zu kurieren beansprucht, indem man ihnen die Mucken austreibt, weil ja doch alles nur Einbildung sei. Die Heldin beteuert denn auch am Ende unterwürfig, von jetzt an sich bessern und glauben zu wollen. Das ist der Beweis ihrer Wandlung.

Nichts widerwärtiger, als daß im Namen kruder Autorität Religion in das Spiel hineingezogen und propagiert wird. Die Kur der Heldin soll sie zugleich von der Scheinwelt des Theaters zur Wirklichkeit bekehren; wahrscheinlich hat die Autorin etwas von religiösem Existenzialismus, von Kierkegaards Unterscheidung der ästhetischen und ethischen Sphäre aufgeschnappt. Aber in ihren Händen wird all das zu „herabgesunkenem Kulturgut der Oberschicht“. Sie stellt die Kontroverse zwischen dem Ethiker und der Künstlerin darauf ab, daß diese, ganz vernünftig, sich auf ihr Metier beruft und darauf, daß sie eben spiele und nicht die dargestellte Person wirklich sei; und dafür erhält sie eine schlechte Note. Der Theolog Kierkegaard aber hat in dem bedeutenden Essay über die Schauspielerin gerade das Gegenteil vertreten: daß nur eine reife Frau ein junges Mädchen spielen könne, eben weil sie nicht der Personifizierten gliche. Während das Stück mit frommen Augenaufschlag schließt, zieht es Religion selber in den Kreis des Konformismus und der Konvention hinein. Die Schauspielerin lernt ihre religiösen Gefühle an der Rettung ihres Töchterchens, etwa nach dem Sprichwort, daß es im Trommelfeuer keine Atheisten gäbe. Schließlich zersetzt das Spiel die eigene Botschaft. Nicht nur vermisch es trüb psychologische Halbbildung mit dem Preis der Demut. Sondern die Aufforderung zum Glauben am Ende verwandelt diesen in ein Mittel zu psychologischen Zwecken. Der Zuschauer wird zur Religion ermuntert, weil sie gesund für ihn sei; hat man einmal einen Glauben an „etwas“, so braucht man sich nicht mehr mit Narzißmus und Hysterie herumzuquälen. In der Tat wird in dem Stück von einer als Repräsentantin der Religion positiv gezeichneten Figur in einer Art Predigt gesagt, daß man „glücklich“ werde, wenn man aufhöre, nach dem Glück in einem selbst und für einen selbst zu suchen. Weltliches Glücksgefühl wird zur Rechtfertigung des transzendenten Glaubens. Man hätte Kierkegaards Stimme zu solcher Theologie hören mögen. Hygienische Reklame für Religion ist blasphemisch.

So kraß in derlei Produkten das Schlechte und Gefälschte obenauf liegt, so wenig läßt sich doch vermeiden, auf sie einzugehen und sie gegen ihren eigenen Willen ernst zu nehmen. Denn daß nichts von ihren Erzeugnissen ernst, alles bloß Ware und Unterhaltung sei, schreckt die Kulturindu-

findet erstmalig am Ende des Sommersemesters 1954 statt. Die Bestallung erhält nach bisherigem Recht:

- a) wer bei Verkündung dieser Verordnung mindestens drei klinische Semester nach bestandener ärztlicher Vorprüfung studiert hat,
- b) wer während des zweiten Weltkrieges militärischen oder militärähnlichen Dienst im Sinne der §§ 2 und 3 des Bundesversorgungsgesetzes vom 20. Dezember 1950 geleistet hat oder Heimkehrer im Sinne des Heimkehrergesetzes vom 19. Juni 1950 in der Fassung vom 30. Oktober 1951 ist und bis zur Verkündung dieser Verordnung die ärztliche Vorprüfung bestanden hat.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß für den oben erwähnten Personenkreis im Gegensatz zu den folgenden Ausführungen sechs Monate Famulatur obligatorisch sind.

#### Die ärztliche Vorprüfung

Die ärztliche Vorprüfung schließt den vorklinischen Teil des medizinischen Studiums ab. Sie kann nach Vollendung des 5. Semesters abgelegt werden. Zur Zulassung sind als Unterlagen das Reifezeugnis (wenn darin keine Benotung in Latein enthalten, auch Nachweis über Kenntnisse, die dem sog. „Kleinen Latinum“ entsprechen), eine Geburtsurkunde und ein Staatsbürgerschaftsnachweis einzureichen. Der Student muß ferner mindestens acht Wochen im Krankenpflege-dienst (möglichst vor Beginn des Studiums) gearbeitet haben. Außerdem muß der Nachweis über Teilnahme an folgenden Vorlesungen und Übungen erbracht werden:

- a) während eines Semesters an je einer Vorlesung über Zoologie, Botanik, Histologie und Entwicklungsgeschichte, während zweier Semester an je einer Vorlesung über Chemie, Physik, Physiologie und Physiologische Chemie, und während dreier Semester an einer Vorlesung über Anatomie,
- b) während eines Semesters an einem physikalischen, einem chemischen, einem physiologischen und einem physiologisch-chemischen Praktikum sowie an einem mikroskopisch-anatomischen Kursus und während zweier Semester an den anatomischen Präparierübungen.

Die Prüfung ist als einheitliches Ganzes anzusehen und wird in Chemie, Physik, Zoologie und Botanik als Kollegialprüfung durchgeführt. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung der zuständigen Landesbehörde gestattet. Diese Prüfung ist öffentlich für alle Universitätsangehörigen, in den übrigen Fächern Anatomie, Physiologie und Physiologische Chemie ist die Prüfung öffentlich für Studierende der Medizin und Ärzte. Die Gesamtdauer der Prüfung beträgt bei normalem Verlauf ungefähr 4 Tage. Die Prüfungsgebühren für die ärztliche Vorprüfung betragen 100,— DM und sind im Voraus an die Staatskasse zu zahlen.

#### Ärztliche Prüfung (Staatsprüfung)

Nach den neuen Bestimmungen erfordert das medizinische Abschlußexamen ein Studium von mindestens 11 Semestern, davon 5 vorklinische und 6 klinische. Der Meldung zur Prüfung sind die für die Zulassung zur ärztlichen Vorprüfung erforderlichen Nachweise, ferner das Zeugnis über die vollständig bestandene ärztliche Vorprüfung und der Nachweis über eine mindestens 3monatige Tätigkeit als Famulus beizufügen.

Die Teilnahme an folgenden Vorlesungen und Übungen muß nachgewiesen werden:

- a) während eines Semesters je eine Vorlesung über allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie, spezielle Pathologie, topographische Anatomie, gerichtliche Medizin einschließlich Versicherungsmedizin, ärztliche Rechts- und Standeskunde, Naturheilkunde (naturgemäße Heilmethoden), Geschichte der Medizin, Arbeitsmedizin (Berufs-krankheiten), Gesundheitsfürsorge (Begutachtung in der Sozialversicherung und Unfallheilkunde) und medizinische Strahlenkunde.
- b) während zweier Semester je eine Vorlesung über Pharmakologie und Toxikologie, ebenso Hygiene.
- c) während eines Semesters an folgenden Praktika: Klinik und Poliklinik für Haut- u. Geschlechtskrankheiten, Klinik und Poliklinik der Augenkrankheiten,

Klinik und Poliklinik der Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten,

Klinik und Poliklinik der Psychiatrie und Neurologie, Medizinische Poliklinik, Chirurgische Poliklinik, Orthopädische Klinik und Klinik und Poliklinik der Zahn- und Kieferkrankheiten.

- d) während zweier Semester an folgenden Praktika: medizinische Klinik, chirurgische Klinik, geburtshilflich-gynäkologische Klinik und Kinderklinik. Ferner muß der Kandidat 4 Kreißende in Gegenwart des Lehrers oder Assistenzarztes entbunden haben.

Ferner müssen folgende Kurse regelmäßig und mit Erfolg besucht worden sein:

Kurse der Auskultation und Perkussion (für Anfänger und Fortgeschrittene), Kurs der klinischen Chemie, geburtshilflich-gynäkologischer Untersuchungskurs, geburtshilflicher Operationskurs, Augenspiegelkurs, Hals-, Nasen- und Ohrenspiegelkurs, pathologisch-histologischer Kurs, Rezeptierkurs, pathologisch-anatomischer Demonstrationskurs, Sektionskurs, bakteriologisch-serologischer Kurs und Impfkurs mit zwei Wiederimpfterminen.

Zur Prüfung an der Universität Frankfurt muß ferner die Teilnahme an folgenden Vorlesungen und Übungen nachgewiesen werden:

Medizinische Propädeutik, Propädeutik der Haut- und Geschlechtskrankheiten, Genetik für Kliniker, Erkrankungen des Zahnes und seines Halteapparates, physikalisch-diätetische Therapie und Balneologie, pathologische Physiologie, chirurgischer Operationskurs, medizinisch-klinische Visite, chirurgische Visite und geburtshilflich-gynäkologische Visite.

Die Prüfung erfolgt schriftlich und mündlich und umfaßt folgende Abschnitte:

1. Pathologische Anatomie und allgemeine Pathologie.
2. Pharmakologie und Toxikologie.
3. Hygiene einschl. Bakteriologie, Serologie und Gesundheitsfürsorge.
4. Gerichtliche Medizin, Versicherungsmedizin, ärztliche Rechts- und Standeskunde.
5. Innere Medizin.
6. Chirurgie.
7. Frauenheilkunde und Geburtshilfe.
8. Kinderheilkunde.
9. Haut- und Geschlechtskrankheiten.
10. Augenkrankheiten.
11. Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten.
12. Psychiatrie und Neurologie.

Die neuen Benotungen sind wie folgt: „sehr gut“ (1), „gut“ (2), „befriedigend“ (3), „mangelhaft“ (4), „nicht genügend“ (5), „schlecht“ (6).

Ist ein Prüfungsfach mit „nicht genügend“ oder „schlecht“ beurteilt worden, so gilt die Prüfung in diesem Fach als nicht bestanden und muß in diesem Fach wiederholt werden. Die gesamte Prüfung hat nicht bestanden und muß sie in allen Fächern wiederholen, wer

- a) in einem der Fächer 5. bis 8. das Urteil „schlecht“,
- b) in zwei der Fächer 1. bis 4. oder 9. bis 12. das Urteil „schlecht“,
- c) in zwei der Fächer 5. bis 8. das Urteil „nicht genügend“,
- d) in vier der Fächer 1. bis 12. das Urteil „nicht genügend“
- e) in zwei der Fächer 5. bis 8. und zwei weiteren das Urteil „mangelhaft“ oder schlechter,
- f) in sechs der Fächer 1. bis 12. das Urteil „mangelhaft“ oder schlechter erhalten hat.

Vor Wiederholung der ganzen Prüfung hat der Kandidat nach Ermessen und Weisung des Prüfungsvorsitzenden entweder ein halbes Jahr Medizin zu studieren oder sich mindestens drei Monate als Famulus zu betätigen.

Der Zutritt zu den Prüfungen ist Lehrern der Medizin und Studierenden der Medizin, die die Vorprüfung bestanden haben, gestattet. Die Prüfung beginnt am Semesterschluß und findet in der Regel innerhalb von 10 Wochen statt und muß einschl. der Wiederholungsprüfungen innerhalb einer Frist von 12 Monaten beendet sein. Die Prüfungs- und Bestallungsgebühren in Höhe von 260,— DM müssen vor Eintritt in das erste Prüfungsfach an die Staatskasse entrichtet sein.

Nach einer Vorbereitungszeit von 2 Jahren als Medizinalassistent wird von der zuständigen Landesbehörde die Bestallungsurkunde ausgestellt.

# Übersicht über die Prüfungsordnungen

der Fachrichtungen sämtlicher Fakultäten an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main

3. Fortsetzung

#### 3. Staatsprüfung für Pharmazeuten Vorprüfung:

Dem pharmazeutischen Studium geht die pharmazeutische Vorprüfung voraus.

Zur Vorprüfung ist einzureichen:

1. das Reifezeugnis
2. das Zeugnis des Apothekervorstandes über eine zweijährige, erfolgreiche Praktikantentätigkeit des Kandidaten
3. ein Tagebuch, in dem der Kandidat über die während der Praktikantenzeit ausgeführten Arbeiten berichtet
4. die während der Ausbildungszeit angelegte Pflanzensammlung
5. ein Führungszeugnis.

Über die Zulassung des Kandidaten entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Die Vorprüfung zerfällt in zwei Abschnitte, einen praktischen und einen mündlichen, und wird normalerweise an zwei aufeinanderfolgenden Tagen durchgeführt. In der praktischen Prüfung hat der Kandidat

1. zwei galenische und ein pharmazeutisch-chemisches Arzneimittel des deutschen Arzneibuches anzufertigen,
2. fünf schwierigere Verschreibungen zu lesen, die Arzneien anzufertigen und nach der Deutschen Arzneitaxe zu berechnen. Je eine dieser Verschreibungen muß auf ein Betäubungsmittel, auf eine zu sterilisierende Arznei und auf eine homöopathische Arznei lauten,
3. zwei Arzneimittel nach den Vorschriften des Deutschen Arzneibuches zu prüfen und die chemischen und physikalischen Vorgänge bei der Prüfung zu erläutern. Es sind hierbei nur Kenntnisse der einfacheren Untersuchung zu fordern.

In der mündlichen Prüfung hat der Kandidat

1. etwa zehn frische oder getrocknete einheimische Pflanzen zu erkennen und ihre Verwendung zu pharmazeutischen Zwecken und die Abstammung der Pflanzen zu erläutern,
2. etwa zehn Drogen zu erkennen und ihre Abstammung, ihre Verwendung zu pharmazeutischen Zwecken sowie ihre hauptsächlichsten Verfälschungen zu erläutern,
3. etwa zehn Stoffe oder Zubereitungen des Deutschen Arzneibuches zu erkennen sowie ihre Herstellung und ihre Verunreinigungen und hauptsächlichsten Verfälschungen zu erläutern.

Die mündliche Prüfung soll etwa eine Stunde dauern. Für das Gesamtergebnis der Prüfung, das sich aus den Teilergebnissen der beiden Abschnitte ergibt, sind die Bezeichnungen „sehr gut“ (1), „gut“ (2) und „genügend“ (3) zulässig. Die Prüfung kann bei Nichtbestehen frühestens nach einem halben Jahr vollständig wiederholt werden.

#### Hauptprüfung:

Der Meldung zur pharmazeutischen Hauptprüfung sind beizufügen:

1. das Zeugnis über die vollständig bestandene pharmazeutische Vorprüfung,
2. der Nachweis, daß der Prüfling nach vollständig bestandener Vorprüfung mindestens sechs Semester an einer deutschen Hochschule dem Studium der Pharmazie obgelegen hat,
3. der Nachweis, daß der Prüfling nach vollständig bestandener Vorprüfung a) chemische, botanische, physikalische, pharmazeutisch-chemische und pharmakognostische Vorlesungen gehört hat; b) zwei Semester an analytisch-chemischen Übungen und anschließend vier Semester an pharmazeutisch-chemischen Übungen, unter besonderer Berücksichtigung von galenisch-pharmazeutischen Übungen; c) ein Semester an botanischen Übungen und anschließend drei Semester an pharmakognostischen Übungen; d) ein Semester an physikalischen oder physikalisch-chemischen Übungen; e) an einer mit Übungen verbundenen Vorlesung über physiologisch-chemische Untersuchungen; f) an einer

mit Übungen verbundenen Vorlesung über die Grundzüge der Bakteriologie und Hygiene sowie über Sterilisationsverfahren regelmäßig und mit Erfolg teilgenommen hat, g) ferner eine Vorlesung über die Wirkung der Arzneimittel und Gifte sowie die physiologische Prüfung von Arzneimitteln und h) eine Vorlesung über Apotheken- und Arzneimittelgesetzgebung gehört hat; i) an einer mit Übungen verbundenen Vorlesung über Homöopathie für Pharmazeuten und j) an einem Kursus über Buchführung, Steuerkunde und Privatwirtschaftslehre mit Erfolg teilgenommen hat.

4. ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf
5. ein amtliches Führungszeugnis.

Die pharmazeutische Hauptprüfung umfaßt folgende Abschnitte:

Praktischer Teil:

1. Analytische Chemie:

Es sind a) in einer Mischung aus nicht mehr als acht Bestandteilen diese nachzuweisen; jedes Ion gilt als Bestandteil; b) aus einer Mischung, deren Bestandteile dem Prüfling bekanntgegeben wurden, drei Ionen mengenmäßig zu bestimmen.

2. Pharmazeutische Chemie:

Es sind a) zwei Arzneimittel anzufertigen; b) zwei Arzneimittel zu untersuchen; c) in einer Arznei, auch Arzneyspezialität, die Bestandteile oder in einem mit Arzneimitteln versetzten Träger die Arzneimittel festzustellen und gegebenenfalls mengenmäßig zu bestimmen; d) ist ein menschlicher Harn chemisch und physikalisch zu untersuchen.

3. Pharmakognosie:

Es ist a) die Prüfung einer Droge auf mikroskopischem Wege auszuführen; b) ein Drogenpulver auf mikroskopischem Wege zu untersuchen; c) sind in einem Teegemisch aus höchstens fünf Drogen diese Drogen nach Art und möglichst nach Menge festzustellen.

Über diese Untersuchungen und ihre Ergebnisse der Prüfung hat der Prüfling einen schriftlichen Bericht einzureichen.

Mündlicher Teil:

- 1.—3. Allgemeine Chemie, Physik und allgemeine Botanik:

in diesen Fächern hat der Prüfling nachzuweisen, daß er über die für seinen Beruf erforderlichen Kenntnisse verfügt.

4. Pharmazeutische Chemie:

Es sind von mindestens drei Arzneimitteln Eigenschaft, Zusammensetzung, Herstellung, Prüfungsmethoden, Wertbestimmung und Verunreinigungen anzugeben und allgemeine Fragen aus dem Gebiet der pharmazeutischen Chemie zu beantworten.

5. Arzneipflanzen:

Es sind eine Anzahl frische oder getrocknete Pflanzen zu erkennen und zu erläutern, sowie allgemeine Fragen über Arznei- und Nutzpflanzen zu beantworten.

6. Pharmakognosie:

Es sind eine Anzahl Drogen zu erkennen. Ihre Abstammung, Merkmale, Verfälschungen, Inhaltsstoffe sowie Verunreinigungen sind zu erläutern. Weiter sind allgemeine Fragen aus dem Gebiete der Pharmakognosie zu beantworten.

7. Gesetzeskunde:

Es ist festzustellen, ob der Prüfling die gesetzlichen Bestimmungen über das Apothekerwesen, den Verkehr mit Arzneien, Betäubungsmitteln und Giften, den Aufbau der Medizinverwaltung sowie Pflichten und Rechte des Apothekers kennt.

Die Prüfungen sollen möglichst unmittelbar hintereinander abgelegt werden. Für das Gesamtergebnis der Prüfung, das sich aus den Teilergebnissen der einzelnen Abschnitte ergibt, sind die Bezeichnungen „sehr gut“, „gut“ und „genügend“ zulässig. Ist die gesamte Prüfung nicht bestanden, kann sie

frühestens nach einem halben Jahr wiederholt werden. Die Gebühr für die pharmazeutische Hauptprüfung beträgt DM 175,—. Nach vollständig bestandener pharmazeutischer Prüfung und möglichst im Anschluß daran hat der Kandidat ein Jahr an Apotheken praktisch zu arbeiten. Den Nachweis hierüber hat er durch ein Zeugnis des Apothekervorstandes zu erbringen.

#### 4. Diplomprüfungen für Physik und Mathematik

Die Diplomprüfung bildet den ordnungsmäßigen Abschluß des Studiums der Physik oder Mathematik. Auf Grund der bestandenen Prüfung wird je nach Wahl des Hauptfaches der akademische Grad eines Diplomphysikers (Dipl.-Phys.) oder eines Diplom-Mathematikers (Dipl.-Math.) verliehen.

Die Diplomprüfung gliedert sich in eine Vorprüfung und eine Hauptprüfung. Die Vorprüfung kann frühestens nach Abschluß des vierten Semesters, die Hauptprüfung frühestens drei Semester nach Bestehen der Vorprüfung stattfinden.

Zur Vorprüfung ist außer den üblichen Unterlagen der Nachweis über die abgeleistete viermonatige praktische Tätigkeit zu erbringen. Zu der Vorprüfung gehört die Beurteilung der vorgeschriebenen Übungsarbeiten sowie eine mündliche Prüfung in den nachstehenden Prüfungsgebieten:

##### Für Physiker

a) Experimentalphysik; b) Mechanik; c) reine und angewandte Mathematik; d) Chemie.

##### Für Mathematiker naturwiss.-technischer Richtung:

a) reine Mathematik; b) angewandte Mathematik; c) Mechanik; d) Experimentalphysik; e) Einführung in ein Anwendungsgebiet (z. B. Astronomie, Geodäsie, Wahrscheinlichkeitsrechnung, Statistik).

##### Für Mathematiker wirtschaftswissenschaftlicher Richtung:

a) reine Mathematik; b) angewandte Mathematik; c) Experimentalphysik; d) Volks- und Betriebswirtschaftslehre; e) Einführung in ein Anwendungsgebiet (z. B. Finanzmathematik, Statistik, Wahrscheinlichkeitsrechnung, Geodäsie, Astronomie, Mechanik).

Die mündliche Prüfung soll je Prüfungsgebiet mindestens 20 Minuten dauern. Wer die Prüfung nicht bestanden hat, kann sie nur einmal, frühestens nach Ablauf eines Semesters wiederholen. Die Prüfungsgebühren in Höhe von DM 40,— sind mit der Meldung zur Prüfung zu entrichten.

Die Diplom-Hauptprüfung besteht aus der Anfertigung einer Diplomarbeit und einer mündlichen Prüfung. Die Diplomarbeit ist eine unter Leitung des zuständigen Fachvertreters zu fertigende schriftliche Arbeit. Das Thema der Diplomarbeit ist von dem Kandidaten frühestens im zweiten Semester nach vollständig bestandener Vorprüfung im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachvertreter zu wählen. Die Zulassung zur mündlichen Prüfung ist von der Annahme der Diplomarbeit abhängig.

Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:

##### Für Physiker

a) Experimentalphysik einschl. praktischer Physik; b) theoretische Physik; c) angewandte Physik (nach Wahl: eines der Fächer über Anwendungen der Physik auf umfangreicheren Teilgebieten, wie z. B. Hochfrequenztechnik, technische Optik, Elektroakustik, Meßkunde); d) nach Wahl: mindestens ein Fach mathematischer oder naturwissenschaftlicher oder technischer Richtung.

##### Für Mathematiker naturwissensch.-technischer Richtung

a) reine Mathematik; b) angewandte Mathematik; c) mindestens ein Wahlfach: Mechanik, theoretische Physik, Geodäsie, Astronomie, Geophysik, Meteorologie sowie andere geeignete Anwendungsgebiete der Mathematik und der Technik.

##### Für Mathematiker wirtschaftswissenschaftlicher Richtung

a) Mathematik (reine und angewandte Mathematik); b) Wirtschaftsmathematik; c) Volks- und Betriebswirtschaftslehre, Versicherungswirtschaftslehre, d) Recht (Bürgerliches, Wirtschafts- und Arbeitsrecht, insbesondere Grundzüge des Handelsrechts, Versicherungsvertragsrecht und Versicherungsaufsichtsrecht).

Für die Leistungen sowohl der Vor- als auch in der Diplom-Hauptprüfung sind folgende Bewertungen zulässig: „sehr gut“, „gut“, „befriedigend“, „genügend“. Eine nicht

bestandene Diplomprüfung kann nur einmal und zwar frühestens nach einem, spätestens nach vier Semestern im ganzen wiederholt werden. Die Prüfungsgebühren in Höhe von DM 80,— sind mit der Meldung zur Prüfung zu entrichten.

#### 5. Diplomprüfung für Geologen

Die Diplomprüfung bildet den ordnungsgemäßen Abschluß des Studiums der Geologie. Sie gilt gleichzeitig als 1. Staatsprüfung für den Übergang in den höheren Staats- und Verwaltungsdienst (Geologische Landesämter). Auf Grund der bestandenen Prüfung wird der akademische Grad eines Diplom-Geologen (Dipl.-Geol.) verliehen. Für die Promotion wird die Diplomprüfung nicht vorausgesetzt, aber empfohlen. Die Diplomprüfung gliedert sich in eine Vor- und eine Hauptprüfung. Vor der Zulassung zur Diplomprüfung muß die Vorprüfung abgelegt werden. Die Diplom-Geologen-Prüfung kann frühestens nach einem achtsemestrigen Studium der Geologie abgelegt werden.

Die Zulassung zur Vorprüfung erfolgt im allgemeinen zum Ende des vierten Fachsemesters. Für die Zulassung muß die Teilnahme an den nachstehenden Unterrichtsveranstaltungen der Fächer Geologie, Physik, Chemie und Zoologie nachgewiesen werden. (In der Botanik oder, wo erwünscht, der Geographie bzw. Vermessungskunde werden die für notwendig erachteten Vorlesungen und Übungen je nach den örtlichen Verhältnissen festgelegt):

1. Geologie: Hauptvorlesungen (allgemeine Geologie und Erdgeschichten), Anfängerpraktikum und Lehrausflüge.
2. Mineralogie: Hauptvorlesungen (allgemeine und spezielle Mineralogie), Übungen und Lehrausflüge.
3. Physik: Experimentalphysik I und II, dazu ein kleines physikalisches Praktikum (Apparate-Praktikum).
4. Chemie: Anorganische Chemie und Grundlagen der organischen Chemie, dazu ein halbtägiges Praktikum.
5. Zoologie: allgemeine Zoologie (insbesondere Anatomie, Morphologie und Einführung in die Systematik) dazu ein kleines zoologisches Praktikum.

Die Vorprüfung soll den Nachweis einer hinreichenden Ausbildung in den Grundfächern und auch bereits in den Grundzügen der Geologie und Mineralogie erbringen. Der Nachweis für die Ausbildung kann entweder durch die mündliche Prüfung oder in den nicht geprüften Fächern durch entsprechende Zeugnisse oder Praktikumscheine erbracht werden. Im allgemeinen sollen nicht mehr als vier Fächer mündlich geprüft werden. Die Ausgestaltung der Prüfung im einzelnen bleibt den betreffenden Fakultäten überlassen. Unter allen Umständen müssen Physik und Chemie mündlich geprüft werden. Die Wahl der übrigen Fächer (Zoologie, Botanik oder Geographie, Geologie und Mineralogie) wird je nach den örtlichen Verhältnissen getroffen und festgelegt werden müssen. In Chemie erstreckt sich die mündliche Prüfung im wesentlichen auf die anorganische Chemie. Wird in den biologischen Disziplinen auch mündlich geprüft, so sollen in Zoologie insbesondere Grundzüge der Systematik, Anatomie und Morphologie, in Botanik wesentlich allgemeine Botanik und Grundzüge der Systematik geprüft werden.

Die Prüfzeit beträgt in jedem Fach für den Prüfling 15 Minuten. Die mündlichen Prüfungen sollen nach Möglichkeit innerhalb eines Tages durchgeführt werden. Ist die Prüfung nicht bestanden, so kann sie frühestens nach einem Halbjahr wiederholt werden. Sie ist im ganzen zu wiederholen, wenn mehr als zwei Fächer nicht bestanden sind.

Der Meldung zur Diplom-Haupt-Prüfung ist u. a. beizufügen:

1. Das Zeugnis über die bestandene Vorprüfung,
2. eine selbständige geologische Kartierung, sofern nicht die Diplomarbeit eine derartige Kartierung enthält,
3. der Nachweis über eine praktische Ausbildung von mindestens zwei Monaten, von denen die Hälfte in einer Marktscheiderei, die Hälfte in einem Bohrbetrieb abzuleisten ist,
4. eine Diplomarbeit in doppelter Ausfertigung aus den nachstehend genannten Fächern:

a) allgemeine und angewandte Geologie, b) historische und regionale Geologie, wobei neben einem gründlichen Überblick über die ganze Erde eingehende Kenntnisse des mitteleuropäischen Raumes verlangt werden, c) Palaeontologie: allgemeine Grundlagen der Palaeozoologie und Palaeobotanik und Kenntnis der geologisch wichtigsten Gruppen, d) Minera-

logie und Petrographie, wobei besonders Wert auf makroskopische Kenntnisse und mikroskopische Bestimmung von Mineralien und Gesteinen zu legen ist, e) Lagerstättenkunde: allgemeine Grundlagen, wichtigste Lagerstätten, regionale Lagerstättenkunde besonders von Mitteleuropa. Außerdem ist der Nachweis einer intensiveren Beschäftigung mit der Bodenkunde oder angewandten Geophysik zu erbringen.

Die Diplomprüfung besteht aus der Beurteilung der Diplomarbeit und der Kartierung sowie der Beurteilung der mündlichen Prüfungsleistungen in den obengenannten Fächern. Die mündliche Prüfung findet statt, wenn das Urteil über die Diplomarbeit und die Kartierung festliegt und den Anforderungen genügt. Alle Fächer sollen möglichst an einem Tag geprüft werden. Die Prüfungszeit beträgt für jedes Fach 30 Minuten. Das Ergebnis wird auf Grund der schriftlichen und mündlichen Prüfung bestimmt. Über die Leistungen in den einzelnen Gebieten und über die Gesamtleistung sind folgende Bewertungen zugelassen: „sehr gut“ (1), „gut“ (2), „befriedigend“ (3), „genügend“ (4). Die Leistungen des Kandidaten in den Übungen und Praktika sind zu berücksichtigen. Ist die mündliche Prüfung in einem Fach nicht bestanden, so kann die Prüfung in dem betreffenden Fach innerhalb von sechs Monaten wiederholt werden. Nach Ablauf dieser Frist ist die Gesamtprüfung zu wiederholen. Ist die Prüfung in mehr als einem Fach nicht bestanden, so ist die mündliche Prüfung in allen Teilen zu wiederholen. Die Gesamtprüfung oder eine Teilprüfung kann nur einmal wiederholt werden.

Als Studium für die Zulassung zu den Prüfungen gilt jedes Fachstudium, das an einer Universität oder Technischen Hochschule mit Bergbauabteilung oder Bergakademie der deutschen Länder durchgeführt wurde.

Die Prüfungsgebühren betragen für die Diplom-Vorprüfung DM 30,—, für die Diplom-Hauptprüfung DM 60,—.

#### 6. Diplomprüfung für Psychologen

Die Diplomprüfung bildet den ordnungsmäßigen Abschluß des Studiums der Psychologie, das im allgemeinen eine Studienzeit von mindestens acht Semestern erfordert und das an allen Universitäten und Hochschulen zurückgelegt werden kann, an denen das Fach der Psychologie durch einen planmäßigen Lehrstuhl und die übrigen Prüfungsfächer ordnungsmäßig vertreten sind. Auf Grund der bestandenen Prüfung wird der akademische Grad eines Diplom-Psychologen (Dipl.-Psych.) verliehen. Die Prüfung gliedert sich in eine Vorprüfung und die Hauptprüfung.

Über die erfolgte Zulassung zur Vorprüfung erhält der Bewerber Nachricht und zugleich die Aufgabe für die häusliche Prüfungsarbeit. Die Vorprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Prüfungsgegenstände sind:

1. allgemeine Psychologie (Grundtatsachen des bewußten und unbewußten Seelenlebens in person- und gemeinschaftspsychologischer Hinsicht), 2. Entwicklungspsychologie (vor allem Psychologie der Lebensphasen), 3. Charakterkunde, 4. Ausdruckspsychologie, 5. Grundlagen der Biologie (insbesondere der Erbbiologie), der Physiologie, in den für das Studium der Psychologie bedeutsamen Ausschnitten, 6. Philosophie.

Die genannten Prüfungsgegenstände werden für die Beurteilung in drei Fachgebiete zusammengefaßt,

1. allgemeine Psychologie (Grundtatsachen des bewußten und unbewußten Seelenlebens in person- und gemeinschaftspsychologischer Hinsicht), Entwicklungspsychologie (vor allem Psychologie der Lebensphasen), Charakterkunde und Erbpsychologie sowie Ausdruckspsychologie;
2. die biologisch-medizinischen Hilfswissenschaften;
3. Philosophie.

Als schriftliche Prüfung hat der Prüfling eine häusliche Arbeit aus einem der Teilgebiete der Psychologie anzufertigen. Zur Durchführung der Arbeit stehen ihm acht Wochen zur Verfügung. Als Ersatz für die schriftliche Hausarbeit kann eine bereits veröffentlichte Abhandlung aus dem Gebiet der Psychologie angenommen werden. Ist die häusliche Arbeit nicht ausreichend, so kann der Prüfling von der mündlichen Prüfung zurückgewiesen und die Prüfung für nicht bestanden erklärt werden.

Die einzelnen Fächer der mündlichen Prüfung können auf mehrere Tage verteilt werden. Die gesamte mündliche Prüfung eines Prüflings soll jedoch in der Regel innerhalb einer Woche erledigt sein. Die Prüfungszeiten betragen für

1. allgemeine Psychologie, Entwicklungspsychologie, Charakterkunde und Erbpsychologie sowie Ausdruckspsychologie insgesamt zwei Stunden, 2. die biologisch-medizinischen Hilfswissenschaften insgesamt eine Stunde, 3. die Philosophie eine halbe Stunde.

Hat der Prüfling im Fachgebiet Psychologie bestanden, dagegen in Philosophie oder in den biologischen Hilfswissenschaften den Anforderungen nicht genügt, so kann er innerhalb eines Jahres in dem Fache, in dem er versagte, die Prüfung wiederholen. Besteht er diese Wiederholungsprüfung nicht, so muß er die gesamte Prüfung wiederholen.

Die Prüfungsgebühren sind mit der Meldung zur Prüfung zu entrichten und betragen 60,— DM.

Die Diplom-Hauptprüfung kann nach Ableistung des achten Semesters, frühestens drei Semester nach Bestehen der Vorprüfung, abgelegt werden. Unter anderem sind bei der Meldung vorzulegen:

1. das Zeugnis über die bestandene Vorprüfung,
2. Bescheinigungen über erfolgreiche, unter Aufsicht und Anleitung durchgeführte praktisch-psychologische Tätigkeit an mindestens drei der im folgenden aufgeführten Einrichtungen:
  - a) Kinderheime, Jugendheimstätten, Kindertagesstätten, Berufsschulen, Volksschulen, höhere Schulen;
  - b) Hilfsschulen, Fürsorge- und Erziehungsanstalten;
  - c) Berufsberatungsstellen der Arbeitsämter;
  - d) Lehrwerkstätten, Arbeitseinsatz- und Begutachtungseinrichtungen sowie Gefolgschaftsämter in industriellen und kaufmännischen Betrieben, psychologische Einrichtungen und Begutachtungsstellen;
  - e) Gerichte, Gefängnisse;
  - f) psycho-therapeutische Beratungsstellen;
  - g) psychiatrische und andere einschlägige Kliniken;
  - h) Erziehungsberatungsstellen.Jede der zu bescheinigenden praktisch-psychologischen Tätigkeiten hat sechs Wochen zu umfassen.
3. Nachweis der Teilnahme an Besichtigungen vorgenannter Einrichtungen.

Die Diplom-Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Gegenstände der Prüfung sind:

1. Psychologische Diagnostik,
2. angewandte Psychologie,
3. pädagogische Psychologie und Psychagogik,
4. Kultur- und Völkerpsychologie,
5. allgemeine Psychopathologie.

In der schriftlichen Prüfung hat der Kandidat zwei schriftliche Arbeiten von je vier Stunden unter Aufsicht anzufertigen. Sind die beiden schriftlichen Arbeiten ungenügend, so wird der Prüfling von der mündlichen Prüfung zurückgewiesen und die Prüfung als nicht bestanden erklärt. Die mündliche Prüfung beträgt je Fachgebiet eine halbe Stunde. Für die Leistungen sowohl in der Vor- als auch in der Diplom-Hauptprüfung sind folgende Bewertungen zulässig: „Sehr gut“ (1), „gut“ (2), „befriedigend“ (3), „genügend“ (4) „ungenügend“ (5).

Hat der Prüfling in einem der Fächer nicht genügt, so kann die Prüfung in diesem Fache innerhalb eines halben Jahres noch einmal abgelegt werden (Wiederholungsteilprüfung). Hat er in zwei oder mehr Fächern nicht genügt, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. In diesem Falle kann die Prüfung innerhalb eines Jahres wiederholt werden (Wiederholungsprüfung). Die Gebühren betragen für die Diplom-Hauptprüfung 40,— DM.

Die Prüfungsordnung für Naturwissenschaftler wird im Februar fortgesetzt.

#### Medizinische Fakultät

Am 15. September 1953 erließ die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates eine Verordnung zur Neuregelung der ärztlichen Prüfungs- und Approbationsordnung im Bundesgebiet. Sie tritt in Westdeutschland am 1. 4. 1954 in Kraft und ist den Berliner Behörden zur Annahme empfohlen.

Für die Studierenden bringt sie besonders in der Approbationsfrage ungerechtfertigte und unbillige Härten, die durch unzureichende Übergangsbestimmungen nur teilweise abgeschwächt werden. Die Prüfung nach der neuen Verordnung

# Am Kamin von Rauschholzhausen

In den ersten Januartagen kamen ehemalige und jetzt amtierende Vertreter der Studentenschaft von den verschiedenen Hochschulen Hessens — leider mit Absenz der Landesuniversität Marburg — in dem 18 Kilometer von dieser entfernten Jagdschloß Rauschholzhausen (Ferienkursheim und Versuchsgut der Landwirtschaftlichen Fakultät in Gießen) zusammen. Sie unterhielten sich über eine der mißlichsten Fragen, mit denen die Selbstverwaltung der Studenten zu tun hat, nämlich der gründlichen Unkenntnis, mit der neue Astas ihr Geschäft zu beginnen pflegen. Auch die Studentenpolitik hat ihre Geschichte, und aus ihr sind Institutionen hervorgegangen, wie der Verband deutscher Studentenschaften in Bonn, das Studentenwerk, das Amt für Gesamteutsche Studentenfragen, und Rechte wie etwa das Mitspracherecht in der Hochschulverwaltung, das die Hessische Verfassung in ihrem Artikel 60 ausdrücklich verspricht, und der direkte Zugang zu „Abteilung IV“, nämlich der Hochschulbehörde des Kultusministeriums in Wiesbaden. Mehr als das, nämlich auch den Umgang mit den Institutionen und die Handhabung der Rechte zu kennen, ist für die Selbstverwaltung notwendig. Aber wer verhilft ihr dazu?

Was fehlt, ist die Stetigkeit in der Behandlung der größeren Probleme oder auch eine Tradition, die Erfahrungen von Asta zu Asta weitergibt. So fällt leider dieses Amt semesterweise immer von neuem auf die Erledigung der „anliegenden“ Tagesfragen zurück und zeigt sich den permanenten Behörden, mit denen man als Studentenvertreter zu tun hat, an Kenntnis und Kompetenz in den Dingen, die längere Vorbereitung verlangen, selten gewachsen. Wie viele sind denn auf dem Laufenden in der Diskussion über die Verlängerung des rer. pol.-Studiums, und wie viele Fachschaften haben im letzten Sommer das Richtige zu tun gewußt, als es darum gegangen wäre, die neue Be-

und Material für die Begründung der späteren Anträge zu sammeln. Es war recht bedauerlich, daß der VDS-Vorstand niemanden zur Information entsandt hatte. Denn nicht nur über seine Aufgaben, sondern gerade über die Schwierigkeit, sie mit der heutigen Organisationsform noch zu bewältigen, wurde ausführlich gesprochen. Seit den Tagen der bescheidenen Gründung im Jahre 1949 hat der VDS in Bonn eine solche Fülle von Aufgaben übernehmen müssen, daß er heute, allein für die unmittelbare Verwaltung, an die 25 Mitarbeiter beschäftigt. Hinzukommt, daß er nolens volens ein Faktor in der Politik geworden ist, und daraus ergibt sich erst recht, wie schwer, nahezu eine Glückssache es für die Hals über Kopf in die brodelnden Probleme hineingestürzten, auf ein Jahr verpflichteten leitenden Studenten geworden ist, gegenüber der Rektorenkonferenz, Ministerien, Organisationen, geschäftlichen Interessen, aber auch den verschiedenen mächtigen Lagern im eigenen Verband dessen Unabhängigkeit zu wahren, und mehr: seine Ziele überzeugend zu formulieren und ihnen näher zu kommen.

So besprach man in Rauschholzhausen die Argumente für und wider die Wahl eines mehrere Jahre amtierenden Ersten Vorsitzenden mit abgeschlossenem Examen und ausreichender Dotierung, der vorher Erfahrungen in der Selbstverwaltung gesammelt hat. Man überlegte weiter, wie noch vor der Realisierung der Bundes-Darlehnskasse, die wohl noch einige Hindernisse zu überwinden hätte, eine gemeinsame Kasse der hessischen Hochschulen zu gründen sei. Nordrhein-Westfalen hat diesen Schritt mit der Unterstützung seiner Landesregierung schon getan. Auf unserer Tagung wurde der Mangel dieser Lösung ausführlich diskutiert; empfohlen wird, in die Verteilungskommission neben zwei Professoren und zwei Studenten einen Vertreter der Wirtschaft, etwa aus dem Fördererkreis der Hochschule, zu berufen. Angesichts der Schwierigkeit, heute zwei selbstschuldnerische Bürgen zu finden, plädierte man für elastischere Bestimmungen.

Aber das hier Berichtete mag den meisten noch immer als Routinebetrieb erscheinen. Und solange sich diese Einstellung nicht ändert, wird die Hochschule eine schlechte Vorschule für den Staatsbürger bleiben müssen. Es war deshalb die „integrierende Frage“, wie es Prof. v. Boguslawski, der letztjährige Rektor von Gießen, als Gastgeber in seinen Begrüßungsworten formulierte, „wie es den hochschulpolitisch bemühten Studierenden gelingen könnte, das aktive Interesse aller akademischen Mitbürger mobil zu machen.“ Wie dies geschehen könnte, dafür gibt es verschie-



dene Rezepte: Entweder man wählt das „Prinzip des Leithammels“, und wir sind wieder in der gerade überwundenen Vergangenheit, oder man beweist der großen Schar der Nichtinteressierten, daß ohne ihre aktive Mitwirkung sehr bald die so wichtige Angelegenheit der Mitarbeit der Studentenschaft an der Verwaltung der Hochschule einen solchen Grad von Bedeutungslosigkeit erreicht, daß es sich zu ihrem eigenen Schaden auswirken muß. Schneider I

## Würdige „JOBBER“

Wenn ein alter „jobber“ die modernen Büroräume der Geschäftsstelle des Studentischen Schnelldienstes und die auf Polsterstühlen die Aufgabe abwartenden Studierenden mit der privaten studentischen Arbeitsvermittlung des Kommilitonen Reinmann aus dem Jahre 1948 vergleicht, wird er unter so veränderten Umständen vielleicht an der Notwendigkeit dieser Institution zweifeln. Damals drängte man sich in einem halb zerstörten, winzigen — ehemals als Toilette dienenden — Raum um ein altersschwaches Telefon und wartete auf den „job des Tages“. Die dem Gründer und Leiter vom Arbeitsamt privat erteilte Lizenz lag zwar irgendwo in einem Schnellhefter, interessierte aber so wenig wie Karteien und Registraturen. Man kannte sich untereinander, gab gegen den begehrten Auftragszettel seinen oder „einen“ Ausweis hin und rechnete nicht weniger pünktlich ab als heute. Der Schnelldienst war mehr Improvisation als Institution. Die Zahl der Studierenden der Universität wuchs seitdem auf fast 6000; mit ihr die der „Schnelldienstler“ auf über 1000. Jeder Fünfte muß also neben seinem Studium — mehr oder weniger regelmäßig — einer vom Schnelldienst vermittelten Tätigkeit nachgehen. Bis zur Fertigstellung des Studentenhauses bannte man ihn in dunkle und abseits vom eigentlichen Leben der Universität gelegene Kellerräume. Mit dem Einzug ins neue Studentenhaus änderten sich diese Verhältnisse. Dauerskat wurde untersagt und die „Frühaufsteher“, die sonst schon gegen 4 Uhr morgens den Eingang der Universität besetzt hielten, um bei der Auftragserteilung die ersten zu sein, fielen einem schlafspendenden Verlosungssystem zum Opfer.

Etwa zur gleichen Zeit kam das „Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung“. Die private Lizenz wurde ungültig. Statt dessen übertrug das Arbeitsamt der Universität dieses Arbeitsvermittlungsrecht. Zusammen mit dem Vertrauensdozenten, Prof. Böhm, arbeiteten Schnelldienst- und Asta-Vertreter eine neue Satzung aus. Aus der alten Selbsthilfeaktion wurde eine vom obersten Organ der Universität — dem Senat — abhängige Institution. Was einstmals zwar oft unvollkommen und fast schlampig, aber allein mit studentischer Initiative funktioniert hatte, wurde in Arbeitsweise und Bereich satzungsmäßig abgegrenzt und bürokratisch erfaßt.

Anlaß zur besonderen Kritik gaben die Neuerungen des § 11, wo es heißt: „Als Teilnehmer darf nur zugelassen werden, wer ordentlicher Studierender, sozialbedürftig und würdig ist. Würdig ist, wer durch Zeugnisse oder andere ähnliche Bestätigungen den Nachweis erbringt, daß er im vorangegangenen Semester sich mit Erfolg seinem Studium gewidmet hat.“

An dieser Stelle taucht die ganze Problematik eines „Würdigkeitsnachweises“ auf. Die Möglichkeit, durch die Hilfe des Schnelldienstes fortlaufend neben seinem Studium arbeiten zu können, verführt leicht dazu, das eigentliche Studieren in den Hintergrund treten zu lassen. Es bieten sich langfristige, oft ganztägige Beschäftigungen an, die einen ausreichenden Besuch von Vorlesungen und Seminaren vereiteln. Der „job“ tritt in den Vordergrund. Die zur Förderung durch das Studentenwerk notwendigen Leistungszeugnisse können nicht mehr beigebracht werden. Die Unterstützung fällt darum weg. Statt dessen muß noch intensiver gearbeitet werden mit der Folge, daß man im Studium immer mehr zurück gerät.

Hat aber die Universität die Berechtigung oder sogar die Verpflichtung, nur die für würdig zu einem Weiterstudium zu halten, die aus der Hochschulgemeinschaft so heraustreten, daß sie beim Schnelldienst um zusätzliche Arbeit zur Finanzierung ihres Studiums nachsuchen? Denn wie kontrolliert sie ihre übrigen Hörer, ob sie regelmäßig und kontinuierlich Leistungen vollbringen, die ein „Fleißzeugnis“ verdienen? Bei der Stipendienverteilung mag solch ein System zwar relativ gut funktionieren, weil es sonst kaum Kriterien zur Auswahl geben mag. Solche „Erfahrungen“ aber auch auf Studenten anzuwenden, die sich ihre „Förderung“ selbst verdienen wollen, scheint doch problematisch. Gewiß wollte man diesen „kontinuierlichen Leistungsnachweis“ auch nur zum Schutz gegen solche Mitglieder in Anwendung bringen, die sich die tagsüber anfallenden Aufträge oft zum Schaden der bedürftigen Allgemeinheit zu sichern verstanden. Das „Monopol der Dauerjobber“ mußte zugunsten der arbeitssuchenden Mehrheit gebrochen werden.

Vergessen sollten die Verantwortlichen des Schnelldienstes auch nicht, daß ihre Organisation auf ihre eigentlichen Geschäftspartner Rücksicht zu nehmen hat. Die Auftraggeber — Privat- und Geschäftsleute — erwarten eine qualifizierte Leistung und entsprechend der Firmierung „Schnelldienst“ schnelle Ausführung. Das bedeutet oft Auswahl der vermittelten Studenten in erster Linie nach ihrer Verfügbarkeit und nach dem Leistungsprinzip. Die drei Kriterien „Bedürftigkeit“, „Würdigkeit“ und „Leistungsfähigkeit“ werden also nicht immer zusammenfallen.

Darum ist zu hoffen, daß bei der Neuaufnahme von Mitgliedern keine zu enge Auslegung der Satzung geschieht. Diese hätte zwangsläufig eine zunftmäßige Abkapselung und mit ihr einen verderblichen Leistungsschwund dieser segensreichen Institution zur Folge. Günther Gruppe

stellungs- und Approbationsordnung für Mediziner abzuwehren. „Bonn wird das schon machen“ — nur klingt das schon wieder nach selbstbeschiedenem Untertanenverstand; und doch kostet es jeden ein Jahr oder mehr an Geld und Verdienstbeschränkung.

Auf der Mitgliederversammlung des VDS, Anfang Mai in München, wird über solche Fragen beraten und beschlossen werden müssen; demnächst wird eine Konferenz der Landesverbandsdelegierten in Hannover die notwendigen Einzelheiten vorbesprechen. Rauschholzhausen diene auch dazu, die Probleme, die weitergebracht werden sollen, deutlich zu machen

### Leserzuschrift:

#### Mit Scheuertuch und Besen

Professor Dänzer hat im Oktober-DISKUS eine Reihe von Vorschlägen für die Verwendung des Landheimes in Oberreifenberg gemacht. Sie scheinen aber kein Echo gefunden zu haben. Denn den Andrang, den man zumindest von Skiläufern erwartet hat, ist ausgeblieben. Vielleicht liegt es daran, daß der Asta bis vor kurzem geglaubt und behauptet hat, das Haus sei noch nicht benutzbar, weil dieses und jenes fehle.

Uns als Pfadfinder konnten die fehlenden Bequemlichkeiten aber nur reizen, endlich den Anfang zu machen. Mit Scheuertuch und Besen, Beil, Hammer und Säge, Messingschmir und weiteren Utensilien gepackt, zogen wir hinauf. — Im Tagesraum, der schon tapeziert und mit Tischen und gepolsterten Stühlen ausgestattet ist, fühlten wir uns bald wohl. Eine Lampenfassung mußten wir allerdings erst anbringen. In den drei noch kahlen und kalten Schlafräumen mit je 6 Betten schliefen wir auf und unter Kopfkissen und Matratzen. In der Küche fanden wir jedoch außer einem kleinen Herd und einem Spülstein nichts vor, und im Inneren des Hauses mußten wir uns zuerst mit Aufräumen, Herstellen eines Kohlenverschlages und ähnlichem beschäftigen.

Bis das Haus völlig eingerichtet ist, wird noch eine Weile vergehen. Auch die in den Asta-Haushaltsplan für das WS 53/54 aufgenommenen 1250,— DM werden dazu nicht ausreichen, aber unter Verzicht auf einige Bequemlichkeiten kann man sich auch jetzt schon in dem Heim in Oberreifenberg heimisch fühlen und sogar erholen.

Eine Benutzung des Heimes für geschlossene Gruppen ist nach unseren Erfahrungen durchaus möglich. Anders steht es mit der Aufnahme einzelner Studenten, denn die Küche reicht für einen derartigen Kochbetrieb nicht aus und die Einsetzung eines Verwalters im Sinne eines Herbergsvaters ist finanziell und räumlich nicht möglich.

Hier wäre eine lohnende Aufgabe für studentische Gemeinschaften, für eine bestimmte Zeit das Haus zu betreuen, den Tagesablauf zu planen und für abwechselnde Unterhaltung zu sorgen. Eine Hausordnung wird dafür nötig sein, um deren baldige Ausarbeitung wir die zuständigen Stellen bitten. Auch Professoren und andere Gäste werden dann ihre Mitwirkung nicht versagen. Prof. Erler hat schon die Einladung zu dem ersten Aufenthalt in Oberreifenberg angenommen und unser Beisammensein mit einem Vortrag bereichert.

Wenn schließlich noch Paula in den Ferien ihren Wirkungskreis von der Mensa nach Oberreifenberg verlegte, vergäbe ein jeder sonstigen fehlenden Komfort.

Akademischer Roverkreis  
im Bund Deutscher Pfadfinder

*Luise Pollinger*

PAPIER · BÜROBEDARF · DRUCKSACHEN  
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

---

**KOLLEG-BEDARF**

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke  
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

**Frankfurt am Main, Bockenh. Landstr. 131**  
(nächst der Universität) Fernruf 755 89

**Der Zentral-Verlag für Dissertationen Triltsch-Düsseldorf-B,**  
Jahnstraße 36, druckt Dissertationen preisgünstig. Angebote unverbindlich!

Dieser Ausgabe liegt eine Werbekarte  
**(Spezialausgleichstarife für Studenten)**  
des Leipziger Verein Barmenia, Frankfurt a. Main  
bei, um deren freundliche Beachtung wir unsere Leser  
bitten

# Liebe und Kind - ein Problem?

In der Reihe der Diskussionen, die die Bewohner des Frankfurter Studentenheimes mit Dozenten der Universität veranstalten, hatte man den evangelischen Studentenpfarrer Dr. jur. Böhme, gebeten, sich über „Das Recht der unverheirateten Frau auf das Kind“ zu äußern. Die gespannte Erwartung, ein für einen Pfarrer immerhin provozierendes Thema diskutiert zu sehen, suchte sich gegenüber „heiklen“ Dingen zunächst einen Ausweg in nervöser Heiterkeit. Allmählich aber wurde man ruhiger und ernster, und das eigentliche Thema blieb bis zum Schluß der Diskussion beständiges Anliegen: eine Frau, die in voller Bewußtheit ein Kind bekommt und es allein, d. h. ohne den Vater, ernährt und erzieht, hat auf dieses Kind einen Anspruch, den ihr keine Institution der „Gesellschaft“ streitig machen kann. Die Gründe dafür, das Kind haben zu wollen, sind solange ihre höchstpersönliche Angelegenheit, solange sie sich bemüht, die notwendigen Voraussetzungen — selbständiger Beruf oder Verdienst, Unabhängigkeit vom Vater des Kindes oder Übereinkunft mit ihm usw. — zu schaffen.

Diesen Anspruch gegenüber, der besonders in unserer Zeit — also in und nach dem Wandel dessen, was man „Gesellschaft“ zu nennen pflegt — de facto vorhanden ist und verwirklicht wird, einen überkommenen Anspruch hält eben diese „Gesellschaft“ auf „Ordnung“ (Familie), „Recht“, „Verantwortung“, „Sittlichkeit“ usw. aufrecht. Indem diese beiden Ansprüche aufeinanderprallen, entsteht das Problem und wir wissen, was die Auswirkungen dieses Gegensatzes für die einzelne Frau bedeuten: im geringsten Falle Diskreditierung der unverheirateten Frau und des unehelichen Kindes, wenn nicht angesichts des Paragraphen 218 STGB bereits eine gewaltsame Lösung des Konfliktes herbeigeführt wurde. Man erwähnte in der Diskussion noch nicht einmal die rechtliche Benachteiligung des unehelichen Kindes.

So also stellt sich das Problem von der einen Seite. Die christliche Auffassung hingegen ist darüber sehr sicher und bestimmt. Der Geschlechtsverkehr außerhalb der Ehe ist Sünde. Auch eine künstliche Befruchtung vermag diesen Satz nicht zu überspringen. Außerdem hat die unverheiratete Frau überhaupt kein „Recht“ auf ein Kind, wohl aber hat das Kind ein Anrecht auf einen Vater, der institutionell verpflichtet ist, es samt der Frau zu ernähren und es zu erziehen. Die Ehe ist die einzig erlaubte Form, in der das geschehen darf. Für die christliche Gesellschaftsordnung ist die Vater-Familie Keimzelle und Trägerin des sittlich-rechtlichen Prinzips. Wer sich außerhalb dieser Ordnung stellt, verstößt gegen das von Gott gewollte Prinzip und erfährt die entsprechende Reaktion seitens der Kirche, bezw. des Staates.

These und Antithese waren umrissen. Von verschiedenen Seiten wurde aber nun eine Klärung jener Gründe und Motive verlangt, die eine Frau dazu bestimmen können, sich für ein Kind ohne eheliche Bindung zu entscheiden. Und seltsamerweise sah man den Wald vor lauter Bäumen nicht: die Meinungen gingen teilweise so weit auseinander, daß es notwendig wurde, den „Wunsch nach einem Kind“, der dem „Anspruch“ inhärent ist, typenmäßig zu differenzieren.

1. Das Kind wird gewünscht um jeden Preis, wobei es gleichgültig ist, ob in der elterlichen Verbindung „Liebe“ eine Rolle spielt oder nicht. Als einziges Erfordernis erscheint der betreffenden Frau die erbblologische „Untadeligkeit“ des gewünschten Kindes (es muß ein „Prachtskerl“ werden). — Hierbei kommt unter Umständen auch künstliche Befruchtung in Betracht (z. B. in Frankreich und den USA heute oder in Deutschland während des Nationalsozialismus). Wesentlich ist jedoch: der Mann wird nur im Hinblick auf das Kind gesucht („ausgewählt“) und dann wie eine Drohne fallen gelassen.

2. Die Ehe wird aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt. „Liebe“ und sexuelle Beziehungen werden scharf von der Fortpflanzung getrennt. „Liebe“ und Kind schließen sich deshalb nicht aus. Diese Liebe unterscheidet sich prinzipiell von der im konventionellen Wertesystem eingeordneten, sie ist bar aller metaphysischen und romantischen Verschleierung und wird nicht als „göttliches Prinzip auf Erden“, sondern wesentlich sozialpsychologisch und soziologisch gedeutet.

3. Die „Liebe“ wird neben der Ehe als mögliche Form der Beziehung anerkannt. Jedoch wird die Beständigkeit der Liebe angezweifelt wie auch die Ehe unter jeweilig gegebenen Umständen in Frage gestellt ist. Das Kind ist hier Frucht der „Liebe“, wächst aber nicht in der Ehe auf.

4. Liebe, christlich verstanden, kann nur durch die Ehe, d. h. mit dem Einverständnis der Kirche, bei gegebenen äußeren Voraussetzungen, gegenseitiger dauernder und ausschließlicher Verpflichtung und Bindung etc. zum Kinde führen.

Es war fast allen Diskussionsteilnehmern klar, daß es außerordentlich schwierig, wenn nicht unmöglich, ist, den Begriff der „Liebe“ analytisch zu fassen. Problematisch aber blieb jener Fall, wo in voller Absicht aus der Vereinigung zweier Menschen ein Kind erwächst, eine Ehe indessen aus den verschiedensten Gründen ausgeschlossen ist. Dies ist keine Ausnahme, sondern innerhalb jenes amorphen Monstrums, das wir „Gesellschaft“ nennen, ein nur zu bekanntes Phänomen, das man freilich nicht immer wahrhaben will. Die Vater-Mutter-Kind-Familie selbst ist mehr denn je dadurch in Frage gestellt, daß der Staat die moralische und soziologische Funktion des Vaters zu übernehmen bestrebt ist. Das Paradoxe dieser Situation wird darin deutlich, daß gerade

## Leid und Erlösung

Das Frankfurter Studentenhaus hat seine Diskussionen, in denen sich Studenten mit Professoren nach Lust und Laune streiten können. An Meinungen herrscht niemals Mangel, und es besteht die Gefahr nicht, angesichts eines Problems in sprachlose Verlegenheit zu kommen.

Anders indessen, wenn man einem verschwiegenen Partner, einem Bilde etwa, konfrontiert wird, das nichts fordert als stummes Verweilen und Besinnen, damit seine inneren Kräfte gespürt werden. Sie packen den Vorübergehenden nicht durch blendende Faszination, entreißen ihn nicht seiner Ungeduld. Nur flüchtigen Blickes schaut er hin und oft auch verlegen. Ein ulkig dummer Einfall soll helfen. Unter das Bild „Wir sind Narren“ schreibt er „Wir sind die Herren Tünnes und Scheel“. Das einzige Bild sicher, das auf ihn wirkte — Wesensverwandtschaft.

Als die Ausstellung des „Miserere“-Zyklus von Georges Rouault (geb. 1871) im Studentenhaus mit einem Vortrag und einer filmischen Zusammenstellung der fünfundvierzig Graphiken eingeleitet wurde, waren nur wenige Studenten anwesend. Manchem wäre danach freilich das Verständnis der Bilder leichter gefallen, denn gerade die Plastik der Gestalten, durch ein für Rouault typisches Stilmittel erreicht, war im Film besonders eindrucksmächtig und ließ das kreatürliche Leid und die gottzugewandte Demut unmittelbar Erlebnis werden.

Mit kräftigen schwarzen Pinselstrichen zergliedert der Künstler schon in seinen farbigen Gemälden den Leib in einzelne Stücke, die sich durch Licht und Schatten körperhaft voneinander absetzen. Das Studium alter Glasfenstermalerei, bei deren Wiederherstellung Rouault frühzeitig tätig war, scheint hier fruchtbar geworden zu sein. Das Ganze aber des Körpers ist nun nicht mehr problemlose Harmonie der Teile, sondern quälende Zusammenfügung unter Zwang und Schmerz. Tiefes Leid ist es, was diese Kreaturen zu tragen haben. Auch die Hochmütigen, die sich selbstgewissen. Das rechtfertigt die Ironie des Künstlers, der ein Portrait erläutert: „Dame des vornehmen Viertels glaubt für den Himmel einen reservierten Platz zu bekommen.“

Rouault trennt sich bald von den sozialrevolutionären Anklä-

jene sozialen Gebilde wie „Staat“ und „Gesellschaft“, die Vaterfamilie als kleinste Ordnungseinheit fordern.

Einen Höhepunkt erreichte die Diskussion in der Feststellung, daß die christliche Ethik vor solchen Situationen versagt. Es ist nicht damit getan, daß die Kirche sich, wie Pfarrer Böhme sagte, „naiv durch diesen Berg (von Problemen) frißt“. Und auch nicht damit, daß die Kirche die „Gesellschaft“, für dekadent und krank erklärt. Sie riskiert dabei den Vorwurf, selbst an dieser Dekadenz und Krankheit mitschuldig zu sein. Naivität ist dann das geeignete Mittel, um diese Krankheit zu verschlimmern. Meint man es jedoch mit der „Heilung“ ernst, so gehören Aufklärung der Menschen und Strukturanalyse der gesellschaftlichen Zusammenhänge zu den ersten Schritten dieses Prozesses.

Die anregende Diskussion kam an dem Punkt zu einem Ende, wo sich die Geister schieden. Es war Herrn Dr. Böhme gelungen, die Problematik auf ein recht theologisches Geleise zu schieben, wobei viele Fragen, die auch einer sozialpsychologischen Beantwortung bedürftig, offen bleiben mußten. Trotzdem — oder gerade deshalb — wurde eine weitere Diskussion (voraussichtlich über das Problem des „Opfers“) verabredet. W. H.

gern des beginnenden 20. Jahrhunderts. Seine Bilder sind nicht mehr bloße Kampfansage gegen eine behäbige, selbstgenügsame Bourgeoisie, die die Welt der Armen, Geknechteten, zu Tode Gemarterten ausklammert. Jeder Mensch trägt dieses metaphysische Leid, das Gott in Christus litt — und die einzig mögliche Erlösung: Hinwendung zu gläubiger Demut. Sie bekundet sich in den beiden typischen Gebärden des Hauptes: hart an der Grenze völliger Resignation liegt es auf die Schulter geknickt. Oder es ist aufgeworfen und mit hochgestrecktem Kinn scheint es — verzweifelt herausfordernd — die Schlinge, den Henker zu erwarten. Beide extreme Gesten kündigen die Nähe des Abgrundes, der Hoffnungslosigkeit. So gestaltet sich eine gültige Demut, die noch im Wagnis steht. Sie hat die antithetische Spannung zwischen Selbstaufgabe und Hybris noch nicht überwunden, sondern von ihr beständig gefährdet, muß sie um die Sicherheit ihres Glaubens ringen.

Von der furchtbaren Kluft zwischen Himmel und Hölle sprechen auch die Untertitel im Verhältnis zum Dargestellten. Brand, Chaos, Untergang und darunter der schmerzliche Ruf: „Mein schönes Land, wo bist du?“ Und nur stärkstes Vertrauen vermag angesichts einer sengenden Sonne in öder Landschaft auszurufen: „Singet die Morgengebete, wieder blüht der Tag auf“.

Die Madonnenbilder allein kennen kein Leiden. Sie erwecken Gefühl von Geborgenheit, stimmigem Einssein. Dies prägt sich im Stil fast zu deutlich aus, wenn des Kindes Haupt sich zwischen Schulter und Antlitz der Madonna einschmiegt, bereit, fügenlos zusammenzuschmelzen. Die weichen, kurvigen Linien, die malerisch den lyrischen Grundton mancher Untertitel festhalten, umgrenzen beide Gestalten zu jener elliptisch-embryonalen Form, die symbolisch ursprüngliche Bewahrung im Schoß mit der Ruhe im Glauben verknüpft.

Vielleicht wäre es doch nicht umsonst gewesen, vor den Bildern auszuharren, bis sie ihre Wirkung ausstrahlten, um sich dann mit ihrer höchst aktuellen Thematik auseinanderzusetzen. Denn diesmal traf es nicht zu, daß wieder jemand mit Christentum hausieren ging. A. S.

## Komisches

Daß der Komödiendichter Aristophanes selig entschlief, als Sokrates philosophierte, die Kunst, Tragödien und Komödien zu dichten, sei eines und desselben Menschen Aufgabe, hat uns um die Gründe dieser Behauptung gebracht und den Forschenden schon arges Kopfzerbrechen bereitet. Shakespeare und Kleist, Grillparzer und Hauptmann scheinen zudem die Richtigkeit konkret zu erweisen. Auch der Wiener Theaterwissenschaftler Kindermann beginnt sein Buch\*) mit der Erörterung dieses Problems. Was indessen an Prinzipiellem gesagt wird, geht nicht über das längst Vertraute und schon Bezweifelte hinaus: „Auch jede Verkörperung des Komischen muß, noch im lächerlichsten Augenblick, jenes überreale oder superrationale „Es“, jene göttliche Schicksalsbestimmung mitschwingen lassen, gegen die der Windmühlkampf des Allzu-Menschlichen nie aufkommt.“ Und es bleibt im Gegensatz zur tragischen Erschütterung ob der zerrissenen Welt bei der Komik als dem ewigen Lachen, das Trost bringt, einem Lächeln noch unter Tränen. Daß aber die Tränen selbst schon unter der Bedingung des Lächelnkönnens stehen müssen, nämlich unter der Entspannung, der Erlösung vom Tragischen, ist nicht gezeigt, der innere Zusammenhang von Komik und Tragik noch nicht eigentlich erhellt.

Aber dies zu erörtern ist für das Buch im ganzen kein wesentliches Anliegen, denn es will vielmehr eine Art Prolegomenon einer künftigen Geschichte der europäischen Komödie sein. Für sie werden zunächst in morphologischer Betrachtung Grundformen der Komödie herausgearbeitet, die sich im griechischen „Komos“ und „Mimos“ finden. Gegenseitige Durchdringung und Befruchtung, Sublimierung der rein triebhaften Mimos-Sphäre durch logosbezogene Eros-Kultur, Abwandlung durch die christliche Offenbarung (Calderon: Über allem Zauber Liebe), durch das Moment der Geschichtlichkeit und Veränderungen durch zunehmende Individualisierung, die einen Fortfall der typischen und ständisch-bezogenen Gesellschaftskomödie bedingt (und, was kritisch angemerkt sei, möglicherweise die Komödie selbst aufheben kann) — all dies wird zunächst skizziert, um dann durch Interpretation einzelner Werke und Deutung hervorragender Dichter veranschaulicht zu werden. Der Farben- und Gestaltenreichtum der Bühne, die Vielfalt der Masken und Gewänder, der Gesten und lautlichen Nuancierungen haben sich dem Autor in Sprache umgesetzt, die befähigt, die Wirkkraft dieser Lustspiele zu begreifen.

Der Leser wird nach der Lektüre voller Anregungen (was nicht

abschrecken soll!) und auch mit manchem kritischen Einwand entlassen. Daß etwa erst Menander (um 320 v. Chr.) das Liebesproblem in der Komödie ansiedelt, so wie wenig früher Euripides in der Tragödie, wird manchen verwundern, der die Liebe der Geschlechter zum ewigen Bestand der Dichtung zählt. Es wird sich lohnen, nach dem Warum zu fragen, das uns der Autor schuldig bleibt, um vielleicht zu erkennen, daß die vorangehende Zerrüttung des Gemeinschaftslebens, damit die Unterhöhlung des Ahnenkultes, die Lösung von religiösen Ordnungen bedingende Faktoren für die steigende Bedeutung der Geschlechterliebe sind, insofern deren Bedrohung nun den Verlust der letzten zwischenmenschlichen Sicherung ankündigt. — Der Soziologe wird sich kritisch an einem Satz stoßen, blaß vor der Unkenntnis des Autors, der den Übergang von der politischen Satire auf allgemeinmenschliche Gesellschaftskritik wie folgt begründet: „Nach dem großen Zusammenbruch will das Publikum von Politik nichts wissen.“ Höchst aktuell! Aber daß nun, nach dem Ende der attischen Demokratie, nicht mehr Feldherrn und Staatsmänner, sondern Hetären und hellenistische Bonvivants die Zentralfiguren darstellen, wird er besser begründen wollen, durch Tyrannei und Zensur etwa, die anderes nicht durchließ, die vielmehr Weltbürgertum und allgemeine Menschlichkeit als Ablenkungsmanöver selbst inszenierte. — Der Theaterzensent schließlich und dessen geduldige Leser finden ein treffliches Kompendium für menschliche Typen, etwa die der commedia dell'arte. Sie erfahren, wer Pentalone, Dottore, Colombine, Pulcinella ist, lernen das komische Dienerpaar Gracioso und Graciosa kennen. — Unbefriedigt läßt wiederum die nur kümmerliche Andeutung, daß auch die derb-komischen Szenen der geistlichen Spiele des Mittelalters auf die Entwicklung der Komödie eingewirkt haben.

Kindermann betrachtet die Komödie im Hinblick auf ihre Lebensfunktion, auf ihre Bedeutung für die Zeit und für wahlverwandte Epochen. Kontrapunktisch nennt er ihr Verhalten zur realen Situation und meint damit, daß sie nicht bloßer Abklatsch, nicht nur Karikatur und böse Anklage ist, sondern selbst eine eigene Stimme singt und hinausführt über die Nöte des unmittelbaren Gegenwärtigen in einem Akt der Selbstbefreiung. Ob nun Gelächter, Lachen oder Lächeln dies vermögen, bestimmt der geschichtliche Ort und die persönliche Prägung in einer Vielfalt, die uns dieser Gang durch zweitausend Jahre Komödiendichtung eröffnet. A. Saupe

Wir weisen darauf hin, daß der „Bericht an die Regierung“ von Wolfgang Weyrauch (Stúdio Frankfurt in der Frankfurter Verlagsanstalt, 110 S., 5,60 DM) am 29. Januar 1954, 21 Uhr als Hörspiel vom Süddeutschen Rundfunk gesendet wird.



**PETER NAACHER**  
FRANKFURT AM MAIN

gegr. 1909

Bockenheimer Landstraße 133 (Buchhandlung für Universitätswissenschaften)  
bei der Universität  
Steinweg 3 (Das Haus der Bücher)  
Schweizerstraße 57 (Sortiment)  
Schweizerstraße 19 (Antiquariat)

Ruf: 67644/45, 91712

Wir empfehlen Ihnen  
unser reichhaltiges schöngestiges Sortiment

Auch unsere neue Buchhandlung am Steinweg 3  
„Das Haus der Bücher“  
erwartet Ihren Besuch

\*) Heinz Kindermann: Meister der Komödie. Donau-Verlag Wien — München. 300 S. 16,80 DM; brosch. 11,80 DM.

# Almosen der Nacht

## DOMICILE DU JAZZ

Zwischen den Schatten  
gläserner grüner Gestalten  
sitz' ich, an mancher  
Bewegung verweilend,  
gewillt, an die welligen  
Flächen synkopischer  
Stimmen auftauchend zu  
stoßen,  
bereit, die Flut  
dieser Bogen und Lichter  
zu fassen, die wie von fern  
durch den trägen Rauch  
in halboffene, wachsamen  
Augen wehen,  
bereit — und mehr noch:  
bestimmt zu dem Wagnis,  
geeint zu sein  
mit tausend Begierden  
im klingenden Wirbel  
gelassener Zerbrechlichkeit,  
gefangen im Zwiespalt  
zerfetzter Fragen  
und wieder erlöst  
von peitschenden Tönen,  
die alles Hören ertönen  
und mir die Worte bewahren;  
im steten Versuch  
stärker zu sein — oder  
noch schwächer —  
als jenes lachende Angebot;  
dennoch allem ringsum  
zu sagen,  
daß ich hier sitze  
zwischen fließenden Körpern  
und grünen Schatten,  
und jeden von ihnen  
so schmerzhaft wirklich  
begreife —

W. v. Heydebrand.



Manche verlassen die Stadt,  
suchen in Oden den Gott  
ihrer Hirne.  
Ich habe die Stille satt.

In Straßen — im Lärm  
verschenke ich den Kopf  
für das Ohr eines Malers  
oder für Katzengedärm.

Im Kabelwerk flecte ich  
Lieder und Worte,  
Sätze aus Urgestein,  
und enthülle mich.

Ein Stück aus der Krone  
der Armen — und Hunger  
bis der Mund zerfällt.  
Das ist meine Welt!

Ich habe das Blut meiner Liebe  
auf die Erde gespien.  
Zwischen Distelgewirr und Staub.  
Ich habe Hymnen in den Wind geschrien,  
und Worte barsten.

— unter Sohlen knirscht Sand.

Als ich den Himmel zerpflichte  
brach ein Kometenschweif  
mir Wirbelbein und Hand.

Almosen der Nacht,  
wenn sich in Bäumen  
die Sichel verfang,  
haben mich stiller gemacht.

☆

Aus den Augen der Fenster  
fällt ein Lachen auf die Straße.  
Ich beuge mich über die Scherben  
und ziehe den Hut.

Über Brauen wölbt sich die Stirn,  
türmt sich auf.  
In Falten des Vergangenen  
suche ich meine Kindheit.

An den Schuhen klebt das Blut  
meiner Jugend.  
In den Ohren schläft die Stimme  
meines Gottes.

Herbert Heckmann.



## GEHEIMNIS.

Selten: Im Wald ein Tümpel; der Fuß stockt.  
Das Frostzerbrechen des Zweigs  
wird still, wenn im flachen  
Gewässer Bläue sich fängt, sich verstrickt  
in Schorf und Geäst.

Undurchmeßbares Klar.  
Mitten durch die Erde, zu Antipoden,  
gewesenen Welten,  
Getön, das ein wird,  
aus dem Kreuz- und Quergewebe der Welt.  
Aonen, in denen der Wind verstickt . . .  
Ein Schlag in die Pfütze, ein Stock,  
der sie mißt,  
Zentimeter, wirft sie in Scherben.  
Ins Verkreisen ballen sich  
Pranken des Gewölks.

Heribert Rüd.

Zeichnungen: B. Schultze



## Thomas Mann nach der Epoche seiner Vollendung

Über „Thomas Mann in der Epoche seiner Vollendung“ hat Jonas Lesser 1952 ein sorgfältiges und fleißiges Buch geschrieben. Zu Weihnachten 1953 bescherte uns der S. Fischer-Verlag die Buchausgabe der zuerst im „Merkur“ erschienenen Erzählung von der Betrogenen. Sehen wir zu, von welcher Art diese Bescherung ist und wie sich das mit der Vollendung verhält.

Wenn die beiden Ärzte Frau Rosalie von Tümmeler operieren, so übertrifft die Bescherung alle ihre Erwartungen. Aber das ist schon das Ende der Geschichte, ein höchst fatales Ende auch für die arme Rosalie, die an Gebärmutterkrebs und Lungenentzündung stirbt. Und sie hatte es sich doch eigentlich ganz anders vorgestellt. — Rosalie lebt verwitwet mit ihren beiden Kindern in Düsseldorf am Rhein. Sie liebt die Natur, den Frühling, die Blumen und Schwangerschaften (der anderen). Obendrein verliebt sie sich in den Hauslehrer ihres Sohnes, einen jungen Amerikaner — es ist die Zeit nach dem ersten Weltkrieg. Schlimm nur, daß sie — die Herzige — über fünfzig ist, hingegen er — der Jungenhafte — erst vierundzwanzig. Schmerzhaft empfindet Rosalie den Unterschied: sie leidet am „stockenden Erlöschen ihrer physischen Weiblichkeit“. Mit deutlicheren Worten: sie will nicht alt werden und ist doch durch das Aufhören der Periode dazu bestimmt. Fast die Hälfte des Buches füllt Thomas Mann mit langwierigen Unterhaltungen zwischen Mutter Rosalie und Tochter Anna über die Menstruation. Dies in der indirekten Weise eines widerlichen Drumherumgeredes; man vernehme, was da alles an Umschreibungen erfinderisch bemüht wird: „verstärkt strotzendes Blutleben des mütterlichen Organs“, „das Monatliche“, „fließende und versiegte Brunnen“, „es ging mir nach der Weiberweise“ und vor allem „es“. Es bleibt aus, es ist nicht mehr eingetreten, es geschah immer unregelmäßiger, es . . . es . . . es. Der wesentliche Einfall, den Mann gehabt hat, ist der Betrug der Natur an Rosalie. „Es“ ist nämlich eines Morgens überraschend wieder da, und Rosalie hält das Zeichen der Krankheit für eines neuer Jugendlichkeit; sie sieht darin eine Bestätigung der Natürlichkeit ihrer Liebe zu Ken Kea-

ton, dem Amerikaner. Anna mag sagen, was sie will: Rosalie läßt sich ihre Liebe nun nicht mehr ausreden. Ken hört mit Vergnügen ein zärtliches Geständnis und ließe sich einen Besuch in der nächsten Nacht wohl gefallen. Stattdessen kommt das bittere Ende. Es spricht für Rosalies Gutmütigkeit, wenn die Sterbende die Natur entschuldigt, weil der Frühling nichts ohne Tod und der Tod ja doch ein großes Mittel des Lebens sei. So sagt sie, das heißt Thomas Mann, das heißt also in diesem Fall Georg Simmel.

In den Bekenntnissen des Hochstaplers Felix Krull gibt es die reizende Stelle, wo Krull von seinem ersten Liebeserlebnis erzählt. Es heißt da: „Wahre Zuflucht würde ich, so schien es mir, einzig und allein in Genovevas Armen finden . . . Dies mochte sich nun wie immer verhalten, so entzieht sich das markverzehrende, wahrhaft unerhörte Vergnügen, das ich an Genovevas weißer und wohlgenährter Brust erprobte, jedenfalls aller Beschreibung. Ich schrie und glaubte den Himmel zu fahren.“ Mit soviel Anmut und Delikatesse ist wohl selten den Himmel gefahren worden (bei Anatole France vielleicht noch). — Als Gegenstück ein Zitat aus der Betrogenen; Rosalie ruft ihre Tochter: „Triumph, Anna, Triumph, es ist mir wiedergekehrt, mir wiedergekehrt nach so langer Unterbrechung, in voller Natürlichkeit und ganz wie es sich schickt für eine reife, lebendige Frau . . . Bin ich doch wieder Weib, ein Vollmensch wieder, darf mich würdig fühlen der Mannesjugend, die es mir angetan, und brauche vor ihr nicht mehr im Gefühl der Ohnmacht die Augen niederzuschlagen.“ Wie im Felix Krull der Witz herrscht, so tut es hier der blutige Ernst. Wo ist der Ironiker Thomas Mann geblieben? Zugegeben: mit den Satzperioden, da klappt es bei ihm nach wie vor. Aber wie schwer und pedantisch, jeder Grazie bar, werden sie abgespult. Uns wird zugemutet, Mutter und Tochter die gezwungenste konjunktivische Umständlichkeit zu glauben und unmittelbar darauf — zu allem Unglück sind wir ja auch noch in Düsseldorf — rheinischen Dialekt: „da is wat am kommen“, „wat et nit all jibt“. Was soll man davon halten, wenn Rosalie die „Götterarme“ des jungen Mannes sehnsüchtig bewun-

dert, und der Erzähler sich nicht etwa ironisch davon distanziert, sondern in den Preis der Arme einstimmt: sehr ansehnliche, runde, kräftige, weiße junge Arme. Als was für eine Albernheit erscheint Rosalies Liebe, als sie zum Nachweis von Kens mannhaftem Charakter der ungläubigen Anna ganz ernsthaft vorhält: „Jedenfalls hat er eine seiner Nieren auf dem Altare des Vaterlandes geopfert.“ So kann nur in der Komödie gesprochen werden.

Wer Spaß an symbolischen Beziehungen hat, mag sie etwa an dem jungen Amerikaner mit seiner Vorliebe für Geschichte, Brauch und Tradition unseres Kontinents, des alten, studieren. Zu retten ist damit nichts. Sonst sind effektvolle Symbolspielereien im Rahmen dieser Erzählung überhaupt beliebt: mancherlei Blümelein sind gehalten, bedeutungsvoll zu blühen, zwei schwarze Schwäne tauchen auf und was sonst noch. Schematische Gegensatzpaare aus Manns früherer Dichtung kehren wieder: der Gegensatz von Jugend und Alter (Ken—Rosalie) und der von Geist und Leben (Anna—Rosalie). Der Geist entsteht wie immer da, wo der Körper zu kurz gekommen ist; denn Anna ist klumpfüßig, und es gehört zu den übelsten Peinlichkeiten, wie sie bei jedem Auftreten — daß wir den Klumpfuß bloß nicht vergessen! — eingeführt wird: „ . . . aufstampfend“. Als Ersatz für die Liebe dient ihr die Kunst, sie ist Malerin — es ist das alte Klischee von der Kunst als vergeistigter Sinnlichkeit, welches Thomas Mann in getreuer Anlehnung an Freud seit langem verkündet.

Wäre es bei seiner Vorliebe für das Ausgefallene abwegig, ihm als ein nächstes fruchtbares Thema die Sphäre der Verdauung und der Defäkation zu empfehlen? Es gäbe bestimmt eine Novelle und möglicherweise einen Roman. Ansätze finden sich in der Betrogenen: „Es war, am Wegesrand, ein in der Sonne kochendes, mit Schmeißfliegen dicht besetztes und von ihnen umflogenes Unrathäufchen, das sie lieber gar nicht genau betrachteten. Auf kleinem Raum waren da Tierexkremente, oder auch menschliche, mit faulig pflanzlichem zusammengekommen, und der weit schon verwesene Kadaver eines kleinen Waldgeschöpfes war auch wohl dabei. Kurz, fieser (!) konnte nichts sein, als dies brütende Häufchen . . .“

Ich finde: eine fiese Bescherung.

Helmut Olles

# Briefe an die Redaktion

## Entlarvtes Vorurteil

Bei der Lektüre des Aufsatzes von W. Höllerer („Zur gegenwärtigen Dichtung“, in DISKUS 9/53, D. Red.) waren mir Bedenken gekommen — Bedenken u. a. wegen der möglichen politischen Konsequenzen des darin skizzierten literarischen Programms. Denn über den Gegensatz zwischen der leichtfertigen Verabschiedung des bürgerlichen Tugendssystems und der vom DISKUS gewohnten Haltung kann man ja schwer hinwegsehen. Es war mir freilich nicht möglich, bei der journalistischen Darstellungsform des Aufsatzes diesem die wohlumrissenen Gedanken zu entnehmen, über die sich hätte diskutieren lassen. Ich habe es daher sehr begrüßt, daß Herr René Ernst den schwerverständlichen Text erst einmal nach guter alter Philologenmanier entziffert hat. Seine Analyse hinterließ bei mir, als freilich einem Nichtfachmann, den Eindruck größerer Sachkunde und literarhistorischer Beschlagenheit. Er trug leicht überlesbare Hinweise im Text und Vermutungen aus den historischen Umständen der Entstehungszeit Stück für Stück bis zu völliger Evidenz zusammen, der man sich schwerlich entziehen kann.

Das Resultat scheint mir dazu angetan, bestimmte literarische Tendenzen jener Zeit, die leider die unsere ist, in ein schmerzhaft deutliches Licht zu setzen. Ich glaube, wir müssen unsere Augen an ein solches Licht gewöhnen, wenn es uns wirklich um die Verbesserung unserer politischen Situation geht. Vor allem muß es die Literatur selbst. Denn wenn sie sich politische Scheuklappen anlegt, so kann das — ganz abgesehen von der Frage der politischen Schadensverhütung — nur ihre eigene Verängstigung und die damit verbundenen geistigen Beschädigungen zur Folge haben.

Von den geistesgeschichtlichen Meriten einer Dichtung scheint wohl wenig zu halten zu sein, die das „Fluktuierende“, die Sprachform eines im Verhör Befindlichen also, einübt. Daß Höllerer diesen Gesichtspunkt nicht kritisch angemerkt hat, wundert mich um so mehr, als er für die Beurteilung der Dichtungssprache lauter Kriterien angibt, die für das Verhör gelten, z. B. „ironische Sprachhaltung am falschen Ort“. Ähnlich inquisitorischer Herkunft, nämlich aus der Gegend des Exams, scheint mir die burschikose Wendung „stört sie das Conceptum nicht“ zu sein, falls man nicht gar „Ihr Conceptum“ mit „ihre Fügung“ in Zusammenhang bringen mag.

Der Grundfehler Höllerers liegt wohl darin, daß er sich (trotz gegenteiliger Versicherungen) auf das Vorurteil von der Trennung von Dichtung und realem Leben verläßt; daß er sich die einfache Tatsache nicht klarmacht, daß auch in einem Gedicht grasende Kühe etwas Ländliches, und feuernde Soldaten etwas Politisches bedeuten. Er tut so, als ob Vorstellungen aus der Praxis, z. B. des Heimkehrers, aber auch „ein Fehlgreifen im Ton“, ihren üblichen Sinn verlören, sobald es jemanden gefällt, sie in der Dichtung oder auf die Dichtung anzuwenden. Dabei hat er die elektrisierende Kraft gerade der politischen Konnotationen übersehen, die nur zu leicht die Isolation des Gedichtes wieder durchschlagen und auf die Leute überspringen kann, zumal wenn die Isolation ohne Sachkenntnis gemacht, bloßer „Dichtungsversuch“ ist. So wie eine elektrische Ladung immer noch da, und sogar gefährlich ist, wenn man mit dem geladenen Gegenstand herumexperimentiert ohne Bescheid zu wissen, so ist auch ein politischer Impuls immer noch da, und sogar noch politischer, wenn man ihn anwendet, ohne sich darüber klar zu sein.

Das macht das Vorurteil, wonach Dichtung und reales Leben getrennt sind, zu einer bedenklichen Sache. Das Vorurteil wäre sogar dann bedenklich, wenn die Dichter nur für die Literaturwissenschaftler schreiben würden. Es schützt ein reales Tun vor realer Beurteilung. Anders ist es freilich mit einer Dichtung, die wirklich konsequent unpolitisch ist, d. h. geistig genug, sich vor zugkräftigen Annoncen wie „Aufbruchsdynamik“ zu ekeln und auf das Geschäft zu verzichten, das mit ihnen gemacht wird. Aber niemandem, der seine politische Meinung zu vertreten gewillt ist, können unverbindliche Einmischungen von literarischer Seite erwünscht oder gleichgültig sein. Walter R. Jung

## Dunkle Geschäfte

„Es können auch dunkle Geschäfte sein, die sich durch eine Chiffre zu sichern versuchen“ schreibt René Ernst (DISKUS 10/53) in seiner Kritik an Höllerers Aufsatz „Zur gegenwärtigen Dichtung“. Mancher Leser ist geneigt, diese Vermutung nicht minder — oder eben noch — auf diese Kritik selbst zu beziehen. Denn es gibt da eine Chiffre, die das Geschäft sichern und durch die Magie hartnäckiger Wiederholung über ihre trübe Tiefe hinwegtäuschen soll. Sie heißt: Bürgerlichkeit. Zur Chiffre wird dieser Begriff, weil mit ihm alles oder nichts gemeint ist, weil er für die verschiedensten Bedeutungen undifferenziert bemüht wird. Insofern schlägt sich der Begriff selbst ins Gesicht und schlägt sich der Autor — wenn auch nicht ins Gesicht — mit den eigenen Worten: „Eine Stelle von Bestimmtheit im Begriff, daß der Leser den Gedanken verstünde ... habe ich ... nicht be-

merkt.“ Durch sich ins Wanken gebracht, hat der Begriff selbst etwas Fluktuierendes, das heißt aber, wie uns R. Ernst belehrt, „etwas Mulmiges“. Es gilt, diesen Dunst zu durchdringen und die scheinbar so schlüssigen Thesen als ein geschicktes Gaukelspiel zu entlarven.

Zunächst überrascht uns die Einschränkung des Begriffs auf seine rein juristische Bestimmtheit: „unter bürgerlichen Rechtsverhältnissen“. Also nur im Sinne des 20. Jahrhunderts (obwohl das 19. das ‚bürgerliche‘ genannt wird) mit den Paragraphen des BGB von 1896 und der Realisierung der Bürgerrechte in der Weimarer Verfassung von 1919. Was dann allerdings unter „Sicherung“ eines Bezirks außerhalb dieser Rechtsordnung zu verstehen ist, leuchtet nicht unmittelbar ein und führt freilich — von solchem Ansatz her — den Autor zur Vorstellung einer Art Verbrecherwelt, die von der Negation dieser Rechtsverhältnisse lebt. In diesem „Hintergrund von Kriminalität“ tummeln sich — durchaus nicht selbstverständlich und in seinen ideologischen Gründen noch zu erhellen — die verschiedensten Gestalten: Gefangene, Heimkehrer, Soldaten, Arbeiter. Schließlich auch der überschätzte Individualist, der outsider, dem R. Ernst mehr ängstlich-besorgt als rücksichtsvoll die Narrenfreiheit des § 51 zubilligt.

Die Vision einer (juristisch verstandenen!) antibürgerlichen Verbrecherwelt macht die hektische Unruhe der Argumentation begreiflich. Und nicht minder das decrescendo des moralischen Pathos, das des rechtsbewußten Lesers innere Anteilnahme findet — bis den dunklen Gestalten plötzlich „das Abrücken von der Staatsbürgerschaft als einer Verpflichtung“ vorgeworfen wird



— „politisch“ gesprochen. Nun erst wird klar, was sich wirklich in jenem Hintergrund von Kriminalität zeigt: nicht etwa die rechtlich Verworfenen (was bei Arbeitern, Soldaten ... ohnehin nicht einzusehen war), sondern die politisch Verfeimten, Ausgestoßenen! Die politische Ideologie allein legitimiert hier den juristischen Terminus Kriminalität. Sie spekuliert zugleich auf die mangelnde Skepsis des Lesers, der im rein juristischen Sinn auffassen und sich voll Abscheu wegwenden wird.

Diese unlautere Verschiebung ist nicht die einzige. Auch der ‚Bürgerlichkeit‘ geht es nicht besser — sie rutscht vom Juristischen ins Politisch-Soziologische. Man kann das auch Begriffsweiterung nennen, die logisch vertretbar ist, würden sich nur nicht im Urteil selbst die Ebenen beliebig verschieben. Die Tendenz, „den Habitus der Bürgerlichkeit aufzulösen und den des Arbeiters und Soldaten zu probieren“, ist ein soziologisch, kein juristisch faßbares Faktum. Bürgerliche Lebenshaltung indessen ist für das 20. Jahrhundert kein integrierendes Moment mehr, insbesondere wenn man sie von der des Arbeiters absetzt. Solche Ansichten kann man bei Marx finden, und da haben sie ihre Gültigkeit. Sie im Rahmen einer Analyse gegenwärtiger Literatur zu entdecken, ist peinlich oder höchstens ideologisch aufzudeckend. Aber diese Verunklärung scheint willkommen zu sein, um in ihr die juristisch aufdrapierte, in der Tat aber politisch-ideologische Verdächtigung aller Gesinnungsgegner zu fundieren.

Daß Sicherung eines außerbürgerlichen Bezirks (soziologisch gesehen) zur Notwendigkeit einer Lebenshaltung werden kann, die das ursprüngliche Fundament, das ‚bürgerliche‘ des 19. Jahrhunderts, in sich als brüchig erfahren hat, und in der auch die bürgerlich formalen Rechtsverhältnisse des 20. Jahrhunderts keine innere Festigkeit mehr begründen können, wird verschwiegen. R. Ernst schlägt in einer seltsamen Anwendung von Kritiklosigkeit die Augen zu vor der Krisis der ‚bürgerlichen‘ Haltung, tut als ob es sie noch unerschüttert gäbe, tut vielleicht nur so — um den Verdacht zu rechtfertigen, daß es sich hier um eine höchst üble Flucht, um einen verräterischen Entzug handelt. Eine Flucht zum ideologischen Feind aber, die der Bedrohung dadurch ausweicht, indem sie das Bedrohende selbst aufsucht und sich bei ihm einschmeichelt. So heißt es denn auch: „jene Bereitschaft, die sich total mobil macht, um sich rechtzeitig absetzen zu können“ oder „zu probieren, damit dieses oder das ähnliche nur halb so schlimm sei“. So dürfte sich des Autors Meinung über das Anliegen des Dichters formulieren lassen: Der Dichter dichtet Dichtungen für mögliche Spruchkammern!

Die gemeine Bürgerlichkeit identifiziert sich fast mit einem Kollektivismus, für den jeder Außenseiter — mag er nun Vorliebe für die Idylle oder das Fliegen haben — ein existenzbedrohender Revolutionär ist. So daß sich aus der „Staatsbürgerschaft als einer Verpflichtung“ Lob und Preis dieses Zustandes als dichterische Aufgabe mit Notwendigkeit ergibt, und deshalb auch die emphatische Warnung vor allem, was nach Eigenbrödelei riecht. Die Ungültigkeit und Verdächtigkeit des Besonderen, Individuellen im Zuge einer politischen Dechiffrierung, von der her gesehen eben die dichterische Eigenbewegung nur als „Bereitschaft, um sich rechtzeitig absetzen zu können“ erscheint, entlarvt sich schließlich als späte Modifizierung eines marxistischen Wissenschaftsdogmas: das Politisch-Gesellschaftliche ist Alleinherrscher auf dem literarischen Richterstuhl. Die nach dem Prinzip der politischen Denunziation verfahrenende Literaturkritik hat indessen nichts mehr mit echter wissenschaftlicher Redlichkeit gemein. Ihre Methode scheut weder jenen Wechsel der Begriffsinhalte noch unsachliche Parallelschlüsse. Den Sinn der dichterischen Chiffre von der betriebswirtschaftlichen Ebene des Annon-

cenwesens her zu deuten, garantiert den Unsinn des Ergebnisses.

Damit es nun nicht nur bei der „Nennung uninterpretierter Kennworte, welche die gemeinte Literatur selbst über sich in Umlauf gebracht hat“ bleibt, und um darzutun, wie komplex das Inumlaufgebrachte ist, daß nur ein simplifizierendes Denken sich so einseitig — wenn auch charakteristisch — auf Kriminalität festzulegen vermag, mögen einige Sätze v. Hofmannsthal zur Besinnung rufen auf die wirkliche Fülle der Chiffre:

„Und diese Schwäne? Sind sie ein Symbol? Sie bedeuten —. ‚Laß mich dich unterbrechen. Ja, sie bedeuten, aber sprich es nicht aus, was sie bedeuten: was immer du sagen wolltest, es wäre unrichtig. Sie bedeuten hier nichts als sich selbst: Schwäne, Schwäne, aber freilich gesehen mit den Augen der Poesie, die jedes Ding jedesmal zum erstenmal sieht, die jedes Ding mit allen Wundern seines Daseins umgibt: dieses hier mit der Majestät seiner königlichen Flügel, mit der lautlosen Einsamkeit seines strahlenden weißen Leibes, auf schwarzem Wasser trauevoll, verachtungsvoll kreisend; mit der wunderbaren Fabel seiner Sterbestunde ... Gesehen mit diesen Augen sind die Tiere die eigentlichen Hieroglyphen, sind sie lebendige geheimnisvolle Chiffren, mit denen Gott unausprechliche Dinge in die Welt geschrieben hat. Glücklicher der Dichter, daß auch er diese göttlichen Chiffren in seine Schrift verweben darf ... Es sind Chiffren, welche aufzulösen die Sprache ohnmächtig ist ... Jener herbstliche Park, diese von der Nacht umhüllten Schwäne — du wirst keine Gedankenworte, keine Gefühlsworte finden, in welchen sich die Seele jener, gerade jener Regungen entladen könnte, deren hier ein Bild sie entbindet.“ A. Saupé

## Die 135 Stufen

Nur ein Semester lang konnten sich die Kommilitonen der 5. Fakultät glücklich preisen, eine Fahrtgelegenheit zu ihren Seminarräumen zu besitzen. Im August, als nur wenige Studenten anwesend waren und man keinen lauten Protest erwartete, wurden Schlösser an den Aufzugtüren angebracht. Es war seitdem einem normalen Studenten nicht mehr möglich, den Aufzug zu benutzen, da Schlüssel nur an besonders befugte Personen ausgegeben wurden. Die Examenkandidaten, die notgedrungen das Seminar besuchen mußten, durften täglich drei- bis viermal 6 Stockwerke erklimmen, um sich zu überzeugen, daß das von ihnen gesuchte Buch noch nicht da sei. Täglich wartete man auf eine Änderung, aber vergeblich. Nur aus diesem Grund scheint es uns erklärlich, mit welcher bewundernswerten Ruhe die Betroffenen diese neue Bestimmung hinnahmen.

Bei mehreren Vorstellungen bei verschiedenen Stellen der Hausverwaltung wurden uns drei Gründe für die neue Regelung genannt, ohne daß jedoch irgend jemand als verantwortlich genannt wurde. Hier die Begründungen.

Erstens: die Herren Professoren würden durch den Andrang der Studenten an der Benutzung des Aufzuges gehindert.

Hierauf können wir nur antworten, daß sich die Kommilitonen und ihre Dozenten von der 5. Fakultät gut verstehen, und die Studenten so höflich sind, stets einem Dozenten den Vortritt zu lassen. Wir glauben auch nicht, daß sich die Dozenten der 5. Fakultät über ihre Studenten beschweren haben.

Zweitens: der Aufzug sei überlastet. Ein Argument, welches man noch am ehesten gelten lassen könnte. Müßen wir doch zugeben, daß einige ganz müde Kollegen sich bis zum 1. Stock mit dem Aufzug fahren ließen.

Drittens: die Kriegsbeschädigten könnten wegen des starken Ausganges nicht ungehindert mit dem Aufzug fahren.

Wir glauben, daß jeder Kommilitone auf einen Schwerkriegsbeschädigten Rücksicht nehmen wird. Falls jedoch wirklich eine Beschwerde eingegangen ist, möchten wir darauf hinweisen, daß wir zwei Aufzüge haben, und für denjenigen, der nicht bequem genug mit dem kleinen Aufzug fahren kann, der zweite an der Ehrenhalle sicherlich ausreichen wird.

Heute dürfen die Kommilitonen zusehen, wie der „überlastete“ Aufzug in der Stunde 10 Fahrten mit meist nicht mehr als 2 Personen macht, so daß er nicht einmal mehr die ihm ursprünglich zugedachte Aufgabe erfüllt.

Wir wollen deshalb vorschlagen, die Sperre am Erdgeschoß und im 5. Stock aufzuheben, während die Stockwerke 1—4 entsprechend der augenblicklichen Regelung weiter gesperrt bleiben, bis ein neuer Aufzug gebaut ist.

Wir hoffen, der zuständige Stelle hiermit einen annehmbaren Kompromißvorschlag gemacht zu haben. Horst Dickerhoff

Nach Mitteilung des Universitätsbauamtes wird im Februar ein 10—15 Personen fassender Aufzug zur allgemeinen Benutzung freigegeben. Dieser Aufzug wird in dem der Senckenberg-Bibliothek vorbehaltenen Teil des Hauptgebäudes gebaut. Von den einzelnen Stockwerken des Hauptgebäudes wird man allerdings erst dann zu diesem Aufzug gelangen können, wenn die Trennmauern zwischen Senckenberg-Bibliothek und Hauptgebäude durchbrochen werden. Vorher müssen aber die Botaniker ausziehen, die in diesen Teilen der Senckenberg-Bibliothek Gastfreundschaft genießen.

Innerhalb eines weiteren halben Jahres soll der Aufzug im Ehrenhof durch einen größeren zur allgemeinen Benutzung geeigneten ersetzt werden.

Der kleine Aufzug am Treppenhaus soll Professoren, Körperbehinderten und Universitätsangestellten vorbehalten bleiben. Er mußte für die allgemeine Benutzung gesperrt werden, weil er zu häufig so überlastet wurde, daß eine Betriebssicherheit nicht mehr zu garantieren war. Die Sperrung des kleinen Aufzuges hat manche Kommilitonen zu sinnloser Selbsthilfe angestachelt: wiederholt wurden die Knopfschilder abgeschraubt, Kurzschlüsse durch Hineinstecken von Drähten in die Kontakte herbeigeführt und das Benutzungsverbot durch Anfertigung von Nachschlüsseln umgangen. U. K.



The British Centre

„Die Brücke“

Frankfurt a. M., Friedrich Ebert-Str. 48  
Tel. 3 22 86 u. 3 37 94

British Centre ist eine Einrichtung zur Förderung kultureller und geistiger Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. Es umfaßt Bibliothek, Lesesaal, Vortrags- und Kinosaal.

### Monatsprogramm Januar 1954

#### Vorträge:

Dienstag, den 12. Januar 1954, 18 Uhr, Farblichbildervortrag, BRUNO HEUSSEN, Düsseldorf „Nach Indien 1953“. Der Vortrag wird sowohl für Fotofreunde als auch für Reiselustige von besonderem Interesse sein.

Mittwoch, den 20. Januar 1954, 18 Uhr, Lichtbildervortrag, ERIC NEWTON, Author and Art Critic „Tintoretto: His Life and Work“.

Donnerstag, den 21. Januar 1954, 18 Uhr, STELLA MARY PEARCE, Costume Historian „An Approach to the Study of the Costume of the Italian Renaissance“.

#### Regelmäßige Veranstaltungen:

Plays and Playreadings, Donnerstag, den 21. Januar 1954, 20 Uhr: J. B. PRIESTLY „Music at Night“.

Colloquium on Modern English Literature, geleitet von Mr. R. H. PENDER, Mittwoch, den 13. Januar 1954, 18.30 Uhr, Mittwoch, den 27. Januar 1954, 18.30 Uhr: „Some modern Poems“.

Im Kino finden täglich um 14, 15.30 und 17 Uhr im wöchentlichen Wechsel Vorführungen von Dokumentar- und Kulturfilmen statt. Unsere Play Reading Group trifft sich zweimal monatlich donnerstags in der Bibliothek zum Play Reading.

Bitte, fordern Sie schriftlich oder fernmündlich unser Monatsprogramm.

## Universitätsbuchhandlung BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 · Tel. 9 36 33 u. 9 52 64

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

Medizin, Technik,

Naturwissenschaften

Strichzungen  
Farbzungen  
Autotypien  
Galvanos  
Rotaprintfolien  
Matern · Stereos

RÖMER KLISCHEEANSTALT GMBH FRANKFURT/M  
Mainzer Landstraße 216  
Ruf 34672

# Sachsenhausen oder Ginnheimer Höhe?

S. Magnifizenz hat in einem ersten Interview nach der Rektoratswahl auch zur Frage des Neubaus der von den Kriegsschäden noch keineswegs wiederhergestellten Frankfurter Universitätsklinik Stellung genommen. Der Rektor hat bei dieser Gelegenheit einige von den Vorteilen aufgezählt, die eine Verlegung des Mediziner-Viertels nach der Ginnheimer Höhe mit sich brächte. In der vorletzten Ausgabe des DISKUS ist ein zweites Mal zu diesem für das Leben der medizinischen Fakultät so wichtigen Thema Stellung genommen worden: neben einer Skizze der geplanten neuen Universitätsstadt wurde eine Skizze des jetzigen Gebäudekomplexes der Uni-Kliniken abgebildet mit der Bemerkung, daß diese Skizze ein barockes Ornament sei, und es wurde wiederum in nur einem Satz für den Plan Stellung genommen, die Kliniken nicht an alter Stelle erstehen zu lassen, sondern auf der Ginnheimer Höhe.

Wer an den organisatorischen Fragen der Wissenschaft und auch an städtebaulichen Fragen interessiert ist, sieht auf den ersten Blick, daß es sich dabei um eine Entscheidung von großem Gewicht und von außerordentlicher Tragweite handelt.

Solche Entscheidungen muß man vorbereiten durch Sammeln und sorgfältiges Abwägen aller für die Entscheidung bedeutsamen Faktoren und Argumente. Interessiert ist in erster Linie die medizinische Fakultät und mit ihr die Universität; in gleicher Weise interessiert sind natürlich die um das Leben der Universität besorgten, für die städtebaulichen Fragen und den Finanzaushalt der Stadt verantwortlichen städtischen Instanzen.

Vielleicht ist es eine Aufgabe des DISKUS, ein öffentliches Universitätsgespräch über diese Fragen in Gang zu bringen, wobei Interessierte und Sachverständige unter den verschiedensten Gesichtspunkten die Möglichkeit hätten, ihre Meinung zu äußern und auszutauschen. Es erfüllt mit einem gewissen Neid, wenn man sieht, wie z. B. in Zürich selbst die Verlegung einer Straßbahnstrecke sorgsam und geduldig in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Natürlich liegt das an der seit Jahrhunderten ungestörten geordneten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Instanzen, den Bürgern und Behörden in dieser vortrefflich demokratisch organisierten Stadt. Wir können uns das zum Vorbild nehmen und uns Mühe geben, ungefähr Ähnliches zu erreichen. Ziel muß sein: möglichst vielen Sachverständigen und Interessierten die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung und ihre Argumente zur Geltung zu bringen. Es sollte aber alles vermieden werden, was als einseitige Propaganda erscheinen könnte.

Die bisher im DISKUS erschienenen kurzen Stellungnahmen zu dieser Frage lassen nicht erkennen, wie schwierig das Problem ist. Sie erwecken vielmehr den Eindruck, als ob wenigstens die Entscheidung der Universität gefällt wäre, eindeutig und klar. Sie lassen nicht erkennen, daß die Fakultät bisher nicht ausreichend Gelegenheit hatte, sich ein eigenes Urteil zu bilden, geschweige denn dieses Urteil bei den schließlich entscheidenden Stellen zur Geltung zu bringen. Eine im Januar 1953 von der Fakultät eingesetzte Kommission zur Klärung der Vorfragen konnte bisher nicht einberufen werden.

Um kurz zu zeigen, wie schwierig in Wirklichkeit das vorliegende Problem und seine Entscheidung ist, nur wenige Gesichtspunkte:

1. Es ist selbstverständlich und bedarf keiner Erörterungen, daß es in gewissem Sinn ideal wäre, könnte man auf einem verfügbaren freien Gelände nach den modernsten Gesichtspunkten des Klinikbaues, also etwa nach dem Vorbild der Züricher Universitätsklinik, planen und bauen. Dieser Gedanke, sich vom Alten zu lösen, etwas vollkommen Neues, im besten Sinne Modernes zu schaffen, ist wohl überall aufgetaucht, wo es sich um die Wiederherstellung zum großen Teile kriegszerstörter Gebäude handelt. Erste Voraussetzung für einen solchen Plan und seine Verwirklichung ist es, daß die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Für das Leben der Fakultät ist es aber auch eine wichtige weitere Voraussetzung, daß die Mittel *r a s c h* zur Verfügung stehen und daß der Gesamtplan, die Kliniken und Institute an neuere Stelle neu zu errichten, *r a s c h* verwirklicht werden kann, denn

2. falls nur Teile der Fakultät an der neuen Stelle untergebracht werden könnten, oder wenn sich das Nachholen der Gesamtkliniken und Institute erst im Laufe vieler Jahre verwirklichen ließe (man bedenke, wie rasch die letzten 8 Jahre verflossen

## Saxonia hat nicht geworben

Nicht ohne ein kleines inneres Lächeln, aber auch mit einer Spur Befremden las ich Ihren „W. S.“ gezeichneten Artikel „Reserviert...“ in Heft 10 des DISKUS. Mir war nämlich nicht ganz klar, welche Probleme Sie darin sahen, daß zur Aufführung der „Matrone von Ephesus“ am Freitag, dem 20. 11., einige Plätze für unser Corps reserviert waren. Wenn Sie ins Theater oder Kino gehen, ist es selbstverständlich, daß Sie mit Ihren Freunden oder Bekannten, so Sie welche haben, zusammensitzen möchten. Um dies auch uns zu ermöglichen, ließen wir eine bestimmte Anzahl Plätze reservieren, nicht die für Sie so ominöse vierte Reihe, sondern ich glaube, es waren 10 Plätze irgendwo. Eines Lächelns konnte ich mich nicht erwehren, als ich Ihre Meinung über den Zweck unseres Theaterbesuches las. Sie zeugt von einer völligen Unkenntnis des Lebens und Verbundenseins in einem Corps. Der Besuch kultureller Veranstaltungen wie Theater, Oper, wissenschaftliche Vorträge u. ä. gehört genau so zu unserem Programm wie das fröhliche Beisammensein an Commerciasabenden. Es ist mir nicht ganz klar, was das mit einer „augenfälligen Werbeaktion“ oder gar mit „Keilen“ zu tun hat (Zu Ihrer Information: Keilen ist das systematische Bearbeiten eines Kommilitonen zwecks Eintritt in eine Korporation). Die Kommilitonen, die unserem Corps angehören, sind zum allergrößten Teil von sich aus gekommen oder von Freunden mitgebracht worden. Geblieben sind nur diejenigen, die sich bei uns wohlfühlt haben und in uns den rechten Freundeskreis zu finden überzeugt waren.

Diese kleine Aufklärung dürfte Sie wohl einsehen lassen, daß Sie mit Ihrem Artikel nicht ganz das Richtige getroffen haben. Leider konnte ich Sie nicht persönlich ansprechen, da Sie es vorzogen, Ihren Namen durch die nichtssagenden Buchstaben „W. S.“ zu ersetzen. Doch nehme ich Ihnen das nicht weiter übel.

Klaus Neunhöffer  
Corps Saxonia Frankfurt/Main

sind), dann allerdings würde das wissenschaftliche Leben der Fakultät ernstlich gestört und gefährdet werden. Eine der größten Gefahren des heutigen wissenschaftlichen Betriebes liegt in der übertriebenen Spezialisierung. Aus diesem Grunde ist es eine wichtige organisatorische Aufgabe, die Spezialfächer so benachbart unterzubringen, daß sich ein natürlicher und regelmäßiger Umgang zwischen den Ärzten der verschiedenen Kliniken und Institute entwickelt. Eigentlich wäre es wünschenswert, die ganze Fakultät unter einem Dach zu haben. Ich weiß noch sehr wohl, was ich der Tatsache verdanke, daß im Charité-Krankenhaus in Berlin ein gemeinsames Ärztekasino war, in dem in ungezwungener Weise Verbindungen persönlicher Art sich entwickelten, aus denen wissenschaftlich Fruchtbare hervorging. Wenn für 10 oder 20 Jahre Kliniken und Ärzte auseinandergerissen werden, entsteht, zwar äußerlich unauffällig, ein schwerer innerer Schaden.

3. Man denke ferner an die Polikliniken. Heute ist es leicht möglich, einen Fall aus einer Poliklinik rasch in einer anderen Poliklinik zu zeigen. Wie notwendig für die Kranken und fruchtbar für die Ärzte sind diese zahlreichen konsultativen Berüh-



## Nochmals: Parlamentswahlen

Das Protokoll der Verhandlung des Wahlgerichts, das die Wahl der 5. Fakultät für ungültig erklärt hatte, ist nicht durch Anschlag der Studentenschaft zur Kenntnis gebracht worden, wie man es eigentlich hätte erwarten müssen.

Dem Protokoll hätte man folgendes entnehmen können:

1. Die Wahl zum Frankfurter Studentenparlament wurde nicht von der Landsmannschaft Frankonia angefochten, schon gar nicht von den „schlagenden Verbindungen“
2. Die Wahl wurde nicht deshalb für ungültig erklärt, weil ein Kandidat der Landsmannschaft Frankonia abgelehnt, ein anderer aber noch zugelassen worden war.

Tatsache ist vielmehr:

Die Wahl wurde angefochten von einem Angehörigen der Landsmannschaft Frankonia, der jedoch nicht im Namen und nicht im Auftrag der Landsmannschaft Frankonia handelte. Selbstverständlich hatte er die Billigung und Unterstützung seines Bundes.

Das Urteil des Wahlgerichts gründet sich auf mehrere Tatsachen, von denen jede einzelne schon für die Ungültigkeit der Wahl genügt hätte. Die Verhandlung des Wahlgerichts ließ offenbar werden, daß die Vorbereitungen und die Durchführung der Parlamentswahl der 5. Fakultät nicht nur der bestehenden Wahlordnung widersprach, sondern daß die Wahl in Einzelheiten auch im Widerspruch zu den selbstverständlichsten Erfordernissen einer demokratischen Wahl stand. Es war bei der umstrittenen Wahl zum Beispiel möglich, daß sich jemand, nachdem die Kandidatenlisten geschlossen und die Wahlzettel bereits in Druck gegeben waren, bei der Angestellten des Asta noch meldete, und diese den Namen noch telephonisch an die Druckerei weitergab.

Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß diejenigen, die für die einwandfreie Durchführung der Wahl verantwortlich waren, sich nicht darum bemüht haben, das Protokoll des Wahlgerichts zum Aushang zu bringen, sondern alles taten, um die Studentenschaft von ihren Verfehlungen abzulenken. Es bot sich ihnen die willkommene Gelegenheit, die Schuld den „schlagenden Verbindungen“ zuzuschreiben, denn ein „Schlagender“ hatte ja die Wahl angefochten. Die Schuld trifft also nach deren Ansicht diejenigen, die die Wahl mit Erfolg anfechteten, und nicht die, die für die Verfehlungen verantwortlich sind!

Um diese Meinung den anderen suggerieren zu können, läßt man in den Hörsälen Pamphlete gegen die schlagenden Verbindungen in fast unbeschränkter Zahl verteilen. Die Kosten hierfür trägt ohne Bedenken der Asta; es werden also Gelder verschwendet, die die gesamte Studentenschaft aufbringt, und für die jede andere Verwendung eine nützlichere gewesen wäre.

Man versucht, sich auch bereits für den Fall zu sichern, daß die erforderliche Wahlbeteiligung von 30% nicht zustande kommt, indem man die schlagenden Verbindungen, schon ehe die eigentliche Wahl begonnen hat, der Wahlsabotage beschuldigt. Da für diese Behauptung jeglicher Beweis fehlt, stützt man sie auf die ominöse Flüsterpropaganda.

Aus den bisherigen Ausführungen ist auch ersichtlich geworden, daß sich die Landsmannschaft Frankonia in keiner Weise verpflichtet fühlen mußte, bei der Nachwahl einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Und woraus will man eine derartige Verpflichtung für die schlagenden Verbindungen ableiten? Im übrigen hat man nicht beachtet, daß die Kandidaten nicht aufgestellt werden, sondern sich selbst aufstellen.

Die Landsmannschaft Frankonia wird sich durch solche Methoden nicht abschrecken lassen, und man wird uns die Mitarbeit in der studentischen Selbstverwaltung nicht verleiden können. Wenn durch die erfolgreiche Anfechtung erreicht ist, daß bei den zukünftigen Parlamentswahlen derartige Verfehlungen nicht mehr vorkommen werden, so liegt das wohl im Sinne der gesamten Studentenschaft und auch des Studentenparlaments. Sollten sich jedoch solche Unregelmäßigkeiten wiederholen, so werden wir die Anfechtung der Wahl wiederum gut heißen, ganz gleich, ob wir unmittelbar benachteiligt sind oder nicht.

Landsmannschaft Frankonia



rungen. Man stelle sich vor, was es heißt, und welche Belastung es für die Kranken bedeutet, wenn die Überweisung nach einer anderen Poliklinik für viele Jahre einen Weg durch die ganze Stadt bedeutet.

Und schließlich: alles, jedes Projekt hat zwei Seiten, Vorteile und Nachteile, auch die Alternative: Ginnheimer Höhe oder altes Klinikgebäude. Gerechterweise und im Interesse einer sorgfältigen Abwägung aller Argumente muß erst einmal auch auf das Sorgfältigste geprüft werden, welche Möglichkeiten sich auf dem alten Gelände und auf dem zwischen dem Klinikgelände und der Orthopädie und Nervenklinik gelegenen unbebauten Gebiet, das nach früheren Plänen für notwendige Erweiterungs- und Neubauten der Uni-Kliniken vorgesehen war, ergeben. Der Vorteil, daß die Fakultät nicht zerrissen zu werden braucht, liegt auf der Hand. Daß die neue Frauenklinik, die neue Kinderklinik, das neue anatomische und hygienische Institut sich einem solchen Plan ohne weiteres einfügen, ist auch von offensichtlichem Wert. Architekten, mit denen ich die Frage besprochen habe, haben es für eine interessante und durchaus lösbare Aufgabe erklärt, das Alte zu erhalten und Modernes daraus zu entwickeln. Es ist selbstverständlich, daß auch gegen dieses Projekt beachtliche Argumente vorgebracht werden können. Das Argument, daß die Skizze der alten Klinikbauten einem barocken Ornament gleicht, wird eines von geringerem Gewicht sein.

Z u t t

## Eine rührende Exegese

Die Exegese ist eine schwierige Kunst, und besonders die Exegese der Heiligen Schrift. Herr Nunck ist es sicher sehr zu danken, daß er in der Dezember-Nummer die Leser des DISKUS darauf aufmerksam gemacht hat. Nicht allerdings expressis verbis, sondern mit der Bemerkung, Herr Calig (Nov. 1953, S. 3) begeben sich mit seiner Bibelauslegung auf das Niveau der Zeugen Jehovas hinab, wenn er den Antichrist als eine Gestalt bezeichnet, die innerhalb der Christenheit als Verführer auftritt. In den Textstellen, meint Herr Nunck, fänden sich für eine solche Auslegung keine Anhaltspunkte, und die Auslegung von Herrn Calig sei schließlich von „schöpferisch-politischer Zweckphantasie“ bestimmt.

Diese kompakten Behauptungen sind nun aber nicht ganz stichhaltig.

Könnte man Herrn Nuncks kritischen Bemerkungen recht geben, dann müßte man auch Luther das Niveau der Zeugen Jehovas bescheinigen und mit ihm einer Reihe bedeutender Männer, ganz zu schweigen von den Aposteln Johannes und Paulus, bei denen tatsächlich genug Anhaltspunkte für die von Herrn Nunck als „geradezu rührend“ bezeichneten Exegese zu finden sind. Denn im 1. Johannesbrief 2, 18, im 2. Johannesbrief 7 und im 2. Brief des Apostels Paulus an die Thessalonicher Kap. 2 — darüber sind sich die Interpreten des Neuen Testaments einig — ist der Antichrist eine Gestalt, die christlich getarnt in der Christenheit widerchristlich wirkt. Dieses urchristliche Verständnis des Antichrist hat allerdings in der Geschichte eine Wandlung durchgemacht. So sind das Imperium Romanum, Kaiser, Könige, Päpste, Usurpatoren und seit der französischen Revolution auch der moderne Staat mit seinen Wohlfahrtseinrichtungen, seiner Weltfriedenspolitik und seiner kulturellen Liberalität zum Antichristen erklärt worden.

Nun meint Herr Nunck, der Herr Familienminister Dr. Wuermeling sei von Herrn Calig „im Namen des Liberalismus“ den Antichristgestalten zu gesellt worden. Seine Meinung geht jedoch über das weit hinaus, was Herr Calig in der November-Nummer schrieb. Dort wird nämlich gar nicht der Herr Familienminister als Antichrist bezeichnet. Dort wird nur gesagt, daß es gefährlich ist, jemanden als Antichrist zu verdammen, der nicht an der modernen christlichen Geschäftigkeit Gefallen findet — eine vorbeugende Warnung also.

Wir müssen es offenbar erst wieder lernen, solche Feinheiten zu beachten, die in der polemischen Sprache politisierender Streitgespräche gern überhört und überlesen werden. Ganz zu schweigen von jenen, die die zufällig auf Seite 3 der November-Nummer des DISKUS stehenden drei Artikel willkürlich in einen Topf werfen, kräftig umrühren und dann über den schlechten Geschmack dieser selbst eingebrocten Suppe lamentieren. Es könnte allenfalls noch verständlich sein, daß jene drei Artikel auf Seite 3 der November-Nummer gehörige Abstände voneinander haben sollten. So aber ist Herrn Nuncks Kritik nur eine „rührende Exegese“ dreier Artikel.

B. Martin

## Diskussion mit Professoren

Die Diskussionsabende mit Professoren und Studenten haben auf beiden Seiten einen guten Anklang gefunden, so daß mehrere Professoren sich für die Leitung solcher Abende bereit erklärt oder neue Themen übernommen haben (s. auch Seite 8: „Liebe und Kind — ein Problem?“). Die nächsten Diskussionen sind:

jeweils Dienstag 20 Uhr

im großen Clubhaus des Frankfurter Studentenhauses

26. 1. Prof. Wittsack: „Wie lernen wir diskutieren?“ (mit Filmvorführung)
2. 2. Prof. Lehmann: „Tradition und Persönlichkeit“
9. 2. Prof. Mosler: „Hängt die Verfassung von den Parteien ab?“
16. 2. Prof. Kunz: „Wir sind Utopia“ (Stefan Andres)

1868 85 Jahre 1953

**Die Buchhandlung für den Mediziner**  
**JOHANNES ALT**  
Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin  
und Naturwissenschaften

**FRANKFURT A. M.-SÜD 10**  
Gartenstraße 134 · Telefon 61993

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134,  
Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken

# bauen - wohnen - denken -

Photos von Cartharius und Tondorf



(Oben) Blick in ein Zimmer einer Neubauwohnung für Professoren in Frankfurt.

Daß es schwierig ist, in einer Universitätsstadt den nötigen Wohnraum für Studenten freizumachen, ist hinlänglich bekannt; daß für die Universitäten die Wohnraumbeschaffung für Dozenten genau so wichtig ist, kommt demgegenüber nur wenig zur Sprache. Und doch scheitern viele wichtige Berufungen einfach daran, daß es der Universität nicht möglich ist, Wohnraum für den Dozenten und seine Familie zur Verfügung zu stellen.

Unter dem Rektorat von Prof. Rajewsky gelang es der Universität Frankfurt mit Hilfe von Stadt, Staat sowie einigen Bankkrediten auch dem Mangel an Professorenwohnungen etwas abzuwehren: die Frankfurter Aufbau A.G. und die SÜWAG konnten mit dem Bau von drei Wohnhäusern (Brüder Grimmstraße 55/57, Flughafenstraße 9 und Hängelstraße 200) beauftragt werden. Eines dieser Häuser ist hier abgebildet. Über die so erstellten 27 Wohnungen konnte die Universität frei verfügen, mußte aber einen Teil an Dozenten vergeben, die bisher einen doppelten Haushalt führten und deshalb Trennungsschädigung bezogen, denn unter dieser Auflage hatte das Finanzministerium einen Teil der Kosten übernommen. Die Bemühungen des Kuratoriums haben sich in der Erstellung dieser universitätseigenen Häuser aber noch nicht erschöpft. Mit Hilfe des Regierungspräsidenten in Wiesbaden und des Finanzministeriums konnten noch 23 weitere Neubau-Wohnungen an Dozenten vergeben werden, die bislang Trennungsschädigung bezogen. Die Unterbringung in Wohnungen, die vom Wohnungsamt der Stadt Frankfurt bewirtschaftet werden, ist dabei nicht berücksichtigt.



(oben) Die „Washgelegenheit“ eines Doppelzimmers für Studenten.



(links) Diese „Kochgelegenheit“ befindet sich im Zimmer eines anderen Kommilitonen.



Hätte Faust je das Zimmer dieser Kommilitonin betreten, so hätte er auch hier voll Überzeugung deklamiert: „Nicht jedes Mädchen hält so rein.“



(links) Die Dreimannzimmer des Vilmarhauses (Evangelisches Studentenheim in Marburg) sind mit Schlafsofa und Klappbetten ausgestattet, die tagsüber hochgeklappt werden.



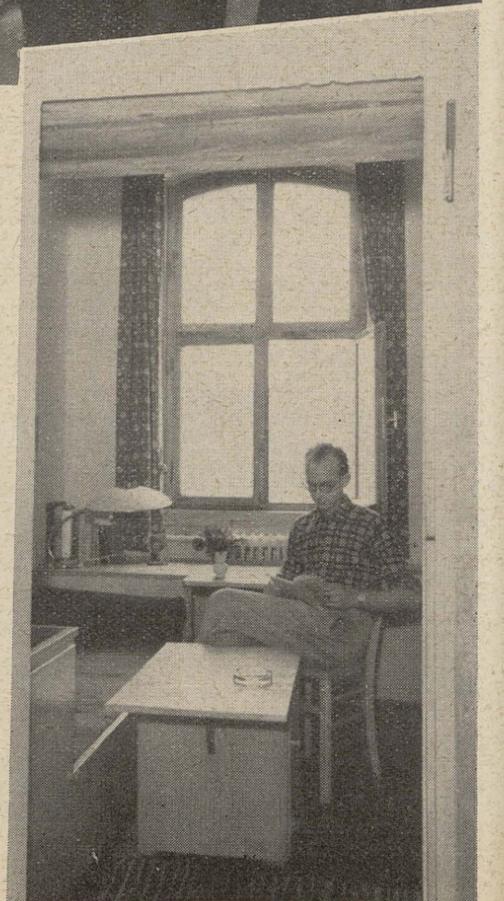
Im fast völlig zerstörten Darmstadt war es nach Kriegsende für Studenten der Technischen Hochschule besonders schwierig, geeignete Zimmer zu bekommen. Viele mußten in Luftschutzbunkern und in Baracken weit außerhalb der Stadt wohnen. Da die Mittel fehlten, konnten erst relativ spät Studentenwohnheime sowie die neue Mensa in der Otto Berndt-Halle gebaut werden. Blick in den Clubraum des Studentenwohnheimes.



(oben rechts) Einige im Frankfurter Studentenhaus wohnende Kommilitonen haben ihre Zimmer mit mancherlei Trophäen ausgeschmückt. Eine der originellsten Sammlungen dürfte diese Bierdeckelsammlung aus allen Ländern der Welt sein.



Die klassische Studentenbude, wie man sie nicht nur in Marburg im Dachgeschoß mancher Häuser in Universitätsnähe finden mag. Solche Zimmer werden wieder nur an Studenten vermietet.



(rechts) Jetzt läßt es sich in Darmstadt auch im Gefängnis aushalten: Es wurde zu einem Studentenwohnheim umgebaut. Architekt Arndt hatte durch die ungeeigneten Ausmaße der früheren Gefängniszellen große Schwierigkeiten bei der Ausgestaltung der Wohnräume zu überwinden. Erst durch Mauerdurchbrüche zwischen den einzelnen Zellen konnte die nötige Raumtiefe für Wandschränke gewonnen werden. Das Studentenheim enthält 45 Einzelzimmer, 3 Zimmer für je 4 Studenten und einige Doppelzimmer.